

In diesem Heft

Editorial 4

Essay

GERHARD ZWERENZ
Herrn Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
– p e r s ö n l i c h – (Fortsetzung) 5

Dokumentierte Geschichte

THEODOR BERGMANN
Heydrichs großer Plan 23

REINHARD HEYDRICH
»...im Stillen schon planend und
fundamentlegend für eine Endlösung« 26

Die Linke im 20. Jahrhundert

WLADISLAW HEDELER
Pressestimmen zum Prozeß gegen
das »trozkistische parallele Zentrum« 1937 36

MARIO KESSLER
Heroische Illusion und Stalin-Terror.
Die Komintern in historischer Perspektive 39

HERBERT MAYER
Die Oktoberrevolution und die internationale
Sozialdemokratie (1917-1940). Stichpunkte 58

Fritz-Behrens-Kolloquium

ANDREAS SCHÜLER
Die Zeitsummenmethode von Fritz Behrens
und das Problem der Aggregation von Gebrauchswerten 68

Konferenzen & Veranstaltungen

- ARNDT HOPFMANN
Fritz Behrens – ein Wissenschaftlerleben
zwischen Aufbruch, Anpassung, innerem
Widerstand und Resignation 73

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 77

Bücher & Zeitschriften

- Ansichten zur Geschichte der DDR. Band 6: Wirtschaft.
Im Auftrage der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag
herausgegeben von Ludwig Elm, Dietmar Keller und
Reinhard Mocek.
Mit Beiträgen von H. Wolf, S. Wenzel, S. Burmester,
W. Maier, W. Halbritter, H. Watzek, G. Schürer,
Verlag Matthias Kirchner Eggersdorf 1996
(HARRY NICK) 80

- János Kornai:
Unterwegs.
Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn,
Metropolis Verlag Marburg 1996
(ARNDT HOPFMANN) 83

- Ulla Plener:
Helmut Schinkel.
Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager.
Biografie eines Reformpädagogen (1902-1946),
trafo-verlag dr. weist Berlin 1996
(THOMAS SCHÜLER) 85

- Hanna Behrend (Hrsg.):
Die Abwicklung der DDR.
Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen,
Neuer ISP Verlag Köln 1996
(ALFRED FLEISCHHACKER) 87

- Siegfried Prokop (Hrsg.):
Ein Streiter für Deutschland.
Das Wolfgang-Harich-Gedenk-Kolloquium
am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin.
edition ost Berlin 1996
(MANFRED BEHREND) 88

Wladimir Bukowski: Moskowski prozess (Der Moskauer Prozeß), Russkaja mysl – Izdatel'stvo MIK Paris – Moskwa 1996 (GERD KAISER)	90
Kai Eicker-Wolf, Ralf Käpernick, Torsten Nichoj, Sabine Reiner, Jens Weiß (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum? Zur Pathologie der Politischen Ökonomie, Metropolis-Verlag Marburg 1996 (ULRICH BUSCH)	92
Johannes Klotz (Hrsg.): Zwangvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Distel Verlag Heilbronn 1996 (STEFAN DOERNBERG)	94
Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

Editorial

In die beginnenden Debatten um eine Bilanz dieses Jahrhunderts wird sich UTOPIE kreativ 1997 einschalten, jährt sich doch in diesem Jahr zum achtzigsten Mal ein Ereignis, das diesem Jahrhundert den Stempel aufdrückte: die russische Revolution vom Oktober resp. November 1917, hervorgewachsen aus der siegreichen Revolution im Februar. Zum Auftakt veröffentlichen wir Beiträge von Mario Keßler und Herbert Mayer.

Nicht minder wichtig – und durch die jüngsten Entwicklungen geradezu provoziert – ist uns die Publikation der Prager Antrittsrede von Reinhard Heydrich. Mir ist noch gut erinnerlich, wie die Deutsch-Böhmen in meiner Familie – schon etwas weltentrückt – immer wieder davon schwärmten, wie gut es ihnen gegangen sei, nachdem sie der Führer 1938 befreit habe. Nach zwanzig Jahren tschechischer Vorherrschaft konnte der echte deutsche Mensch endlich wieder sein, was er am liebsten ist: Herrenmensch. – Nein, sicher, die Deutschen in Böhmen haben nichts davon gewußt, daß die Nazi-Führung für die Zeit nach dem »Endsieg« auch für die Tschechen eine »Endlösung« plante; aber mit ihrem anti-tschechischen Verhalten haben sie diese Verbrecher, denen sie in der Mehrheit übrigens zujubelten, in ihrem Vorhaben bestärkt und nicht etwa entmutigt. Auf die Behandlung der Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft wirkte sich die Haltung der Reichsdeutschen ähnlich aus – wengleich dort weniger Feindschaft und viel mehr Feigheit ausschlaggebend war. – Zweifellos rechtfertigt die Heydrich-Rede nicht die Vertreibung der Deutschen nach 1945; doch sie ist ein Argument mehr, daß die sudetendeutschen Berufsvertriebenen endlich aufhören, Haß zwischen die Völker zu säen.

Zum Schluß noch ein Wort in redaktionseigener Sache. Daß zum Jahreswechsel eine neue Druckerei in unsere Dienste getreten ist, war am zu dunkel geratenen Januar-Heft nicht zu übersehen. Wir hoffen, schon bei diesem Heft diesen Mangel beheben zu können. Weiterhin haben wir einen neuen Abo-Vertrieb – siehe Impressum. Turnusgemäß standen im Dezember 1996 Wahlen für den Vorstand des »Fördervereins Konkrete Utopien« an. Gunther Kohlmeier und Helmut Steiner kandidierten nicht mehr – beiden sei an dieser Stelle noch einmal für ihre jahrelange Arbeit gedankt. Der neue Vorstandsvorsitzende heißt Wolfram Adolphi. Außerdem ist es gelungen, die Redaktion zu verstärken: um Ulla Plener. Auf gute Zusammenarbeit.

GERHARD ZWERENZ
 Herr Bundeskanzler
 Dr. Helmut Kohl
 – p e r s ö n l i c h –
 Bundeskanzleramt (II)

Verstehen Sie, Herr Bundeskanzler, Ihren General? Ja? Das ist schlimm. Nein? Das ist noch schlimmer. Ich suche nach Aufklärung und finde zweierlei Antworten.

Antwort Nr. 1 findet sich in dem Buche »*Deutschland – Was nun?*« von Arnulf Baring und Jobst Siedler: »*Böhmen und Mähren sind ein Teil Europas, der deutschen Welt ... Wird es nicht eines Tages sozusagen Polnisch und Tschechisch und Ungarisch sprechende Deutsche geben müssen? Wird das nicht aus der Suprematie folgen, um die Deutschland meines Erachtens gar nicht herum kommen wird? (...) Natürlich wollen wir die Polen nicht vertreiben, aber ich glaube in der Tat, eines Tages werden sich Pommern und Schlesien und Böhmen-Mähren wieder nach Deutschland orientieren.*« (S. 92/105f.)

Diese großdeutsche Teufelei, von Germanenhand flink an die Wand gemalt, verrät den kleinen Völkern, was ihnen zgedacht ist. Doch der deutsche Soldat soll auch wissen, welche Heldenrolle er spielen darf. Siedler fragt, was denn geschehen solle, »*wenn uns die polnische Regierung eines Tages bäte, deutsche Truppen nach Polen zu entsenden, dort zu stationieren, weil sich Polen von anderswoher bedroht fühle. Und dieser Tag wird kommen, irgendwann im nächsten Jahrzehnt (...) Vermutlich wird die EG – oder genauer die NATO Adressat eines solchen Hilferufes sein. Aber praktisch wird es auf die Entsendung der Deutschen hinauslaufen, vielleicht garniert mit einem Hundert Holländern und ein paar Dutzend Franzosen (...) In erster Linie müssen wir Deutschen uns darum kümmern, daß Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn den Weg in die Gemeinschaft Europas finden. Das gebietet unsere eigene Interessenlage, unsere neue geopolitische Situation.*« (S. 166/18 – Näheres dazu von Matthias Küntzel in *Friedensblätter* 3/96)

Wie wir sehen, wird die Präventionslinie von 1914 (losschlagen bevor die anderen stärker geworden sind) über 1941 (Stalins Angriff zuvorkommen) bis in nahe Zukunft durchgezogen: Deutsche Soldaten nach Polen, falls es sich »*von anderswoher bedroht fühle*«, wohl gemerkt »*fühle*«, nicht bedroht wird, und wohin zielt das ungefähre »*anderswoher*«? Die Russen sind zwar keine Kommunisten mehr, »*unsere neue geopolitische Situation*« aber gebietet uns die Prävention out of area. Denn »*wir haben die Chance, politischer Akteur zu sein.*« (Naumann)

Gerhard Zwerenz –
 Jg. 1925, Schriftsteller,
 1952 Philosophiestudium
 in Leipzig bei Ernst Bloch;
 1957 Übersiedlung in die
 BRD; Werke u.a.: Kopf
 und Bauch. Die Geschichte
 eines Arbeiters, der unter
 die Intellektuellen gefallen
 ist (1971); Der Widerspruch.
 Autobiographischer Bericht
 (1974, 1991 bei Aufbau
 Taschenbuch Verlag);
 Die Rückkehr des toten
 Juden nach Deutschland
 (1986).

Teil I dieses Briefes
 erschien in
 UTOPIE kreativ,
 H. 75, S. 5-18.

»Die Deutschen vor die Front« lautete 1900 der Befehl zur Niederschlagung des chinesischen Boxeraufstandes. Ob Chinesen oder Hereros oder Russen, so langsam, lieber Herr Bundeskanzler, kommt mir der fatale Verdacht, unser hoher Herr General Naumann habe sich allerhand Unausgesprochenes dabei gedacht, als er sich darauf bezog. Die Energie, mit der die deutsche nationalistische Vergangenheit bis heran zur Wehrmacht weißgewaschen wird, dient der Wiederverwendung. Der Bundeswehrosoldat, in Polen stationiert und dorthin auch gerufen, auf Wacht am Weichselstrand und am Bug, Richtung Wolga Europa verteidigend – er soll nicht vor den Blutspuren der Wehrmacht zurückschrecken, wie diese ja auch nicht vor Napoleons Spuren zurückschreckte.

Herr Bundeskanzler, es sind die Folgen Ihrer Politik, die sich da am Horizont abzeichnen. Natürlich können Sie Siedlers strategische Geopolitik verbal ablehnen, was Sie indes bisher nicht einmal wagen. Sie könnten Baring als unzuständig relativieren, doch dieser wildgewordene Professor wildert genau in Ihrem Staatsrevier. Ihre Oberförster, Herr Dr. Kohl, hegen das Revier derart, daß die Wilderer sich angezogen fühlen müssen von den verlockend fetten Beuten. Dabei plaudern Baring und Siedler nur weiter aus, was Ihr General Naumann angeplaudert hat: Deutschland mit seiner Mittel-Lage in den Zwängen der Geopolitik – verurteilt zur Machtausübung und imperialen Ausdehnung wie gehabt, freilich abgetarnt durch die Europa-Ideologie, diese aber mit der Vorgängerschaft des 3. Reiches. Das eben ist Kontinuität.

Soviel zur Antwort Nr. 1. Nun Antwort Nr. 2:

Der neue Krieg, soviel ist klar wie dicke Tinte, erfordert einen neuen Soldaten. Welcher Typ soll es sein? Etwa der alte Typ im neuen Gewande? Die Auguren denken darüber längst konkreter nach.

Mit atomarer Rüstung werden atomare Nachrüster abgeschreckt und Nichtbesitzer diszipliniert. Bleibt der konventionelle Krieg. Wie sieht also der deutsche Soldat der Zukunft aus, der den Europa und die USA bedrohenden Feinden standzuhalten hat?

Die Antwort gibt Hauptmann Dipl.-Päd. Joachim Hoppe, Jahrgang 1963, Ordonnanzoffizier beim Inspekteur des Heeres, in »Soldat und Technik« 2/96 mit dem richtungweisenden Artikel »In Schützenreihe und Schützenrudel – Auf den Spuren Ernst Jüngers«.

Die kenntnisreiche, gutformulierte Ausrufung Jüngers zum Prototyp des Soldaten in bevorstehenden Kriegen vollendet das militärische Programm Ihrer Regierung, Herr Bundeskanzler, es ist eben die von Ihnen im Bundestag mir gegenüber bestrittene »Militärkultur«, die sich in ihren Entwicklungslinien abzeichnet, der Soldatentyp Jüngers, als Mensch der Technik unterlegen, woraus Jünger den »Anarchen« macht, den Einzelgänger, der wie E.J. selbst vom Ruch, nein von der »Aura« des Anarchisten profitiert, ohne es zu sein. Denn wo es darauf ankäme, individuell zu revolütieren, da mündet sein abenteuerlicher, neugieriger Individualismus in den traditionellen Haltungen von »Treue« und »Würde«, d.h. der Anarch verkriecht sich ängstlich im traditionellen Schneckenhaus. Ernst Jünger als Prototyp des Anarchen leistet sich subjektiv allerhand Freiheiten, bleibt aber der Obrigkeit verfügbar wie im 1. und 2. Weltkrieg.

Herr Bundeskanzler, wohlwissend, wie zeitgemäß Ihr Übergang von Tucholsky zu Jünger war, verzichte ich auf jegliche Polemik Ihnen und Ihrem Idol gegenüber. Gegen den Grabenkampfhelden zu polemisieren fehlt hier der zureichende Grund, ganz abgesehen davon, daß ich es für würdelos halte, einen Hundertjährigen ins Visier zu nehmen, das tat ich vor Jahrzehnten, als der jüngere Jünger erst hochgelobt, dann zutiefst verachtet worden ist von welchen, die ihn heute wohl wieder lobpreisen, weil's in die Giftschlangelinie des staatlichen Militärwesens paßt.

Wie sehr der Held von 1914/18 und 1939/45 hineinpaßt, erweisen neuerliche Konzeptionen, die exakt anzeigen, was wir zu erwarten haben, nimmt die Geschichte ihren ihr zugeschriebenen geopolitischen Verlauf. Womit ich zu Oberstleutnant Reinhard Herden komme, dem Bundeswehr-Zukunftsstrategen, der sich dazu in »Truppenpraxis/Wehrausbildung« 2 und 3/96 der Naumannschen Sprachregelung getreu mit der Überschrift »Die neue Herausforderung« – »Das Wesen künftiger Konflikte« äußert.

Der Mann, der Fall, diese Konzeption sind als Generalstabsstrategie ernst zu nehmen. Hier haben wir das Szenario des Krieges, jene Militärkultur, auf den Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, hinausläuft. Es sage niemand, er habe davon nichts gewußt oder wissen können.

Der erste Teil seines Artikels enthält erstaunlich scharfsinnige Analysen des Weltzustandes, die manchmal noch über die Reichweite moderner Soziologie hinausgehen und in ihren essayistischen Kreisbewegungen zu unverhofften oder ansonst gelegneten Einsichten kommen. Folgerichtig beginnt Herden, ungescheut provozierend, mit einem Satz, der die Bankrotterklärung deutscher und, darüber hinaus, westlicher Politik enthält: »Die Erkenntnis hat sich mittlerweile durchgesetzt, daß dem Ost-West-Konflikt nicht der unbeschwerte Genuß einer Friedensdividende nachfolgt, sondern weltweit zunehmende Instabilitäten und Risiken.«

Der Satz kann unsereinen nicht überraschen. Ich stellte 1995 im Bundestag fest: »Kurz nach der Wende 1989/90 wurde eine Friedensdividende versprochen: Die Befreiung sollte Abrüstung, soziale Marktwirtschaft, Demokratie, Wohlstand bringen. Kein Jahr fünf später gibt es mehr Kriege und Krisen als zuvor und der Bundeswehrsoldat wird vom Heimatverteidiger zum Allerweltskrieger umgebaut.«

Während unsereiner die Ursachen dieser fatalen Folgen auch auf westlicher Seite diagnostiziert, mystifiziert Herden den Großteil der Ursachen und findet den Rest beim Gegner, der – wie vordem die Sowjets und Kommunisten – zum Feind aufgebaut wird, der vernichtet werden muß.

Herden konstatiert den Übergang von der Moderne zur Postmoderne auch für Politik und Militär, worauf Deutschland und seine Bundeswehr nicht vorbereitet seien, welche »Realitätsverdrängung«, die u.a. zu Verweichlichungen wie dem »Kriegsvölkerrecht westlich-humanitärer Prägung« führte, zukünftig »weder Verhaltenssicherheit noch das Überleben garantieren«.

Die Analyse des Zerfalls von Staat und Ordnung enthält bei Herden bittere Teilwahrheiten, die von westlicher Seite meist

geleugnet werden und marxistisch-kritische Anklänge nicht vermissen lassen. Doch aus der kühlen Analyse wächst ein heißes westliches Kriegsprogramm hervor.

»... Wenn die heute noch latenten Konflikte in offene Gewalt einmünden, dann werden Zivilisationskriege die vorherrschende Konfliktform des nächsten Jahrhunderts sein ...«

»... Wenn es eine Kraft gibt, die der Westen unterschätzt, dann ist es die Kraft des kollektiven Hasses ...«

Im 2. Teil kommt es dann, das klare neue Kriegskonzept. Dem »zivilisierten westlichen Soldaten« steht leider der »rohe, barbarische fremde Krieger« gegenüber, der »dem Proletariat« entstammt: »Das Verständnis ganz primitiver menschlicher Beweggründe, z.B. sexueller Frustration, ist bedeutsam für die Beurteilung des Kriegers als Gegner des Bundeswehrsoldaten.«

»Für den Soldaten der westlichen Demokratie mit seinen ethischen und moralischen Prinzipien ist der Krieger ein gefährlicher Feind ... Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig sind.«

Herden fragt nicht, wie die US-Army mit ihren »ethischen und moralischen Prinzipien« der westlichen Demokratie es fertig brachte, 3 Millionen Vietnamesen bei etwas über 50.000 eigenen Verlusten zu töten. Dabei läge dort das Rezept für seinen Befund. Allerdings umgeht der Oberstleutnant hier die pure Wahrheit und spricht statt von den »kleinen bösen Gelben« etwas blümerant von den »kleinen bösen Männern«. Es können ja auch statt der gelben schwarze Männer sein. So weiß er über die Bundeswehrsoldaten auszusagen: »Es wäre ... unklug, sie nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden.«

Zum besseren Verständnis des letzten Satzes sei mitgeteilt, unser Oberstleutnant ist führender Nachrichtenmann und steht »in intensivem Gedankenaustausch mit Mitgliedern insbesondere der amerikanischen Military Intelligence Community«.

Das macht uns deutlich, von wem wir wohl demnächst höflich »gebeten werden«, an künftigen Kriegen gegen die »kleinen bösen Männer« teilzunehmen.

Als uns das letzte Mal einer darum bat, formulierte er es kürzer und derber. Der Plausibilität halber zitiere ich aus »Hitler« von Joachim C. Fest, der die nicht direkt überlieferte Mord-Ansprache Hitlers vom 30. März 1941 vor 250 hohen Offizieren mit Niederschriften in Halders Tagebuch belegt:

»Unsere Aufgaben gegenüber Rußland: Wehrmacht zerschlagen, Staat auflösen ... Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf ...

Der Kampf muß geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgesetze. Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht. Sie müssen in dem Kampf führen ... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als

solche behandelt werden ... Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft.

Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.«

Fest notiert nach der Passage aus Halders Tagebuch die allgemein bekannten Weiterungen, so den »Führererlaß«, der »Angehörige der Wehrmacht für Straftaten gegen feindliche Zivilpersonen prinzipiell außer Verfolgung« setzte, den »Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941«, der genauer »Mordbefehl« hieße, endlich eine OKW-Richtlinie, »die unmittelbar vor Beginn des Angriffs den mehr als drei Millionen Soldaten des Osttheeres bekanntgemacht wurde« und die »slawischen Untermenschen« aufschlüsselte in »bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden«.

Ist die Parallele vom BW-Oberstleutnant Herden zurück zum Rußlandkrieg ab 1941 wirklich gerechtfertigt? Diese Frage stellte ich mir selbst. Als Beleg und Antwort sei Herdens Schlußfolgerung nicht durch Zitate, sondern mit seinem ganz ungeheuerlichen Kriegswahn in extenso hier wiedergegeben:

»Vor der militärischen Ausbildung für diese Bedrohungen müssen jedoch noch einige heikle Fragen beantwortet werden. Sind die Menschen wirklich die Geschöpfe, so wie Rousseau sie sah und die Benetton-Reklame sie sieht, die nur auf den Zusammenbruch böser Staaten warten, um ihre Friedensliebe und Güte zeigen zu können? Oder sind sie blutrünstige Bestien, die sich nur widerwillig in eine Zivilisation einordnen, weil die Alternative gegenseitige Vernichtung und Anarchie ist? Sind Deutschland und die Bundeswehr wirklich mit aller Konsequenz bereit, sich auf Gegner einzulassen, die nichts zu verlieren haben? Sie werden auf einen Gegner treffen, der Gefallen am Töten gefunden hat, der sich nicht rational verhält (sein Verhalten entspricht zumindest nicht dem westlichen Verständnis von Rationalität), der zu unbeschreiblichen Greuelthaten fähig ist und seine Landsleute opfert, um zu überleben. Verrat ist ihm zur zweiten Natur geworden. Von halbherzigen Demonstrationen der Stärke mit restriktiven Verhaltensregeln läßt er sich nicht beeindrucken. Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.

Einsätze im erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr lassen sich in der Regel nicht schematisch auf immer genau die gleiche Weise bewältigen. Meistens ist ein zweifacher Ansatz notwendig – man muß versuchen, die betroffene Bevölkerung auf die eigene Seite zu bringen, und man muß Warlords und ihre Söldner erbarmungslos bekämpfen. Man kann nicht mit ihnen verhandeln oder Kompromisse schließen. Man kann ihnen auch keine »Lektion erteilen« (es sei denn, man glaubt, daß Saddam Hussein oder General Aidid lernfähig wären). Auf dieser Ebene des Krieges geht es nur um Sieg oder Niederlage. Man braucht Mut und Entschlossenheit, das Spiel zu spielen.«

Von ganz besonderer Bedeutung für die »Entschlossenheit« zum »Spiel« ist Herdens eingestreute philosophische Frage, ob die »Menschen wirklich die Geschöpfe, so wie Rousseau sie sah«

seien oder doch etwa »blutrünstige Bestien, die sich nur widerwillig in eine Zivilisation einordnen...«

Das ist eine rhetorische Frage mit eingebautem Kurzschluß. Auf den Gedanken, daß die Welt sich diese Frage auf die Deutschen mit ihrer Kriegsvergangenheit zielend stellen kann, kommt Herden nicht. »Blutrünstige Bestien« sind immer die anderen, die Feinde eben, zur Vernichtung bestimmt.

Herr Bundeskanzler, dies ist der vorläufige Endpunkt jener »Militärkultur«, von der ich im Bundestag sprach, was Sie gleich darauf »abwegig« nannten. Hätten Sie die Sache gemeint, wäre ich froh und dieser Brief erübrigte sich. Leider wollten Sie den fatalen Sachverhalt nicht erwähnt haben. Das erst eskaliert ihn zum wirklichen Kriegsrisiko. Ich räume ein, Herdens Szenario klingt wie dem satirischen Roman »Catch 22« des US-Autors Joseph Heller entnommen. Das Buch war 1964 ein Welterfolg und ist heute ein Klassiker der modernen Antikriegsliteratur. Ihr Offizier und Autor Herden aber schreibt für den Krieg. Er parodiert nicht, er meint das bier- und bluternst. Sein Idol ist der Soldat als atavistischer Teilnehmer an weltweiten Strafexpeditionen. Sein Wille ist innenpolitisch auf Volkserziehung zu Krieg und Kampf gerichtet, womit das Halbjahrhundert pazifistischer Nachkriegskultur endgültig erledigt würde. In Alfred Andersch's »Kirschen der Freiheit« beginnt ein Satz mit den Worten: »Auch ich wäre auf jenem Friedhof bei Nettuno begraben worden ...« Den Satz mußte ich, als ich ihn vor Jahrzehnten erstmals las, mit einer blutigen Erfahrung beglaubigen: Auch ich ... So ging es mir durch den Kopf, denn bei Nettuno war ich verwundet worden.

Die friedienstiftende Harmonie, die von den besten Geistern der Kriegsgeneration ausging, wird leichtfertig konterkariert von einer Nachkriegsgeneration, die offensichtlich an die letzten unbelehrten Kriegshelden anknüpft, die auf neue Kriegszüge aus sind, jedenfalls nichts oder nicht genug zu deren Vorbeugung und Verhinderung tun wollen.

Diese angestrebte Normalität drückt sich aus in anachronistischen Ritualen wie Fahneneid und Feldpredigt und ist doch strukturell nur die Fortsetzung des Imperialismus mit modernisierten Waffen. Augstein sprach einmal vom »konstitutionellen Nazismus«, der auf Hitler verzichten kann, weil die Schlachten auch ohne ihn geschlagen werden können.

Selbstverständlich ließe sich das Herdensche Strategiepapier auch als abwegig bezeichnen, ich sehe Sie, Herr Bundeskanzler, förmlich vor mir, wie Sie vorn am Pult stehen und mit der ganzen, schon fast monarchisch zu nennenden Autorität des gewichtigsten Staatsmannes nach Ludwig Erhard die Aufgeregtheiten des Bundestages genießen. Etwa am 08.11.1995, als Verheugen Sie einen Buddha nannte und den Götternamen als Stillstandssynonym nutzte, woraufhin Joschka, der Seelenfischer, eins draufsetzte mit »Seine Erhabenheit, der Bundeskanzler ... schweigen wie ein Buddha.« Scharping trickste dann am 26.04.1996 nach, unentschlossen, solle er den Kanzler den »Elefanten« oder den »Buddhas« zurechnen, während Majestät doch schon auf Verheugen

gelassen repliziert hatten: »*Ich bin bereit, alles zu akzeptieren.*« Die Antwortpassage war, das muß der Neid dem fülligen Kohl-Buddha lassen, man lese dazu den Parlamentsbericht nach, von beinahe gelassener Weisheit. Weiser noch wäre, von den Äußerlichkeiten des wahren Buddha in die inneren Strukturen vorzudringen, da könnten selbst angeschwärzte lebensfreudige Main-Rheinländer noch errötend einiges hinzulernen.

Zurück zum Herdenschen Kriegs-Szenario, das wir gleichwohl kaum verlassen hatten und das vom Bundeskanzler immer noch dementiert werden könnte.

Aber gewiß doch, viele Argumente sprechen gegen das Papier. Im 1. Teil ist es zu pessimistisch, radikal, negativ, stellenweise gar marxistisch, was in so hohen BW-Offiziersköpfen wahrlich nicht zu vermuten sein sollte. Im 2. Teil entgleist die Zukunftsstrategie in die trüben Regionen einer Science-fiction-Literatur, statt der kleinen grünen Männer aus der Tiefe des Weltraums greifen kleine böse Männer aus Afrika und Asien an, nicht zu vergessen die kleinen Bösen des US-amerikanischen Hinterhofs Süd- und Mittelamerika sowie die eventuell nicht gänzlich in die NATO integrierbaren europäischen Randvölkerschaften. Schließlich vergißt der BW-Weltanschauungsoffizier auch mitzuteilen, weshalb er seine Vätergeneration von kleinen braunen und schwarzen Männern, die im feldgrauen Tuch einen Krieg entfesselten und führten, der überlebenslang als *made in germany* die Weltgeschichte beunruhigen wird, so bemüht aus seinen Vernichtungsstrategien ausspart. Dient er nicht selbst in einer Armee, die von den Generälen des letzten deutschen Herrn Gernegroß gegründet worden ist? Welche Kompromisse wurden mit den Warlords und Söldnern des 3. Reiches geschlossen, statt sie »*erbarmungslos zu bekämpfen.*« Allerdings: »*Man kann ihnen auch keine Lektion erteilen.*« So Herden, und was die Unbelehrbarkeit einer deutschen Kriegerkaste angeht, so hat er mehr recht als er selber weiß.

Dies und noch viel mehr ließe sich notfalls gegen Herden auch von Ihrer Seite, Herr Dr. Kohl, vorbringen, den Mann vielleicht gar zurückziehen und versetzen. Allein, dem Eisberg die Spitze kappen, erhöht nur seine Gefährlichkeit. Unter Wasser bleibt der Kolß was er ist. Und Herden steht nicht allein, wir nehmen ihn nur *pars pro toto*.

Ich vermute deshalb, Ihre Ratgeber werden nicht zur Bagatellisierung bzw. zum Dementi raten. Wozu aber sonst? Wenn Sie meinen Rat hören wollten, was Sie natürlich nicht wollen, mich aber nicht hindern darf, Ihnen dennoch gut zuzureden, so sollten Sie den Mut besitzen, das Herden-Papier offen zur Diskussion zu stellen. Schließlich ist es nichts Geringeres als die Quintessenz Ihrer Politik, die notwendigerweise in den von Herden konstatierten Weltbürgerkriegszustand münden muß, werden die Konstanten nicht sofort verändert. Fragt sich nur, wer das riskieren könnte. wenn nicht Sie selbst.

Herr Bundeskanzler, Sie sehen, ich setze noch Hoffnung auf Sie, ohne etwa leichtfertig zu erwarten, ich könnte Sie überreden. Das, wer wüßte es nicht, können Sie nur selbst. Frisch ans Werk denn, zum Glück erfuhren wir, Sie zielten auf nichts Geringeres als die

Geschichte, wo Sie nach Adenauer, Brandt, Schmidt einer sein möchten, der dem vorangegangenen Rhöndorfer Weltgeist das Wasser reichen kann.

Was aber, wenn Sie in den Geschichtsbüchern als Kaiser-Wilhelm-II-Adept dargestellt werden müssen, der mit jener hohenzollernschen Mischung von Mutwillen und Hochmut in einen weltweiten Krieg steuerte?

Ich weiß, Sie wollen das nicht. Doch der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Die neodeutsche Militärkultur in Abrede stellen und sie zugleich fördern, stellt den direkten Anschluß zur blutbesudelten Vergangenheit her. Wie also, Herr Bundeskanzler, stehen Sie zu dem Bundeswehr-Nietzscheaner Oberstleutnant Herden, über dessen Strategiepapier glatt der Nietzsche-Satz stehen könnte: »... *der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt.*«
 WAS SAGEN SIE DAZU, HERR DR. KOHL?

Schweigen ist hier kein Gold, sondern lediglich Feigheit vor einem höflich und beinahe ergeben anfragenden MdB.

Es tut mir unendlich leid, daß ich dem Oberstleutnant Herden und Kameraden selbst die naheliegende Berufung auf Nietzsche streitig machen muß, denn das Lob des Kriegers und Übermenschen stammt aus dem irrlichternden »*Also sprach Zarathustra*«, worauf schon einmal ein großer deutscher Militarist hereinfiel. Genau und sarkastisch äußerte sich Meister Nietzsche in »*Menschliches, Allzumenschliches*«, und das läßt sich gut und gern dagegen zitieren: »*Ist zu guter Letzt gar noch bei jedermann die Verpflichtung, einige Jahre Soldat zu sein, nach Ablauf weniger Generationen, zu einer gedankenlosen Gewohnheit (...) geworden, (...) so kann der Staat auch noch den Meistergriff wagen. Schule und Heer, Begabung, Ehrgeiz und Kraft durch Vorteile ineinander zu flechten, das heißt, den höher Begabten und Gebildeten durch günstigere Bedingungen zum Heere zu locken und mit dem Soldatengeiste des freudigen Gehorsams zu erfüllen, so daß er (...) zur Fahne schwört und (...) ihr einen neuen (...) Ruf verschafft. – Dann fehlt nichts weiter als Gelegenheit zu großen Kriegen: und dafür sorgen, von Berufs wegen, also in aller Unschuld, die Diplomaten samt Zeitungen und Börsen: denn das ›Volk‹ als Soldatenvolk hat bei Kriegen immer ein gutes Gewissen, man braucht es ihm nicht erst zu machen.*«

Die Worte des großen Ironikers in Ihr Ohr, Herr Bundeskanzler. Und was nun? Weiter so wie bisher? Wie sieht jetzt so ein Herden-Satz aus wie die liebliche Prophezeiung: »*Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden.*« Oder wie der Satz, wonach »*die Menschen ... brutale Bestien*« sind, wenn doch Nietzsche schon kühl notierte, daß sie dazu erst durch »*Diplomaten samt Zeitungen und Börsen*« gemacht werden?

Und noch ein Zitat. Bei Herden heißt es: »... *man muß versuchen, die betroffene Bevölkerung auf die eigene Seite zu bringen, und man muß Warlords und ihre Söldner erbarmungslos bekämpfen.*«

Setzen wir »*Juden und Kommunisten*« an die Stelle der »*War-lords und Söldner*«, und wir haben die Militärsprache des 3. Reiches: »*Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz muß beseitigt*

werden ... *Im großrussischen Reich ist Anwendung brutaler Gewalt notwendig ...*« (Hitler in seinen »Weisungen« an das OKW zum Fall Barbarossa)

Der Oberbefehlshaber des Ostheeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch am 27. März 1941 in Zossen über den bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion: *»Die Truppe muß sich darüber klar sein, daß der Kampf von Rasse zu Rasse geführt wird, und mit nötiger Schärfe vorgehen.«*

Soviel zu Herdens Vorläufern, als die kleinen bösen Männer die Farbe rot trugen. Wobei ich den Bundeswehroffizier nicht des Nazismus beschuldige, wohl aber mindestens der Fahrlässigkeit. Er hätte bei seinem Rang wissen müssen, in welche Fußstapfen er tritt. So nützen alle verbalen Absicherungen nichts, etwa der rührende Verweis der nunmehrigen Zugehörigkeit zu den westlichen Demokratien, wenn zugleich die Rückfälle sich häufen und die alten Strukturen unter den neuen Uniformen sichtbar werden wie der Wolf unter dem Schafsfell. Gern möchte ich anfügen, der Wolf wolle wirklich keiner mehr sein. Allein seine Sprache dementiert die gute, lobenswerte Absicht. Heute wird kein Friede befestigt, es wird der Krieg vorbereitet wie eh und je und die böse Absicht demjenigen zugeschoben, der sich am besten zum Feinde eignet. Mit diesem fatal guten Gewissen zogen die deutschen Soldaten in diesem Jahrhundert bereits zweimal ins Feld. Sollen also aller bösen Dinge drei sein? Welches Volk ist einfältig genug dazu?

Ihr Landsmann, Herr Dr. Kohl, der 1885 in Ludwigshafen geborene revolutionäre Philosoph Ernst Bloch faßte den Vorgang in die Fabel eines menschenfresserischen Ungeheuers, dem der Kopf abgeschlagen und der Kopf eines humanistisch gebildeten Gelehrten auftransplantiert wird. Für eine Weile benimmt das zwangskultiivierte Ungeheuer sich gentlemanlike, dann setzen die alten Säfte des Leibes sich durch. Es fällt in den Kannibalismus zurück.

Ich verstand anhand der Fabel die Sowjetunion mit ihrem zaristischen Erbe gut genug und war frühzeitig alarmiert. Auch an das postsowjetische Rußland mit seinen bleischweren Vergangenheiten läßt sich denken.

Wie ist das jetzt mit Deutschland? Ist das dunkle Blut- und Leibeserbe überwunden oder beginnt es den neu aufgesetzten helleren Kopf zu regieren?

Ich weiß sehr wohl, Herr Bundeskanzler, dies ist nicht die Sprache Ihrer Regierung, nicht Ihrer Koalition und nicht der Opposition. Vielleicht liegt hier der tiefere Grund unserer Verirrungen. Doch wenn Nachdenklichkeit gleich in Strauß'scher Manier als bußdeutsches Flagellantentum verdächtigt wird, steht der Nachdenkliche schnell im Ruch der Verfassungsfeindschaft. Selbst wenn er unartig eine verfassungsgemäße Politik anmahnt, die eine Opposition, der es ernst ist mit ihrem Auftrag, zu vertreten hat.

Der Herdensche Neo-Rassismus kann in zugespitzten Krisensituationen so populär oder zwanghaft verordnet werden wie sein rassistischer und antisemitischer Vorgänger. Als die NS-Medien 1941 die Massen abgerissener gefangener Sowjetsoldaten vorführten, fiel die antibolschewistische Propaganda auf vorbereitet

fruchtbaren Boden. Als die Sowjets 1944/45 sich rächten und ihrerseits die geschlagenen, verwahrlosten Deutschen vorführten, und die Bilder der Not, des Elends der Massen, die der Hölle entkommen waren, ohne ihr bereits entkommen zu sein, lauerte der Tod doch in den Gefangenenlagern – da glichen diese Bilder einander, nur daß die Reaktionen, die sie auslösten, von nationalistischer Gegensätzlichkeit waren. Sieg und Niederlage setzen die Akzente.

Heute blicken wir fassungslos auf die Kriege der Gegenwart, und der Schluß, der Mensch sei eine »*blutrünstige Bestie*«, liegt so verführerisch nahe wie 1941 die Angst vor dem Ansturm aus dem Osten. Derlei Emotionen führen, bleiben sie unreflektiert und werden gar Staatsräson, über den eigenen Hochmut direkt ins Verderben. Wir von der Hitlerjugendgeneration und Sie, Herr Bundeskanzler, gehören dazu wie ich und unsere Altersgenossen, sollten uns peinlich genau erinnern, wie und warum wir damals in unserer kindlichen Naivität leichte Beute der Goebbels'schen Lügen werden konnten, und so mancher kam lebenslang nicht davon frei, gehört doch ein entschlossener Bruch mit der Vergangenheit dazu, gerade auch im Irrgarten der Emotionen. Heute sollten wir uns das fragen, weil ein per Eurozentrismus nur leicht abgetarnter Nationalrassismus entstehen kann, wenn wir dem nicht widerstehen.

Das Herdensche Szenario vom kommenden Weltbürgerkrieg, zu dem wir »*gebeten*« werden, diese Eskalation der deutschen Beteiligung in Fortsetzung der Beteiligungen in Somalia und Jugoslawien ist das vorläufige Endprodukt des 20. Jahrhunderts. Unserer Beteiligung geht nicht nur eine Militarisierung der Außenpolitik, sondern der gesamten Politik voraus. Es geht in der Folge der deutschen Vereinigung um nichts Geringeres als die zweite Remilitarisierung.

Begonnen hatte es damit, daß 3. Reich und Wehrmacht entschuldigt wurden, damit deutsche Soldaten im West-Ost-Konflikt aufgeboten werden konnten. Von dieser als Landesverteidigung erklärten 1. Remilitarisierung aus läßt sich die 2. Phase nun mit der blühenden Scheinlogik bewerkstelligen, die der politischen Klasse auf Holzwegen immer flink vom Munde abgeht. Da werden wir zum Kriege »*gebeten*«, haben »*dankbar*« zu sein, waren bisher nur »*Trittbrettfahrer*« (Roman Herzog), müssen unser »*vagabundierendes Schuldempfinden*« (FAZ) überwinden, ebenso unseren »*selbstgerechten Pazifismus*« (Stockfish). Schluß also mit dem »*weinerlichen Bußdeutschtum*« (Strauß).

Das Unwort Bußdeutsche stammt von FJS. Was ist damit gemeint? Etwa die »Aktion Sühnezeichen«? Öffentlich gelobt und politisch verhöhnt? Da drehte Alexander Mitscherlich sich im Grabe um. Was haben Katholiken gegen Buße? Die Bußdeutschen würden durch Schamproduktion erpreßt, heißt es. Doch die Regierung, die Soldaten ins Ausland schickt, schämt sich weder noch tut sie Buße. Wofür auch? Kohl und Mitterand staatsbesuchten x-mal Ernst Jünger, den Soldaten zweier Weltkriege. Tat er recht? Waren Widerständler im Unrecht? Einem Deutschland ohne Linke erwächst Jünger automatisch zum Staatshelden-Vorbild ehrenhalber. Die rechten Radikalen vernehmen die Botschaft, ehren Rudolf Heß, der den Krieg im Westen beenden und ganz gegen Rußland

wenden wollte, während Jünger Hitlers Krieg gehorsam mitführte. »Darf man hoffen, daß man noch ins Feuer kommt?« So Jünger 1940 im Krieg gegen Frankreich. Das bewundern Sie, Herr Bundeskanzler. Die Neonazis begreifen die Symbole, schwenken die Reichskriegsflagge und schlagen die Landsknechtstrommel. Ist Deutschland wieder dort angekommen, wo es einmal war? Gnade Euch Gott, Europäer. Entweder besiegt Euch die D-Mark oder der Stiefel, die Bomberjacke und das braune Stroh im Hohlkopf? Franz Schönhuber erscheint gegenüber soviel Wendekriegern im nachhinein geradezu als vergangenheitsbewältigter Demokrat.

Die Sarkasmen verscheuchend wie lästige Fliegen, erinnere ich mich an eine Talkshow im Bayerischen Fernsehen am 20.09.1991. Ich fragte aus gegebenem Anlaß den Berliner Politologen Prof. Arnulf Baring, ob er eine neue akademische Rechte begründen wolle, analog zu mehreren US-Professoren. Baring reagierte mit einem Wutausbruch und der Forderung, den Fragesteller »aus dem demokratischen Konsens auszuschließen.« Offensichtlich hatte ich ein Tabu gebrochen. Wer bei uns rechte Politik betreibt, möchte nicht so genannt werden. Als allgemeiner Konsens gilt, daß ordnende Begriffe wie links und rechts ihre Bedeutung verloren hätten. Wobei links im abwertenden Sinne als Schimpf noch gebraucht wird. Demnach sind die Linken nicht mehr links, denn der Untergang des Marxismus-Leninismus raubte ihnen den Bezugspunkt, und die Rechte macht rechte Politik, will sie und sich aber nicht so genannt wissen.

Schon beim Bayern-Talk verkündeten Baring und der Juraprofessor Rupert Scholz, daß das vereinte Deutschland »sich seinen neuen geschichtlichen Aufgaben stellen müsse«, seine »Größe und wirtschaftliche Kraft nicht verleugnen« dürfe, kurzum »aus der Nische her auszutreten habe.« Meinen Nachfragen, was konkret gemeint sei mit der Aufforderung an die Deutschen, ihre Nische zu verlassen, begegneten die beiden Professoren nicht mit wünschenswerter Klarheit. Indessen sprach Rupert Scholz kurze Zeit später zum 3. Oktober auf dem Deutschland-Forum der Frankfurter CDU. Laut Bericht der »Frankfurter Rundschau« vom 05.10.1991 ging es kurz und bündig um »Deutschlands neue Rolle in der Welt«. Auch die Nische war wieder da: »Deutschland muß aus der Nische heraus! – Keine Verschweigerung der Bundesrepublik!« Und noch deutlicher: Für die Bundesrepublik »genügt es künftig nicht mehr, die Grenzen Deutschlands und Westeuropas zu verteidigen! ... Wir stehen vor Nord-Süd-Konflikten.«

Als ich im Bayerischen Fernsehen Prof. Baring fragte, ob er die Bundeswehr nach Jugoslawien schicken wolle, verneinte er das noch, und Prof. Scholz sprach abwiegelnd vom militärischen Einsatz als »ultima ratio«. Laut FR steuerte Scholz wenig später in Frankfurt direkt darauf zu: »Skrupel, daß das Grundgesetz Militäreinsätze außerhalb der NATO verbiete, sind rundweg falsch«. Und der Jurist fordert die sofortige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als unabhängige Staaten – damit deutsche Soldaten dort gegen die Aggression Serbiens intervenieren können ...« Derart wurde die vorzeitige Anerkennung propagiert. Die Folgen kennen wir.

Laut FR erhielt Scholz tosenden Beifall. Denn: »*Wer gesund ist, darf sich nicht wegducken!*« Da war es also wieder: Raus aus der Nische und nicht wegducken. Denn: »*Frieden und Freiheit sind mit Wirtschaftshilfe alleine nicht zu bewahren.*«

Natürlich soll das alles nicht als »*deutscher Sonderweg*« betrieben werden. Kein nationaler Alleingang also, sondern als »*Teil einer UN-Truppe*«. Doch auf dem Weg zum Ziel will man sich schon nicht wegducken, weil man ja so gesund ist. Wo ein deutscher Wille, da auch ein UN-Weg. Sind Slowenien und Kroatien erst anerkannt, dachte man sich, wird die UNO sich schon sputen, und dann können endlich deutsche Soldaten in Serbien zeigen, daß sie nichts verlernt haben seit ihrem letzten Auftreten drunten im Balkan.

Womit die Ziele der deutschen neuen Rechten klar genug formuliert sind, und die Wegweisung durch neue Rechtsintellektuelle entspricht dem tiefen Bedürfnis eines Volksteils, wie nicht nur das Frankfurter CDU-Deutschland-Forum zeigte, auf dem brennende Sorgen wie die Pogrome gegen Ausländer, der Nationalismus und Neonazismus der Benachteiligten und Asozialen außer Betracht blieben. Kein Wunder, denn mit dem Asylanten-Konflikt suchte man der SPD von der Basis her den Widerstand gegen Grundgesetzänderungen wegzuhebeln, und von oben wurde schon der Kurs der militärischen Lösungen angegeben. So sollte die SPD von beiden Seiten weichgeklopft werden.

Kurze Zeit nach dem Talk im Bayerischen Fernsehen saß ich auf dem Podium einer hessisch-thüringischen Vertrauensleute-Konferenz der IG-Metall. Die nationalen Töne der Professoren Baring und Scholz fehlten hier völlig, denn es ging um soziale Konflikte. Die thüringischen Metaller warben um die Solidarität ihrer westlichen Kollegen. Die modische Parole vom »*Teilen*« geisterte durch den Saal und manchmal schien es, als zielte sie auf die Schwächung gewerkschaftlicher Kampfkraft. In der Diskussion zeigten sich bereits die Gefahren der deutschen Vereinigung und wie sie betrieben wurde – in den neuen Ländern arbeiteten die desolaten Verhältnisse der neuen deutschen Rechten zu.

Zum einen trieb die wirtschaftliche Notlage große Teile der Bevölkerung in Resignation, zum anderen antworteten die ausgestoßenen Jugendlichen mit Rechtsradikalismus, was insgesamt den besten Nährboden abgibt für die neue deutsche Rechte. So deutlich der politische Wille der IG Metall wurde, der Entpolitisierung, dem Ausländerhaß und Nationalismus entgegenzusteuern, so klar trat zugleich die Gefahr der Überforderung hervor. Die Gewerkschaften können nicht leisten, was die Parteien, die Kultur und Intellektuellen zu leisten unterlassen. Die Konflikte lassen nicht nach, sie spitzen sich zu.

Zuzugeben ist, die zweite Remilitarisierung fällt Ihnen nicht ganz leicht. Im Volke überdauern noch einige Antikriegserfahrungen. Ein Tucholsky-Satz bereitet Ärger. Die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer steigen. In der Bundeswehr selbst bleiben manche Geister dem Gedanken der Landesverteidigung verbunden. Der Unwille zur Rückkehr in außenpolitische Heerzüge ist nicht einfach wegzubefehlen mit Formeln wie »*neue Herausforderung*«

(Naumann), »neue geopolitische Situation« (Baring), »auf den Spuren Ernst Jüngers« (Hoppe), »Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können« (Herden).

Wer also in der Bundeswehr meldet sich freiwillig zur »Schmutzarbeit«?

Der Schock, den die Frage auslöst, ist beabsichtigt und soll heilsam sein, d.h. kriegsvorbereitend und kriegsertüchtigend wirken. Nicht weil man selbst es so will, sondern, wir kennen das, weil die Feinde und unsere geopolitische Lage keinen Ausweg lassen.

Lassen sie wirklich nicht?

Friedensforscher, politische Parteien und Gruppen, Wissenschaftler aller Sparten und auch Soldaten der Bundeswehr erforschten und erbrachten eine Vielzahl von friedensaktivierenden Szenarien und Vorschlägen.

Die Regierung aber geht ihren Weg Richtung kriegerischer Konfrontation. Es ist das militärische Programm, das mit allen verfügbaren Mitteln durchgesetzt werden soll. Wir erleben es.

Spätestens jetzt wird deutlich, General Naumanns lobender Rückgriff auf die deutschen Siege 1900 beim chinesischen Boxeraufstand und 1904 beim Völkermord an den Hereros war kein Fauxpas, sondern generalstabsgemäß genau überlegt und gezielt. Wir sollen erneut auf solche Kriegsschläge gegen die »kleinen bösen Männer« vorbereitet werden. Dies ist Teil des Programms der Wehrhaftmachung von Volk und Gesellschaft, die sich in der Folge der zwei deutschen Niederlagen im bedauerlichen Zustand der Verweichlichung befinden.

Erst jetzt offenbart sich der tiefere Sinn jener preußisch-rückfälligen Veranstaltungen wie die öffentlichen Gelöbnisse auf der durch vergangene Friedensdemos verseuchten Bonner Hofgartenwiese oder in dem ungebärdigen Groß-Berlin, das sich mit seinem Abscheu vor militärischen Schaustellungen als hauptstadtunwürdig erweist. Da muß seelisch, physisch, psychisch aufgerüstet werden. Kopf ab zum Gebet. Das darf ruhig wörtlich genommen werden, denn wiederum gibt es kirchenfürstliche Begleitung. Nehmen wir zur Abwechslung nicht Militärbischof Dyba, den cleveren Fundi von Fulda, aber seinen Kameraden von Köln, den Kardinal Meisner.

Als ärmlicher Ostberliner Diaspora-Bischof hatte er am 05.03.1985 noch tapfer pazifistisch getönt: »Rüstung ist Diebstahl an den Armen.« Kaum im Westen angekommen, predigte er im Januar 1991 für den Golfkrieg, obwohl sein Herr in Rom dagegen sprach.

Wie schnell kommt so ein katholischer Glaubensfürst von einer Erleuchtung zur nächsten, kaum hat er sein östliches Amt in ein westliches eingetauscht?

Am 24. Januar 1992 verzeichnete die Presse die nächste Erleuchtung. Meisner im Gottesdienst mit Soldaten: »Der durch die Erbsünde geprägte Mensch bleibt für den Weltfrieden immer eine Gefahr, weil aus seinen tieferen Abgründen dunklere Mächte und Bewegungen erwachsen können.«

Da haben wir wieder die ominösen »Menschen«, die bei Herden »blutrünstige Bestien« sind und bei Meisner den »tieferen Abgrün-

den« der »Erbsünde« verfallen bleiben. Seltsamerweise rechnen beide Strategen die Deutschen nicht zu den »Menschen«, erbsündig und blutrünstig-bestialisch sind immer nur die anderen. Doch der Lapsus fällt gar nicht auf. Zumal Kardinal Meisner seither immer erneut mit Soldaten betet, wie die Tradition es will.

Heinrich Böll, der die Wehrmachtsfeldgottesdienste und den schönen Koppelschloßspruch »Gott mit uns« nicht vergessen wollte, nannte den Vorgänger Meisners im Dom zu Köln »dumm«. Denn ein intelligenter Kirchenfürst würde gewiß immerdar betuern, was Meisner in Ostberlin schon einmal wußte: »Rüstung ist Diebstahl an den Armen.«

Soviell, Herr Bundeskanzler, zur Bündnisverlängerung von Thron und Altar. Vielleicht verstehen Sie, daß mir als gebürtigem Ostdeutschen meine ungläubigen Freunde, die in den 5 neuen Ländern die Mehrheit bilden, lieber sind als jene zungespaltene frommen Rüstungsprediger, die Ihre Militärkultur vervollständigen. Die Bonner politische Klasse verdeutlicht sich zur Kaste weißer Herrschaft. Schon wird Berlin als Hauptstadt im überkochenden Hochgefühl aufgerüstet wie einst Wilhelms Kriegsmarine. Es kann gar nicht genug kosten, denn der Kaiser von Europa benötigt einen Hochsitz, dessen Architektur den herrschenden darwinistischen Geist ungescheut mit jener versteinten Herrlichkeit ausdrückt, mit der die Sieger von 1900 und 1904 in den Jahren 2000 und 2004 erneut anzutreten gedenken. Wer da noch 1914-18-33-39-45 zwi-schenruft, dem ist nicht mehr zu helfen. Denn wir gehen herrlichen Zeiten entgegen.

Die Theologie von Meisner und Dyba komplettiert die zukunftsorientierte deutsche Militärkultur, deren militante Strategie die Ursachen der Krisen und Kriege, gegen die sie mobilisiert, ausblendet, was ins Konzept einer durchgehenden Dehumanisierung gehört. Die geplante Feindvernichtung verlangt nach unbegrenzter Erhöhung der eigenen Kriegspartei und Entmenschlichung der Feinde.

In George Orwells Roman »1984« tauchen hin und wieder fremde, wilde Gruppen von »Proles« auf, die fälschlicherweise als Proletarier gedeutet werden, was sie nicht sind, sondern im Abseits lebende, nicht mehr erfaßbare und sozialisierbare Wilde. Orwells Überstaat begegnet ihnen, wie die religiös begründete Kultur des weißen Mannes vom Abendland allen Fremden und Ungläubigen begegnete: Unterwerfung und Ausbeutung oder Vernichtung (christlich gesprochen: Taufe oder Tod!). Erst das 3. Reich verengte die Alternative, die schon abendlandsbarbarisch genug war, zur Gänze auf die Vernichtung. Bei Orwell gelten die Proles als nicht unterwerfbar, entzogen sie sich doch jeglicher Kontrolle. Was hier Orwells »Proles« waren und den Nazis die Juden, das sind im Herdenschen Szenario die »kleinen bösen Männer«. In dieser Zielstellung gipfelt die neue Militärkultur, ob sie nun relativ leger erscheint wie bei Naumann – oder knochenbeinhart wie bei Herden oder ob Sie, Herr Bundeskanzler, das Ganze in Abrede stellen, vielleicht fürchtend, daß Sie die Geister, die Sie riefen (rufen), nicht mehr loswerden könnten.

Die Zitate zur Illustration der neuen Militärkultur ließen sich fast unendlich vervielfachen, etwa mit den luziden Worten Ihres Beraters Michael Stürmer, der dem Bundespräsidenten schon am 07.04.1995 in der NZZ das sportive Wort vom »*Ende des Trittbrettfahrens*« vorgab. Denn »*es geht um Wiedergewinnung der Abschreckung ... der Bundesrepublik Deutschland stehen in Politik und Öffentlichkeit und bis in die Familien hinein bittere Auseinandersetzungen bevor ...*«

Der Prof. Stürmer sagt es zeitig genug und so zurückhaltend wie ein Generalstabsoffizier bei auftragsgemäßer Abfassung bevorstehender Kriegszüge auf dem Schachbrett der Welt. Stürmers Gedanken lassen sich in den 1a-Medien jederzeit nachlesen, meist als seriöse Leitartikel, von denen gewiß einmal behauptet werden kann, man habe davon nichts gewußt, obwohl doch die politische Klasse ausnahmslos ihre Meinungen dort auf- und abtinkt. Mir kommt es aber darauf an, mit den ausführenden Militär- und Weltanschauungsoffizieren von Dregger über Proske bis Herden vorzuführen, wie weit der Vorstoß über die deutschen Grenzen, auch die inneren ethischen Begrenzungen, schon gediehen ist.

Erst indem die Frage radikal gestellt wird, erscheint die Antwort nackt wie der Kaiser ohne Kleider. Erst wenn wir erkennen, Deutschland mit oder ohne Europa und USA rüstet sich ideologisch zum Krieg gegen den Rest der Welt, werden die seltsamen, oft noch abgetarnten Vorbereitungen in ihrer Reichweite verständlich. Etwa die Weigerung der Koalition, die Wehrmachtsdeserteure zu rehabilitieren. Was als bloßes stures Festhalten am dumpfen Stolz unaufgeklärter oder unaufklärbarer Kriegshelden und ihres Nachwuchses erscheint, ist in Wirklichkeit Vorbereitung auf die geplanten neuen Kriegszüge, an die ich ursprünglich nicht glauben wollte, weil mir diejenigen, die das argwöhnten, alten Klischees verhaftet schienen. Tatsächlich werden die Klischees wie alte Schlachtschiffe wieder in Dienst gestellt, und die Öffentlichkeit merkt nichts. Natürlich läßt sich die NS-Militärjustiz nicht gut als Werkzeug der Hitlerschen Welteroberungspläne definieren, soll die Welt erneut in die Mündungen unserer Waffen starren. Nun wird klar, weshalb der BW-Hochschulprofessor Seidler vorträgt, die Entkriminalisierung der Wehrmachtsdeserteure schade der Bundeswehr, denn ihre Soldaten »*könnten ... trotz aller Befehlungen, daß Wehrmacht und Bundeswehr nicht vergleichbar sind, zum Vorwand nehmen, die Fahnenflucht nach § 16 WStGB zu bagatellisieren. Die Aufgabe der Bundeswehr in der weltweiten Krisenbewältigung mit allen Gefahren für Leib und Leben stellen Anforderungen an Zeit- und Berufssoldaten, die sie bei ihrer Verpflichtung nicht kannten. Das Verhalten der Soldaten in kritischen Situationen sollte nicht negativ präjudiziert werden.*«

Die Anforderungen, die die Soldaten vor ihrer Verpflichtung nicht kannten, gehen, wie wir lesen können, sehr weit. Prof. Seidler mag ein Schlieffen im Westentaschenformat sein, doch arbeiten er und die neue Waffen-Elite von Baring bis Herden an modernisierten Schlieffenplänen.

Schlieffen, der Herr des Angriffs für Weltkrieg I ohne Rücksicht auf die Rechtslage, war auch Autor der Studie Cannä, in der das

Prinzip des Vernichtungskrieges durch Umfassung empfohlen wurde.

Wobei unsere postmodernen Strategen auf andere Rückgriffe ins Europa nationaler Egoismen nicht verzichten mögen. Arnulf Baring: *»Die Rückkehr zu einem Weltzustand, in dem die einzelnen Länder ihre verschiedenen Interessen auf unterschiedliche, ja gegensätzliche Weise verfolgen, ohne auf gemeinsame Großanliegen oder gar Ideologien besondere Rücksicht zu nehmen, sollte also nicht als Anbruch eines unbegreiflichen Chaos, sondern richtiger als Rückkehr zum (sicher vielfach unerfreulichen) Normalzustand der Welt begriffen werden.« (Europäische Sicherheit 1/196)*

Bleibt zu überlegen, wie unerfreulich der Normalzustand der Welt denn sein darf, wenn wir selbst zu den Betreibern dieser kriegerischen Normalität zählen.

Die Scheu, das Unangenehme beim Namen zu nennen, zählt zu den Grundlagen unserer Tradition. Wer es doch beim Namen nennt, verfällt der Ächtung, was im Medienzeitalter mindestens Rufmord bedeutet. Die alten Germanen freilich ahndeten Tabubruch mit dem Tode, was anno 1933 wieder in Mode kam, Ausgang ungewiß.

Nun stelle ich die anfangs im Bundestag gestellte Frage erneut: *Gibt unsere außenpolitische Kultur den Zustand unserer inneren Kultur wahrheitsgemäß wieder? Die Goethe-Institute, diese höchst-respektablen Vermittler im Ausland, die ein halbes Nachkriegsjahrhundert getreulich vom friedvollen Denken und Dichten in der alten Bundesrepublik berichteten, orientieren sie nun auch über die innere Kulturwende inklusive der neu-alten Militärkultur? Vom Historikerstreit bis zur neuesten prophylaktischen Kriegserklärung an die »kleinen bösen Männer« – wird diese Eskalation in anderen Ländern bekanntgemacht?*

Der Anlaß der Polemik, die Hamburger Wehrmachtsausstellung, die auch Sie, Herr Dr. Kohl, so gar nicht mögen, darf sie durch die Goethe-Institute reisen? Wer wird es fördern, wer verhindern?

In letzter Konsequenz ist eine Entscheidung von Ihnen gefordert: Gibt es eine Alternative zu dem Kriegsdrاما, das einige Ihrer Politiker, Militärs, Professoren an die Wand malen und das alle Züge einer sich selbst verwirklichenden Prophezeiung aufweist?

Wenn ja, müßte jedes Parteiinteresse vor der Friedenssuche zurückstehen. Wenn nein, artikulierte sich zum Ausgang des Jahrhunderts eine neue Existenzfrage, deren tendenzielle Analogie zu den dreißiger Jahren eine Entscheidung zwischen Widerstand und Kriegsschuld verlangte.

Zu Beginn meines Briefes versprach ich Ihnen hundert Seiten. Inzwischen favorisiere ich den Gedanken an vier oder fünf Briefe, so daß ich den ersten Brief beenden und an Sie absenden kann. Wenn Sie wollen, kann das Schreiben intern bleiben. Mir liegt an einer Antwort, nicht von Ihren Referenten, sondern direkt und persönlich. Man kommt ja sonst nicht dazu, im Plenum ein Wort zu wechseln. Gerade weil ich weiß, Sie antworten mir nicht, beharre ich auf meinem Wunsch, denn ich möchte nicht zu den neuen Mauerbauern gehören.

Vor einem Vierteljahrhundert widerfuhr mir die Ehre, im Südwestfunk Baden-Baden, Ihrem Haussender, Herr Nachbar, in das sechsköpfige Team der Sendung *»Blick in die Zeit«* gebeten

zu werden. Heinrich Böll, Eugen Kogon, Walter Jens, Ludwig Marcuse und der erzkonservative Krämer-Badoni bildeten den Stamm, jeder durfte jeden sechsten Sonntagabend einen völlig freien Kulturkommentar sprechen. Von Walter Jens und mir abgesehen nahmen die Autoren die Gelegenheit wahr und sprachen den Kommentar bis zu ihrem Lebensende. Sie starben gewissermaßen in den Sielen. Nur Jens hatte plötzlich keine Lust mehr, und ich durfte ab 1994 nicht mehr, als ich MdB wurde. Immerhin dachte ich 25 Jahre lang an den SWF-Hörer Kohl, von dem berichtet wurde, er höre meist SWF II, die Kulturwelle. Ich war vielleicht vermessen, daran zu glauben, daß Sie uns zuhörten. Welcher Staatsmann hat denn noch Zeit dafür.

Darauf wollte ich Sie schon immer mal ansprechen, seit zwei Jahren warte ich im Bundestag auf eine Gelegenheit dazu. Doch zwischen dem Abgeordneten Kohl und unsereinem bietet sich keine Gelegenheit. Was ich bedauere. Einmal ging ich im Foyer des Bundestags, Rheinseite, die Telefonkabinen entlang, als Sie um die Ecke bogen. Ich sagte, leicht verdattert »*Guten Tag*«, denn daß ich der Ältere bin, läßt mich nicht Ihren Staatsstatus vergessen, zumal einer Ihrer Adjutanten mir im Plenum, als ich zu CDU/CSU gewandt von »*Ihrem Bundeskanzler*« sprach, zurief, Sie seien unser aller Bundeskanzler, auch der meinige. Den eben grüßte ich nun, und Sie knickten, wie mir schien leicht verdutzt, im rechten Knie ein und stürmten durch jene Tür am Ende der Telefonkabinen, auf der die Worte »*Behinderten-WC*« prangen. Sie erinnern sich?

Da Sie mir meinen höflichen Gruß nicht erwiderten, beschloß ich, die lässige Flegerei der Gerechtigkeit halber mit standesgemäßer Höflichkeit zu beantworten. Daraus wurde im Laufe der Wochen der Gedanke dieses Briefes. Ich sehe nicht ein, weshalb ich Ihre Sprachmauer durch meine Akzeptanz erhöhen sollte. Sie sind ein Mensch der Macht und ihrer Handhabung. Da ich als Abgeordneter erkennen mußte, wie folgenlos die Worte bleiben, die von uns im Plenum gesprochen werden, da ich nicht ohne Bestürzung erlebe, wie politische Gegnerschaft von unverbesserlich deutschen Rechthabern in alte Feindschaften umgemünzt wird (als sei der staatsjuristische Verwandlungskünstler Carl Schmitt nicht zur Hölle gefahren, sondern fortlebend auf Bonner Erde), weil es angeblich der Machterhaltung diene, während es Recht und Gesetz delegitimiert, schreibe ich Ihnen also. Mag sein, die Worte bleiben ohne Echo. Wenigstens soll später keiner behaupten, es sei nicht alles versucht worden, die Warnung vor der Eskalation der Krisen und Kriege rechtzeitig vorzubringen. Ich darf enden mit dem Verweis auf Nietzsche, der von den Deutschen verlangte, sich zu »*entdeutschen*«, was ein »*Kennzeichen der Tüchtigen unsres Volkes*« sei. Entdeutschen wir uns also, Herr Bundeskanzler, zu unerschrocken phantasievollen Weltbürgern. Das wäre freilich mehr als europäischer Festungsbau mit deutschnationalen Regressionen und Repressionen.

In der verwegenen Hoffnung, daß Sie meinen Brief lesen werden und die Antwort nicht Ihrem Staatsminister für besondere Aufgaben, Bohl, überlassen, der es am 26. Juni 1996 in der

Parlamentsfragestunde fertigbrachte, Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrem Freund Kurt Ziesel derart unlösbar zu verknüpfen, daß mir der rechtsautonome Herr Ziesel schon leid zu tun begann. Doch darüber ein andermal mehr.

In der verwegenen Hoffnung also auf eine Kommunikation, die im Parlament nicht stattfinden darf, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

THEODOR BERGMANN

Heydrichs großer Plan

Jahrelang verhandelten Bonn und Prag über eine Abschlußerklärung, die »die Aussöhnung der beiden Völker endgültig besiegeln« soll.¹ Die »Vertreter der Sudetendeutschen«, denen jede demokratische Legitimation fehlt, also die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL), der Sudetendeutsche Rat und deren Wortführer Edmund Stoiber, erhoben immer neue revanchistische Forderungen gegenüber Prag. Die Tschechen sollten sich entschuldigen für die Vertreibung; Rückkehrrecht und Entschädigung wurden gefordert. Die Erpressung wurde zwischen Bonn und München mit verteilten Rollen gespielt. Für viele Deutsche beginnt die Geschichte erst 1945.

Die lange Geschichte des Verhältnisses zwischen deutscher und tschechischer Bevölkerung in der k.u.k. Monarchie hat kulturelle, ökonomische und politische Aspekte. Nach dem Ersten Weltkrieg verschärften sich zuerst die ökonomischen Probleme der deutschen Minderheit, denn die überwiegend im deutschen Siedlungsgebiet konzentrierte Industrie hatte mit der Auflösung Österreich-Ungarns wichtige Teile ihrer Absatzmärkte verloren. Die politischen Probleme zwischen Deutschen und Tschechen spitzten sich massiv hingegen erst nach der Machtübergabe an die NSDAP in Berlin am 30. Januar 1933 zu. So wie die anderen nationalen Minderheiten genoß auch die deutsche Bevölkerung der ČSR alle bürgerlichen Freiheiten, hatte ihre eigenen Institutionen, Presse und Vertreter im Prager Parlament, zeitweilig auch in der Regierung. »In juristischer und kultureller Hinsicht war die Stellung der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei eine entschieden bessere als in irgendeinem anderen bürgerlichen Land Mittel- und Osteuropas. Der kapitalistische Konkurrenzkampf, die bourgeoise Ausbeutung und Bedrückung nahmen (jedoch) oft nationalen Charakter an und waren die Grundlage für eine berechtigte Unzufriedenheit der Minderheiten.«²

Daran knüpften die 1933 gegründete – legale nazistische – »Sudetendeutsche Partei« (SdP) und ihr Ableger bei den Karpatendeutschen in der Slowakei, der eigene Abgeordnete und paramilitärische Terrorgruppen besaß, an. Sie paktierten – lange Zeit heimlich – mit Hitler, der ab 1937 immer offener die »Rückkehr« der Sudetendeutschen mitsamt ihrem Territorium ins Reich forderte, obwohl sie nie zum Reich gehört hatten.

Bis zum Münchner Abkommen vom September 1938 gab es im Sudetengebiet im wesentlichen nur den Terror der SdP, allerdings

Theodor Bergmann –
Jg. 1916, Stuttgart.

1 Das Tauziehen um inhaltsschwere Formulierungen kann hier nicht nachgezeichnet werden. Siehe dazu Theodor Bergmann: Ein neues München? In: Sozialismus, 1996, H. 10, S. 43f.

2 J. S. Hájek: Signal auf Krieg. München 1938, Berlin 1960, S. 34.

tatkünftig von jenseits der Grenze mit Waffen, Geld, Ausbildungslagern u.a. logistisch unterstützt. Danach kam der direkte Gestapo-Terror gegen alle nicht-nazistischen und nicht-deutschen Bewohner des okkupierten Gebietes – mit den im Reich üblichen Methoden. Ab März 1939 – nach dem Einmarsch in Prag – wurde dieser Terror auf das ganze »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren« ausgedehnt. In der von Hitler kreierten unabhängigen Slowakei übten slowakische Faschisten zusammen mit deutschen Beratern den Terror aus.

Aber der Reichsprotektor von Neurath war offenbar nicht hart und erfolgreich genug. Daher wurde am 1. Oktober 1941, als Hitlerdeutschland im Rußland-Feldzug die ersten militärischen Rückschläge erlitten und die Menschen in den okkupierten Gebieten neue Hoffnung geschöpft hatten, Reinhard Heydrich neuer Reichsprotektor in Prag. Als er seinen neuen Auftrag übernahm, hatte er sein Programm bereits fertig. In seiner programmatischen Antrittsrede vom 2. Oktober 1941, die wir bis auf einige redundante Passagen im folgenden vollständig veröffentlichen, legte er es dar. Diese Rede wurde erstmals 1960 in der Prager Dokumentensammlung »Die Vergangenheit warnt«³ veröffentlicht. Soweit man überblicken kann, wurde dieser Text in der Bundesrepublik bisher nur auszugsweise zitiert.⁴ Angesichts der aktuellen revanchistischen Forderungen der SL kann es nützlich sein, sich den Text in seinen wesentlichen Aussagen zu vergegenwärtigen.

Heydrich machte deutlich, daß die Vernichtung des tschechischen Volkes lediglich bis zum Endsieg verschoben, zugleich aber vorbereitet wurde. Im militärischen Größenwahn waren die NS-Führer und ihr Gefolge sich dieses Endsieges völlig sicher. Bis dahin sollten die tschechischen Werktätigen gehorsamst für den faschistischen Krieg die Waffen produzieren (Wehrwirtschaftsführer in Prag war das SS-Mitglied Hans-Martin Schleyer). Da Heydrich »Ruhe im (tschechischen) Raum« brauchte, sollte »man den tschechischen Arbeitern das an Fressen (sic) geben, wenn ich das so deutlich sagen darf, daß er seine Arbeit erfüllen kann«.

Der verbrecherische Plan bedarf keines Kommentars. Auch die Form, der Ausdruck entspricht der »geistigen Überlegenheit« der nationalsozialistischen Herrenrasse und ihrer Komplizen. Nach den schon verübten Verbrechen (Terror gegen alle tschechischen Opponenten, Theresienstadt und die begonnene Vernichtung der tschechischen und slowakischen Juden) war ein weiteres Verbrechen größten Ausmaßes geplant.

Unabhängige Kommunisten haben 1945 gegen die auf der Potsdamer Konferenz von den Alliierten gemeinsam (nicht nur von der Sowjetunion) beschlossene »humane und geordnete Durchführung« der Aussiedlung protestiert und die Aussiedlung als einen großen politischen Fehler bezeichnet. August Thalheimer schrieb damals: »Es ist jetzt bekannt, daß Millionen Deutscher aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und Ungarn mit den barbarischsten Methoden von Haus und Hof verjagt worden sind. Ihre überwiegende Mehrzahl sind natürlich deutsche Arbeiter, Landarbeiter, Kleinbauern, Handwerker. Nach einem Ersuchen der englischen und amerikanischen Repräsentanten, die ›ihre‹ Gebiete von

3 Das Buch »Die Vergangenheit warnt« wurde vom Institut für Internationale Politik und Ökonomie und Historischen Institut der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 1960 in Prag herausgegeben. Der nachfolgende Text wurde dieser Dokumentation entnommen.

4 Auszüge bringt der Band: Nacht über Europa. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und in der Tschechoslowakei (1938-1945), Köln 1988. Ferner kurze Auszüge in meinem erwähnten Artikel.

solchen Flüchtlingen überschwemmt sahen, wurde in Potsdam – im Hinblick auf eine ›geordnete und humane Durchführung‹ – ein vorläufiges Verbot gegen weitere gewaltsame Vertreibungen erlassen. Welche Schande für alle Siegermächte, die diese Barbarei durchgeführt oder zugelassen haben!«⁵

Die vorhergegangenen Verbrechen der deutschen Bourgeoisie sollten fünfzig Jahre nach dem katastrophalen Ende des nazistischen Größenwahns und ihrer Weltherrschaftspläne zur Bescheidenheit mahnen. Der deutsche Kapitalismus betrachtet sich jedoch seit 1989 als Sieger des Zweiten Weltkrieges. Gegen seine gefährliche Außenpolitik bedarf es schärfsten Widerspruchs aller wirklich Linken in Deutschland und in Europa sowie eines neuen Internationalismus.

5 August Thalheimer:
Die Potsdamer Beschlüsse.
Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (1945).

REINHARD HEYDRICH

»...im Stillen schon planend und
fundamentlegend für eine Endlösung«

Reinhard Heydrich (1904–1942), trat 1931 der SS bei und baute den Sicherheitsdienst der SS (SD) auf; 1934 Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes in Preußen; 1936 Chef der Sicherheitspolizei und des SD; 1939 Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, seit Juli 1941 mit der »Endlösung der Judenfrage« in Europa beauftragt, seit September 1941 zusätzlich stellvertretender Reichsprotector von Böhmen und Mähren. 1942 Tod durch ein Attentat tschechischer Widerstandskämpfer. Als »Vergeltung« wurde das Dorf Lidice zerstört und große Teile der Bevölkerung ermordet.

Quelle:

Die Vergangenheit warnt (tschechisch), Prag 1960, S. 98 -112. (Die Wiedergabe der Dokumente erfolgte in deutsch.)

Am Ende des Textes heißt es auf tschechisch:

»Begläubigte Abschrift. Der Beamte mit unleserlicher Unterschrift merkte an, daß die Abschrift mit dem Original übereinstimmt, einschließlich der Fehler. SUA, fond URP –d, kart. 53.«

In unserer Wiedergabe sind die erwähnten Fehler stillschweigend korrigiert.

Vor dem Eintritt des Herrn Reichsprotectors wies der Unterstaatssekretär SA-Brigadeführer von Burgsdorff in kurzen Worten darauf hin, daß sämtliche Teilnehmer des Empfangs verpflichtet sind, strengstes Stillschweigen über die Ausführungen des Herrn Reichsprotectors zu wahren.

Parteigenossen, meine Herren!

Auf Befehl des Führers habe ich vor drei Tagen in Vertretung die Führung der Geschäfte des Reichsprotectors übernommen, an Stelle des erkrankten Reichsprotectors Reichsminister von Neurath.

Ich freue mich, daß ich heute nach drei Tagen schon die Gelegenheit habe, Sie, die Mitarbeiter des Reichsprotectoratsstabes, den beamtlichen Sektor, aber auch vor allem die Hoheitsträger der Partei in diesem Raum des Kampfes und – abgesehen selbstverständlich von meinen engeren Mitarbeitern aus meiner Stellung als Chef der Sicherheitspolizei und des SD heraus – auch Sie, die Herren Oberlandräte, die draußen die Träger der Verwaltung und – wie ich hoffe – kämpfenden Aufgaben im Verwaltungsbereich sind, kennen zu lernen.

Die Weisung des Führers, die ich für diese Aufgabe erhalten habe – die ich zeitlich für begrenzt ansehe – lautet: daß ich mit aller Härte in diesem Raum eindeutig sicherzustellen habe, daß die Bevölkerung, soweit sie *tschechisch* ist, einsieht, daß an den Realitäten der Zugehörigkeit zum Reich und des Gehorsams gegenüber dem Reich nicht vorüberzugehen ist; für die *Deutschen*, daß sie wissen, daß dieser Teil des Reiches eben ein Teil des Reiches ist und daß auf der einen Seite der Deutsche hier den Schutz genießt und die führende Rolle spielt und zu spielen hat, aber auch, daß der Deutsche entsprechend diesem Recht die Pflicht hat, sich als Deutscher zu benehmen und zu führen.

In der politischen Linie bedeutet das, was mir der Führer gesagt hat, die Anerkennung dessen, was bisher politisch von Staatssekretär Frank hier an Richtung gegeben wurde. Das bedeutet gleichzeitig die selbstverständliche, menschliche, dienstliche und freundschaftliche Voraussetzung für das Zusammenwirken zwischen dem Kameraden *Frank* und mir.

Kurz ein Wort vorher. Meine Herren! In mir sehen Sie im allgemeinen den Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Sie sehen im allgemeinen darin – jedenfalls habe ich mich daran gewöhnt, daß es in der Verwaltung so ist – den Mann der Exekutive, der alles

nach Möglichkeit nur exekutiv zu lösen beabsichtigt. Diese Auffassung ist irrig und falsch und ich möchte auch hier – wie oft wo anders – zunächst, bevor ich Ihnen über die Probleme des Raumes etwas sage, einmal deutlich Klarheit geben über die Auffassungen, mit denen ich als Chef der Sicherheitspolizei, mit denen ich als SS-Mann und Mitarbeiter des Reichsführers-SS, mit denen ich als Nationalsozialist an meine Aufgaben gehe.

Die SS (und der SD und die Sicherheitspolizei sind ein Teil dieser SS) ist der Stoßtrupp der Partei in allen Dingen der Sicherung innenpolitischer Art des Raumes und der Sicherung der nationalsozialistischen Idee. Stoßtrupp bedeutet, daß er immer ein Stück voraus dem Gros ist, daß er besonders gut bewaffnet und einsatzbereit ist und zu kämpfen versteht. Stoßtrupp besagt aber auch, daß er nichts tut, was nicht nach dem Willen und den Planungen der Gesamtführung geht. Voraussetzung für die Aufgabe der Sicherung der Idee ist aber ein tiefes Hineinfühlen, Hineindenken in die Probleme und ein Handeln aus der Kenntnis der Probleme heraus, nicht nur ein oberflächliches Sehen, sondern ein gründliches Erfassen der Dinge, und kann daher nicht nur ein exekutives äußeres Sehen, sondern ein gründliches Erfassen der Dinge und Erfüllen von Befehlen sein. So handeln wir als ausführende Organe im Bewußtsein der Sendung des Führers und des Reiches, jener Sendung, die auf dem Wege über das großdeutsche und großgermanische Reich geht. Und wenn der Führer mir beim Weggehen sagte: Bedenken Sie, daß immer da, wo ich die Einheit des Reiches gefährdet sehe, ich mir einen SS-Führer nehme und ihn vom Reich aus hinschicke, um die Einheit des Reiches zu wahren – so mögen Sie von diesen Worten des Führers dann die Gesamtaufgabe der SS und damit meine spezielle Aufgabe ableiten.

Im voraus gesagt: Ich habe nicht die Absicht, mich hier nun auf meinem Posten an einer Aufgabe festzuklammern, weil sie schön und mit repräsentativen Dingen verknüpft ist, sondern ich sehe meine Aufgabe hier an als eine Kampfaufgabe, die ich in Vertretung eines Anderen zu erfüllen habe, um, wenn ich sie erfüllt habe, dem Führer melden zu können: »Mein Führer, ich habe sie erfüllt. Ich darf mich nun wieder meiner Hauptaufgabe widmen.« Die Zeiten sind mir noch unbekannt; ob das Wochen oder Monate sind, hängt von der Lösung, von den Problemen der Aufgabe, hängt vom Befehl des Führers ab.

Ich sprach von den Aufgaben der SS als Ganzes. Ich möchte sie zusammenfassen in der Devise: »Feind allen Feinden und Hüter alles Deutschen«, und das mag insbesondere für diesen Raum gelten. Feind allen Feinden – beinhaltet die Grundlinie unserer polizeilichen und Sicherungsaufgaben, nicht nur im engeren, auch im weiten Sinne; denn darin sehe ich nicht die Aufgabe des Verhaftens und des Aburteilungszuführens, des Überwachens, sondern darin sehe ich das systematische Abtasten der Lebensgebiete nach Feindeinflüssen, aber auch nach eigenen Fehlern.

Die zweite Seite dieser Aufgabe – Hüter alles Deutschen – ist begründet in der Auftraggebung, mit welcher der Führer den Reichsführer-SS zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gemacht hat. Wenn ich nun hier diese Aufgabe im

Auf dem 47. Sudeten-deutschen Tag am 26. Mai 1996 in Nürnberg forderte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) »ein Heimatrecht«, verstanden als »Möglichkeit zur Rückkehr unter rechtsstaatlichen Bedingungen«, und wandte sich gegen die rechtliche Anerkennung der tschechischen Enteignungs-Dekrete durch die Bundesrepublik. Er verlangte, »die Vertreibung von Anfang bis Ende« als »Unrecht« zu werten, das nicht Folge des Potsdamer Abkommens sei, sondern »von führenden tschechischen Politikern lange vor 1945 gewollt war«. Dafür erhielt Stoiber rauschenden Applaus der Zuhörer. Der Sprecher der Sudeten-deutschen, Franz Neubauer, verstieg sich zu der Behauptung, die »Vertreibung der Sudetendeutschen« erfülle den »Tatbestand des Völkermords« und sei deshalb unverjährbar...
Neues Deutschland,
26. Mai 1996.

Wie man Menschen vertreibt, das haben doch die damaligen deutschen Machthaber und ihre Vasallen wie Henlein schon 1938 gezeigt, als 130.000 Menschen, darunter 11.000 deutsche Hitler- und Henlein-Gegner, auf der Grundlage »schwarzer Listen« und nach meist blutigen Hetzjagten vertrieben wurden... Josef Cisler, Prag, in: Neues Deutschland, 15. Oktober 1996.

Protektorat übernommen habe, so sind diese beiden Pfeiler letzten Endes auch die Fundamente meiner Aufgaben-Erfüllung, die Abwehr und Niederhaltung alles Feindlichen und die Sicherung, aber auch die Planung für die Zukunft aller Dinge, die dem deutschen Volkstum gut und für die Zukunft notwendig sind.

Lassen Sie mich etwas ausholen, um die Gesamtprobleme auch dieses Raumes eben in die Gesamtheit zu stellen, um nicht nur mit den Scheuklappen der Protektoratsgrenzen zu sehen.

Die Voraussetzung für den Krieg, für die Erfüllung des Krieges, für die Besetzung der notwendigen Räume und für die Formung und Gestaltung des großdeutschen und großgermanischen Reiches war die innenpolitische Sicherung des Altreiches. Darüber hinaus war es unsere Aufgabe, nach den persönlichen Weisungen und Richtlinien des Führers in dem damaligen Ausland jene Dinge forschungsmäßig und erkundungsmäßig zu planen, die dann im Laufe der Dinge die Voraussetzung geben konnten für viele politische, aber auch militärische Erfolge und Ereignisse. Dazu kamen dann im Verfolg der politischen Entwicklung im europäischen Raum die Notwendigkeit und die Aufgabe der Rückführung der Deutschen, und zwar der Volksdeutschen aus jenen Räumen, die heute im Osten von unseren Truppen besetzt sind, jener Volksdeutschen, die bestimmt dasselbe erlitten hätten, was heute die Volksdeutschen an der Wolga erleiden, wenn nicht der Führer unerhört drängend jetzt die Überführung dieser 1/2 Million Volksdeutscher befohlen und erwirkt hätte. Und nun zum Kriege selbst.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß alle Dinge der letzten Jahre in einem unerhört organischen Zusammenhang stehen, alle militärischen und politischen Dinge, und daß die Voraussetzung und die Konsequenz dieses Krieges das ganz klare harte Durchziehen bis zum Letzten ist, um dies Reich zu erhalten und zu formen und zur Größe zu bringen. Denn alle politischen Zwischenspiele, ob diplomatischer, außenpolitischer oder anderer Natur, waren nur ein Beiwerk der großen klaren Dinge, nämlich jener Dinge, daß die Feinde des Reiches – geführt von Juden und Freimaurern – letzten Endes sich das Ziel gesetzt hatten, dieses aufstrebende Deutschland in seiner inneren Ideenführung des Nationalsozialismus zu vernichten, dieses Deutschland als Gefahr für die Weltpläne des Judentums dieser Welt hinzustellen, und daß daher alles getan werden müsse, um dies Deutschland klein und kaputt zu machen. Aus dieser Erkenntnis heraus, daß in der Geschichte des Deutschen Reiches immer dann, wenn der Jude glaubt, uns am Boden zu haben, irgendwo aus diesem deutschen Raum, dieser deutschen Menschen *einer* aufstand, der mit einer unerhörten Ideen- und Persönlichkeitskraft diese Deutschen packte, zu einer Einheit verschmolz und sie dann letzten Endes zur Größe und zur Überwindung der Gefahren führte. Der Jude wußte, daß dann diese deutsche Entwicklung gestört oder gehindert werden konnte, wenn aus dem deutschen Raum selbst der Dolchstoß kam.

Und nun haben wir unter der Führung des Führers unendlich viel Räume in Europa besetzt als militärische Voraussetzung für die weitere Führung und siegreiche Beendigung des Krieges. Wir

wollen uns darüber im klaren sein, daß diese Besetzung dieser Räume jedenfalls in vielen Gebieten nicht eine vorübergehende, sondern eine endgültige sein wird, wobei es gleichgültig ist, wie die Form des Kontaktes dieser Räume zu uns werden wird. Das heißt aber, die Zukunft des Reiches hängt nach Beendigung dieses Krieges von der Fähigkeit des Reiches und von der Fähigkeit der Menschen dieses Reiches ab, diese Räume zu halten, zu beherrschen und gegebenenfalls mit dem Reich zu verschmelzen, sie hängt also ab von der Art, wie wir in der Lage sind, diese Menschen zu behandeln, zu führen und zu verschmelzen. Wir müssen hier eigentlich drei große Gruppen unterscheiden: Das eine sind die Räume mit germanischen Menschen, das sind jene Menschen, die unseres Blutes und daher an sich unseres Charakters sind. Es sind jene Menschen, die durch eine schlechte politische Führung und Einfluß des Judentums irgendwie verbogen sind, die erst langsam zurückgeführt werden müssen zu den Grundelementen des Gegenwartsdenkens. Es sind das die Räume: Norwegen, Holland, Flandern, sowie in späterer Zukunft Dänemark und Schweden. Es sind jene Räume, die germanisch besiedelt sind und die in irgendeiner Art, darüber müssen wir uns hier im klaren sein, ob im Staatenbund, Gau oder sonstwie uns gehören werden. Es ist klar, daß wir diesen Menschen gegenüber eine ganz andere Art der Behandlung finden und finden müssen als gegenüber den andersrassigen, slawischen und ähnlichen Völkern. Der Germane muß hart angepackt werden, gerecht, aber er muß menschlich in ähnlicher Form wie unser Volk geführt werden, wenn man ihn auf die Dauer im Reich halten und ihm verschmelzen will.

Das zweite sind die Osträume, die zum Teil slawisch besiedelt sind, in denen man wissen muß, daß Güte als Schwäche ausgelegt wird, und in denen der Slawe selber gar nicht will, daß er gleichberechtigt behandelt wird, wo er gewöhnt ist, daß der Herr sich mit ihm nicht gemein macht. Das sind also die Räume, die wir nun im Osten zu führen und zu behalten haben, in denen eine deutsche Oberschicht nach der militärischen Entwicklung bis weit nach Rußland hinaus, bis weit an den Ural einmal in der ganz klaren Führungsform als Rohstoffbasis, als Arbeiter für große, auch Kultur-Aufgaben, als Heloten, wenn ich es ganz drastisch sagen will, für uns eingesetzt werden muß.

Das sind die Räume, die man eigentlich behandelt wie die Eindeichung neuen Landes an der Küste, indem man ganz im Osten einen Wehrwall zieht von Wehrbauern, um dieses Land einmal abzuriegeln gegen die Sturmflut Asiens, und daß man es dann durch Querwälle unterteilt, um allmählich diesen Boden für uns zu gewinnen, indem man weiterhin am Rande des eigentlichen Deutschland, das von deutschem Blut besiedelt wird, immer langsam einen deutschen Wall vorlegt nach dem anderen, damit man nach dem Osten hinaus durch deutsche Menschen, die deutschen Blutes sind, die deutsche Besiedlung vortragen kann. Unter diesem Gesichtspunkt mögen Sie im Osten alle die Aufgaben sehen, die wir nun dort zu erfüllen haben. Der erste Wall, von diesem Protektoratsraum will ich nachher sprechen, wird im Osten durch die beiden Provinzen Danzig-Westpreußen und Warthegau gebildet,

Der materielle Schaden, der den Völkern der Tschechoslowakei zugefügt wurde, beträgt 380 Mrd. tschechoslowakische Vorkriegskronen. Das entsprach etwa 3,4 Mrd. Reichsmark bzw. dem Wert der tschechoslowakischen Industrieproduktion von 1932 bis 1937. Im März 1939 übernahm Deutschland die gesamte Industrie und alle Rohstoffvorkommen des Protektorats sowie die Ausrüstung und Bewaffnung der tschechoslowakischen Armee. Unter den verschiedensten Vorwänden wurden tschechische Betriebe konfisziert, in deutsches Eigentum überführt und das jüdische Eigentum per Weisung des Reichsprotektors vom 21. Juni 1939 komplett »arisiert«. Zu den konfiszierten Werken gehörten 234 Großbetriebe mit einem Gesamtwert von fast 1,5 Mrd. Kronen und 190 kleinere Betriebe im Wert von 114 Millionen Kcs. Die Germanisierung in der Landwirtschaft leitete das »Rassen- und Siedlungshauptamt« des Dritten Reiches. Es eignete 16.000 tschechische Bauern und übergab deren Eigentum (u.a. eine Nutzfläche von 50.000 ha) an von den Nazis privilegierte Deutsche. Die »Heim-ins-Reich«-Aktion erwies sich also als ein profitabler Beutezug des faschistischen Deutschland. Deutsches Kapital im Protektorat wuchs von 208 Mio Kronen 1938 auf 2,4 Mrd Anfang 1945. Zu diesem Zeitpunkt verfügten deutsche »Anleger« über 61,6 Prozent des Auslandskapitals in den böhmischen Ländern der okkupierten Tschechischen Republik. Helmut Ziebart, 1981-1990 DDR-Botschafter in Prag: Das Erbe der »Germanisierung«, in: Neues Deutschland, 20. Dezember 1996.

Über mehrere Jahre hinweg verhielt sich Bonn so, als wäre es für die tschechische Regierung nur bedingt der richtige Verhandlungspartner. Manchmal beliebte es, in die Rolle des Schiedsrichters zwischen zwei ihm untergeordneten Streithähnen – der Prager Burg und dem »Sudetendeutschen Haus« in München – zu schlüpfen. Eine Zumutung, die sich keine Regierung eines souveränen Staates gefallen lassen kann. ... Die zahlreichen »Versuchsballeons«, mit denen Prags Standhaftigkeit ausgelotet wurde, und die vielen »Nachbesserungs«-Vorschläge Bonns in Augenblicken, als eine Einigung über die Versöhnungserklärung zum Greifen nahe schien, haben eines bewiesen: Offizielle, gewissermaßen regierungsamtliche deutsche Überheblichkeit gegenüber einem Nachbarstaat ist in Europa wieder möglich. Sollte Tschechien dem deutschen Bundeskanzler dazu dienen, der Welt einen Paradigmenwechsel bezüglich der historischen Rolle Deutschlands vorzugaukeln – vom Verursacher des zweiten Weltkriegs zu seinem Opfer? Einen Versuch war es offenbar wert. Nach dem »böhmischen Labor-test« drängt sich die Frage auf, wo in Europa sich andere geeignete Schwachstellen für die »Experimentierfreudigkeit« deutscher Außenpolitik anbieten. Richard Szklorz, aus Tschechien stammender freier Autor, in: Freitag, 29. November 1996.

die, zusammen mit Ostpreußen und mit schlesischen Teilen, vor etwa einem Jahr noch eine Vollbesiedlung von fast 8 Millionen Polen hatten, das sind die Räume, die nun ganz systematisch deutsch besiedelt werden müssen, um Stück um Stück und Zug um Zug das polnische Element herauszustoßen. Das sind die Räume, die einmal ganz deutsch besiedelt werden müssen. Dann immer weiter nach dem Osten, das Baltenland, das einmal ganz deutsch besiedelt sein muß, wobei man sich überlegen muß, welche Blutsteile beim Letten, Esten und Litauer rückdeutschungs- und eindeutschungsfähig sind. – Die rassistisch besten Elemente sind die Esten – die schwedische Einflüsse haben –, dann die Letten und am schlechtesten sind die Litauer.

Dann kommt der großpolnische Raum, der das nächste Gebiet ist, das man ganz allmählich deutsch besiedeln muß, aus dem das polnische Element allmählich nach dem Osten verdrängt werden muß. Dann kommt die Ukraine, die auch zunächst mit einer gewissen Mittellösung allmählich aus dem großrussischen Raum unter Anwendung und Ausnutzung der gewissen noch im Unterbewußtsein schlummernden völkischen eigenen Gedanken als große Rohstoff- und Ernährungsbasis unter deutscher Führung weiter leben soll. Ohne daß man etwa diesem Volk dort eine kulturelle Festigung oder Stärkung geben kann, ohne daß man dort eine große Intelligenz aufbauen sollte, damit nicht etwa daraus eine Opposition in späteren Zeiten herangezogen wird, die dann in vielen Jahren unter einer schwachen Führung sich wieder lösen kann. Im großen und ganzen gilt also hier in diesen Osträumen der alte Kolonisationsgedanke, der aber im Gegensatz zur früheren Kolonisation der Ordensritter und baltischen Barone den Gedanken hat, daß die Kolonisation von uns getragen wird, vom Blut, und daß der alte Gedanke im Osten, der Ordensgedanke der Ordensritter wach wird, als die Etappe für die Beherrschung des Raumes, den wir nicht voll besiedeln können. Und nun – wenn Sie diese gesamten Dinge sehen, wird Ihnen klar sein, daß man diesen böhmisch-mährischen Raum auf die Dauer nie in einer Gestalt lassen darf, die es überhaupt dem Tschechentum ermöglicht, zu sagen, daß es ihr Raum sei. Hier gibt es nur eins, daß man in Erkenntnis des Lebenswichtigen und Vordringlichen sich zunächst einmal erinnern wird, welche geschichtlichen Fundamente liegen in diesem Raum, und daß man sich schlüssig wird, was macht man hier einmal. Woraus ist dieser Raum gewachsen. Woher sind die Menschen, wohin gehören sie usw.

Dazu möchte ich kurz einmal streifen, es wird für Sie hoffentlich nichts Neues sein, aber ich möchte er doch umreißen: Wir müssen uns klar sein, daß in der deutschen Geschichte Böhmen-Mähren ein Herzstück des Reiches war, ein Herzstück, das in positiven Zeiten stets ein Bollwerk des Deutschtums war, daß es in der Zeit der Kolonisation die Wacht nach dem Osten war, daß letzten Endes – das dokumentiert auch die Entwicklung auf kulturellem Gebiet – es immer und immer in guten Zeiten die Festung war und, wie Bismarck sagte, die »Zitadelle Europas«. Das wird auch begründet dadurch, daß die erste Reichsuniversität vor Krakau und vor Wien hier in Prag gegründet wurde. Wenn Sie nun die Dinge sich

genauer betrachten, so wird Ihnen eindrucksvoll klar, welche schicksalhafte Dynamik dieser Raum für Deutschland und die deutsche Geschichte hat. In den Jahren deutscher Geschichte, die wir einmal übersehen wollen, kommen die Dolchstöße für den Niedergang des Reiches in den meisten Fällen aus diesem Raume heraus. Ob das nun ein Marbod aus Böhmen ist, der gegen Armin den Cherusker vorging, ob das die Slawenapostel Cyrill und Method waren, die unter religiös-kirchlichen Gedankengängen der Ostkirchen diesen Raum loslösen, auf kirchlichem Wege ihn an den byzantinischen Gedanken bringen wollten, ob das die äußerlichen Anfänge des 30jährigen Krieges durch den Fenstersturz zu Prag sind, oder ob es in dieser Zeit der Versuch ist, durch illegale Widerstandsbewegungen das Reich zu gefährden und in seinem entscheidenden Schicksalskampf gegen den Bolschewismus nun hier dem Reich in den Rücken zu fallen.

Meine Herren! Das sind alles Dinge, die eine ganz klare logische Aneinanderreihung von gleichen Gedanken und Geschehnissen sind, das sind die gleichen Elemente des Dolchstoßes, die aus diesem Raum herauskamen. Desgleichen aber umgekehrt ist immer da, wo die Reichsführung erkannte, daß dieser Raum entscheidend ist, Böhmen und Mähren gleichzeitig ein Teil, ein schicksalhafter, entscheidender Anteil an positiver Planung der Geschichte. Es sind die Namen, die in der Ostkolonisation eine Rolle spielen. Ob König Ottokar letzten Endes in der Ostkolonisation als Stoßtrupp gegen Osten bis Königsberg vorging und diese Stadt gründete, ob es die Zeit Karls IV. ist oder ob es die Kämpfe Friedrich des Großen sind oder der Kampf von Königgrätz oder ob es heute dann die unendlich geschichtliche und schicksalhafte entscheidende Führungsgewalt Adolf Hitlers ist, der in zwei Etappen diesen Raum nun endgültig gewinnt.

Und nun zu der augenblicklichen Situation. Ich sagte, wir erleben heute entscheidend die Entwicklung zum neuen Dolchstoß. Wir haben in den letzten Wochen durch Sabotage-, durch Terrorgruppen, durch Vernichtung der Ernte, durch Langsamarbeiten, durchgesteuert von der Londoner Propaganda, geduldet und gefördert von der Protektoratsregierung, organisiert in einer ganz klaren Großlinien-Widerstandsorganisation, die Entwicklung, die – wenn auch nicht zu einem aktiven Aufbruch kommend – doch ganz systematisch vorbereitend alles tat, was zu dem Moment bereitstehen sollte, wenn nach dem Glauben der tschechischen und Londoner Regierung die Zeit kommt, diesen Raum in eine gefährliche Unruhe zu bringen zum Schaden des Reiches. Selbst wenn es nur das Eine ist, daß der Feind diese tschechische Bevölkerung so in Aufbruch bringt bzw. bringen will, daß wir einen empfindlichen Verlust an Arbeitsleistung in der Rüstung, eine empfindliche Unruhe haben, die letzten Endes Vorbild hätte sein können für die übrigen besetzten Gebiete.

So ist der Zustand der letzten Wochen so gewesen, daß man nur sagen kann, die Einheit des Reiches war eindeutig gefährdet, dieser Raum war in einer Situation, die unter der Oberfläche derart gährte, daß man nur sagen kann, hier mußte rechtzeitig zugepackt werden. Und ich möchte ganz offen sagen: Die Schuld liegt nicht

Der Versuch, die seit Jahren schwelende deutsch-tschechische Vertrauens- und Beziehungskrise durch den Nachbarschaftsvertrag vom 27. Februar 1992 zu entschärfen, mißlang, da die Bundesregierung bisher nicht bereit war, sich von der antitschechoslowakischen Spaltungs-, Okkupations- und Assimilierungspolitik des Dritten Reiches eindeutig und verbindlich zu distanzieren, die tschechoslowakischen Opfer deutscher Besatzungspolitik zu entschädigen und die Sanktionen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition und der tschechoslowakischen Verfassungsgesetze gegen Deutschland und Deutsche in der Tschechoslowakei zu akzeptieren. Die Konzeption der bundesdeutschen Außenpolitik, diese Sanktionen als neues Unrecht darzustellen, hat das tschechische Mißtrauen gegenüber dem »großen Nachbarn« nur gesteigert... Während die im Nachbarschaftsvertrag vorgesehenen jährlichen Konsultationen der Regierungschefs nicht wahrgenommen wurden, nahm das Besichtigungs- und Erwerbseingagement von Bundesbürgern in den tschechischen Grenzgebieten ständig zu. Für ihre Beratung und Betreuung wurden die in allen Grenzkreisen technisch und materiell hervorragend ausgestatteten »Begegnungsstätten« genutzt, die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SDL) eingerichtet und bis 1994 direkt finanziert worden sind. Die SDL erhielt 1994 dafür aus Steuermitteln 711.000 DM. Im Haushalt für 1997 sind für den »Bund der Vertriebenen« und seine Verbände insgesamt 31,5 Mio DM vorgesehen.

Helmut Ziebart, a.a.O.

nur beim Gegner, die Schuld liegt auch bei uns Deutschen, weil in diesem Raum nicht alle Deutschen, die hier hineinkamen, von dem Gedanken beseelt waren, daß das ein Kampffeld, ein Kampfraum ist, wo jeder einzelne Deutsche ohne Rücksicht auf irgendwelche Kompetenzfragen auch als Kämpfer siegen muß für das Deutschtum. Jeder Deutsche, der hier hervorragt, muß sich als politischer Soldat des Führers fühlen, er muß in der Grundlinie dieses Raumes vollkommen klar sehen, er muß wissen, daß die Grundlinie die Sicherung dieses Raumes, die Bekämpfung aller tschechischen Selbständigkeit ist, und er mußte in der Einzelbehandlung erkennen, daß der Tscheche Slawe ist, daß auch der Tscheche jede Güte nur als Schwäche auslegt. Daß es ein Wahnsinn ist, im Einzelfall nachzugeben, daß der andere das nicht anerkennt, sondern immer sofort nachstoßend dieses Nachgeben als Schwäche auslegt und zum anderen Mal mit einer größeren Forderung kommt.

Darüber hinaus ist aber die Voraussetzung in diesem Raum, daß man nicht glaubt, was leider der Deutsche sehr oft tut, er sei in einem deutschen Raum, als wäre es genau so eine Provinz wie im Reich und daß man mit denselben Verwaltungsmethoden hier nun vom Tisch verhandeln könne, was nie und nimmer geht. Die Verwaltungseinteilung dieses Raumes, von deutscher Seite aus gesehen, ist lediglich eines der Mittel und Methoden, diesen Raum endgültig zu beherrschen und zu führen. Es ist eine Apparatur, die keineswegs zu vergleichen ist mit der Verwaltungseinteilung und den Verwaltungsmethoden, die im Reich gültig sind, deutschen Menschen gegenüber. Dazu kommt aber einmal als Grundlage der Gedanke: Alles Handeln hier von deutschen Menschen in diesem Raum kann nur ganz eindeutig ein gleichgerichtetes sein, nämlich, daß wir im Augenblick aus kriegswichtigen und taktischen Gründen den Tschechen in gewissen Dingen nicht zur Weißglut und zum Verbrennen bringen dürfen, daß wir im Moment aus bestimmten taktischen Gründen hart sein müssen, aber doch so zu handeln haben, daß er nicht – weil er keinen Ausweg mehr weiß – nun zum endgültigen Aufstand etwa glaubt gehen zu müssen.

Aber die Grundlinie muß für all dieses Handeln unausgesprochen bleiben, daß dieser Raum einmal deutsch werden muß, und daß der Tscheche in diesem Raum letzten Endes nichts mehr verloren hat. Das sind Dinge, die meine Aufgabe hier in zwei ganz große und klare Etappen und Aufgabengebiete teilen. Das Eine ist die kriegsmäßige Nahaufgabe und das Zweite ist die Einleitung einer weitsichtigen Endaufgabe. Die erste, die Nahaufgabe ist diktiert von den Notwendigkeiten der Kriegsführung. Ich brauche also Ruhe im Raum, damit der Arbeiter, der tschechische Arbeiter, für die deutsche Kriegsleistung hier vollgültig seine Arbeitskraft einsetzt und damit wir bei dem riesigen Vorhandensein von Rüstungsindustrien hier den Nachschub und die rüstungsmäßige Weiterentwicklung nicht aufhalten.

Dazu gehört, daß man den tschechischen Arbeitern natürlich das an Fressen geben muß – wenn ich es so deutlich sagen darf, daß er seine Aufgabe erfüllen kann. Es gehört aber auch dazu aufzupassen, daß der Tscheche nach seiner Eigenart nicht diese Notlage des Reiches benutzt, um für sich privaten und eigenen tschechischen

Das Regierungsoffizielle Bekenntnis der Bundesrepublik (in der am 20. Dezember 1996 von den Außenministern der BRD und der Tschechischen Republik unterzeichneten deutsch-tschechischen Erklärung – d. Red.) zur Verantwortung Deutschlands für das Münchner Abkommen, die Flucht und Vertreibung von Tschechen aus den Grenzgebieten, die Zerschlagung und Besetzung der CSR sowie die Hervorhebung, daß diese »Gewaltpolitik dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten«, stellt im Unterschied zum Nachbarschaftsvertrag die richtige Abfolge des Geschehens zwischen 1938 und 1945 wieder her. Helmut Ziebart, a.a.O.

Sondernutzen herauszuholen. Diese Nahaufgabe setzt voraus, daß wir zunächst einmal den Tschechen zeigen, wer Herr im Hause ist, daß er genau weiß, hier diktiert das deutsche Interesse und hier ist letzten Endes entscheidend das Reich. Das Reich, vertreten durch seine Führung in diesem Gebiet, also auch durch Sie, meine Herren. Das Reich läßt nicht mit sich spaßen und ist eben Herr im Hause, d.h., daß auch nicht ein einziger Deutscher dem Tschechen etwas vergibt, etwa in derselben Art wie im Reich beim Judentum, daß es keinen Deutschen gibt, der sagt, *der Tscheche* ist aber anständig.

Das war das Problem bei der Judenfrage im Reich. Sie können sich vorstellen, was so mit der Lösung der Judenfrage geworden wäre. Wenn hier also einer sagt: Der ist aber anständig, den müssen wir ausnehmen – wenn wir nicht alle in der Gesamthaltung, sichtbar und nach außen gegen das Tschechentum eine Front bilden, wird der Tscheche immer Hintertüren finden, durch die er sich herausmogelt. Diese Frage, ob man vom Einzelnen sagen kann, daß er tatsächlich ein anständiger Kerl ist, wird erst zur Erörterung stehen, wenn wir darangehen, die weitsichtige Endlösung der Aufgabe zu beginnen, also bei der Frage der Eindeutschung und diesen Problemen. Dazu darf eines nicht vergessen werden: daß wir äußerlich, kulturell und das ist besonders wesentlich, uns keine Blöße geben, so daß der Tscheche sich lustig machen kann darüber, wie der Deutsche sich benimmt. Der Deutsche kann es sich nicht erlauben, sich im Lokal die Nase zu begießen, sondern da müssen wir ganz offen sein: daß einer sich die Nase begießt, daß er aus sich heraus kann, da wird keiner etwas dagegen sagen, aber er soll das in seinen vier Wänden tun oder im Kasino.

Der Tscheche muß sehen, daß im Dienst oder privat sich der Deutsche bewegen kann, daß er ein Herr ist vom Scheitel bis zur Sohle. Und ich habe deswegen angeordnet, daß wir hier in Prag eine zentrale deutsche Polizei-Wache bekommen, die sich vor allem darum kümmert, daß auch die Deutschen in diesem Raum sich ordentlich benehmen. Denn der Deutsche, der nicht führungsmäßig erzogen ist, der fühlt sich wohl als Herr im Hause, aber in der falschen Sicht und benimmt sich zum Schaden des Reiches mehr, als er glauben kann.

Dazu kommt weiterhin, daß ich erwarte, daß wir in der Behandlung des Tschechentums uns im klaren sind, daß auch bestimmte taktische Voraussetzungen notwendig sind. Wenn ich z.B. eine Presseanordnung treffe, hat sie ohne zu mucken die Dinge zu schreiben, die ich brauche. Trotzdem werde ich selbstverständlich mit diesen Tschechen ein nettes gesellschaftliches Verhältnis führen, wobei ich immer aufpassen muß, daß ich die Schranken nicht überschreite, daß ich in jedem Augenblick mir sage: Paß auf, es sind aber Tschechen! Verstehen Sie? Daß man bei der taktischen Notwendigkeit, mit Tschechen, die uns dienstbar sind, zusammenkommen, auch dann immer zurückkommt auf den Gedanken: Es sind aber Tschechen!

Das Zweite ist dann, das ist das Wesentlichste, daß wir bei aller Härte uns wirklich um die Dinge kümmern, die tatsächlich nicht in Ordnung sind. Denn es hat ja keinen Zweck, daß ich auf dem Tschechen herumknüppele und ihn mit aller Mühe und polizeilichen

Ein schaler Nachgeschmack wird bleiben. Denn die herablassende Behandlung des tschechischen Nachbarn in den Jahren nach der Wende vermittelte zunehmend den Eindruck, als hielte das offizielle Bonn die Beziehungen zu Prag für eine innere Angelegenheit seines, nämlich des deutschen, Hinterhofes.
Richard Szklorz, a.a.O.

Zu Recht unzufrieden sind die tschechischen Naziopfer. Sie hatten auf direkte Entschädigung aus Deutschland gewartet. Doch es gibt nur eine indirekte über den vereinbarten »deutsch-tschechischen Zukunftsfonds«, mit dessen Hilfe auch Altenheime für Naziopfer errichtet werden sollen. Jaroslav Polivka, Korrespondenz aus Prag in: Neues Deutschland vom 21./22. Dezember 1996.

Einflußnahme dazu bringe, an seine Arbeit zu gehen, wenn er tatsächlich nicht das bekommt, was er braucht, um die physischen Kräfte zu haben, seine Arbeit zu verrichten. In dieser Richtung ist auf Vorschlag von Staatssekretär Frank eine Besprechung beim Führer gewesen unter Zuziehung von Staatssekretär Backe, und wir werden voraussichtlich, ich bitte dies alles für sich zu behalten bevor es herauskommt, weil es propagandistisch entsprechend aufgemacht werden muß, wir werden voraussichtlich zu einer Erhöhung der Fettrationen bei den tschechischen Arbeitern kommen, die etwa um 400 g herum liegt, das ist eine Summe, die sich sehen lassen kann. (...)

Und nun, meine Herren, ein paar Gedanken zur Endlösung, die ich auch bitte, ja für sich zu behalten, die ich Ihnen aber sagen möchte, weil Sie sie wissen müssen, um bei der Nahaufgabe keine Fehler zu machen. Meine Herren, die Endlösung wird folgendes mit sich bringen müssen:

1.) daß dieser Raum einmal endgültig deutsch besiedelt werden muß. Dieser Raum ist ein Herzstück des Reiches und wir können nie dulden – das zeigt die Entwicklung der deutschen Geschichte –, daß aus diesem Raum immer wieder Dolchstöße gegen das Reich kommen. Zur endgültigen Eindeutschung dieses Raumes will ich nicht etwa sagen: Wir wollen nach alter Methode nun versuchen, dieses Tschechengesindel deutsch zu machen, sondern ganz nüchtern: Das setzt schon bei den Dingen an, die heute bereits getarnt eingeleitet werden können. Um zu übersehen, was von diesen Menschen in diesem Raum eindeutschbar ist, muß ich eine Bestandsaufnahme machen in rassistisch-völkischer Beziehung. D.h. also, ich muß durch die verschiedensten Methoden, mit den verschiedensten Hintertürchen die Gelegenheit haben, diese Gesamtbevölkerung einmal völkisch und rassistisch abzutasten. Ob mit dem Röntgensturmbann, durch Untersuchung einer Schule oder ob ich die Jugend bei der Bildung eines angeblichen Arbeitsdienstes rassistisch überhole – ich muß ein Gesamtbild des Volkes haben und dann kann ich sagen, so und so sieht die Bevölkerung aus. Da gibt es folgende Menschen: Die einen sind gutrassig und gutgesinnt, das ist ganz einfach, die können wir eindeutschen. Dann haben wir die anderen, das sind die Gegenpole: schlechtrassig und schlechtgesinnt.

Diese Menschen muß ich hinausbringen. Im Osten ist viel Platz. Dann bleibt in der Mitte nun eine Mittelschicht, die ich genau durchprüfen muß. Da sind in dieser Schicht schlechtrassig Gutgesinnte und gutrassig Schlechtgesinnte. Bei den schlechtrassig Gutgesinnten – wird man es wahrscheinlich so machen müssen, daß man sie irgendwo im Reich oder irgendwie einsetzt und nun dafür sorgt, daß sie keine Kinder mehr kriegen, weil man sie in diesem Raum nicht weiter entwickeln will. – Aber nicht vor den Kopf stoßen! Es ist dies ja alles nur theoretisch gesehen. Dann bleiben übrig die gutrassig Schlechtgesinnten. Das sind die gefährlichsten, denn das ist die gutrassige Führerschicht. Wir müssen hier überlegen, was wir bei diesen machen. Bei einem Teil der gutrassig Schlechtgesinnten wird nur eines übrig bleiben, daß wir versuchen, sie im Reich in einer rein deutschen Umgebung anzusiedeln,

einzudeutschen und gesinnungsmäßig zu erziehen oder, wenn das nicht geht, sie endgültig an die Wand zu stellen; denn aussiedeln kann ich sie nicht, weil sie drüben im Osten eine Führerschicht bilden würden, die sich gegen uns richtet.

Das sind die ganz klaren grundsätzlichen Gedanken, die wir uns als Leitlinie nehmen müssen. Und wann das geschieht, das ist eine Frage, die der Führer entscheiden muß. Aber die Planungen und das Rohmaterial zusammenzutragen, das sind Dinge, die wir schon einleiten. Wir müssen das Material prüfen, wir haben die vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen. Das Bodenamt z.B. kann, politisch umgekehrt eingesetzt wie es die Tschechen einmal getan haben, uns heute schon in Form eines Gerippes so unendlich viel geben, daß ich glaube, in der kurzen Zeit, die ich wohl hier sein werde, schon manchen Grundstock für Volkstumsdinge legen zu können.

Dazu kommt noch ein Weiteres: Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Dinge nur möglich sind in dieser ganzen Planungszeit, in dieser Nahkampfzeit, wenn diese Dinge auch einheitlich gesteuert und geplant werden. Es ist selbstverständlich klar, daß die verschiedenen Kreisleiter z.B., die nun zu den vier Gauen gehören, selbst in der Gesamtlinie denken und planen, die dem Gau auch nützt. Ich möchte aber doch, daß Sie zunächst einmal sehen: Das Primäre ist die Beherrschung und die endgültige Bezwingung dieses Raumes, für die spätere Verteilung – meine Herren und Parteigenossen – dazu ist nachher Zeit genug. Zunächst muß dieser Raum bewältigt werden, das kann ich nicht, wenn er nicht zentral gesteuert wird. Ich kann nicht die Tschechen nach vier verschiedenen Untermethoden behandeln. (...) Ich werde bestimmt allen Wünschen und Notwendigkeiten der Gawe in allen Dingen entgegenkommen. Nur in einem Punkt werden Sie bei mir kein Gehör finden, und zwar in dem Punkt, wo das Primäre, nämlich die Notwendigkeit der Bezwingung und letzten Endes die Festigung dieses Raumes gestört wird. Aber ich nehme an, daß Sie Nazis sind und der Nazi weiß schließlich, daß das Gesamtinteresse des Reiches das Primäre ist und daß erst dann das eigene Interesse kommt. (...) Das weitere wird sein, daß wir auf der einen Seite die Arbeiterschaft und die wirklich für uns wichtigen arbeitenden Menschen in einer gewissen Form zur Ruhe bringen. Wir können das tun durch gewisse propagandistische Mätzchen, durch kleine Verlautbarungen über Versorgungsfragen, über Kontrolle dieser Dinge z.B., wobei ich ganz ehrlich sage, daß viele böhmisch-mährische Verbände tatsächlich einer ausgesprochenen Kontrolle und Prüfung bedürfen. (...)

Wenn etwas nicht klappt, ist diese tschechische Verwaltung schuld. Deswegen werden wir in grundsätzlichen Dingen nie die Verantwortlichkeit bestimmter Ressorts übernehmen – vielmehr den Tschechen sagen, das habt Ihr selbst auszubaden. Dann wird die Linie sein, daß alles Gute das Geschenk des Reiches an die unbotmäßige Bevölkerung ist. Wenn wir es praktisch auf diese Weise versuchen werden, werden wir es schaffen, über die Kriegszeit hinwegzukommen, im Stillen schon planend und fundamentlegend für eine Endlösung. (...)

WLADISLAW HEDELER

Pressestimmen zum Prozeß gegen das »trotzkistische parallele Zentrum« 1937

Wladislaw Hedeler – Jg.
1953, Philosophiehistoriker,
Berlin.

Am 20. Januar 1937 veröffentlichten sowjetische Tageszeitungen die Meldung über den Abschluß der Voruntersuchung im Verfahren gegen das »trotzkistische parallele Zentrum«. Unter den 17 Angeklagten waren der Stellvertreter des Volkskommissars für Schwerindustrie, Georgi Pjatakow, der Publizist Karl Radek, der 1. Stellvertreter des Volkskommissars für Forstwirtschaft, Grigori Sokolnikow, und der Leiter der Zentralverwaltung Straßen und Autotransport, Leonid Serebrjakow.¹

Diese der alten Garde zugehörigen Bolschewiki waren von Stalin und seinen Anhängern von 1927 an systematisch aus dem politischen Leben des Landes verdrängt und mit zweitrangigen Aufgaben im Wirtschaftsapparat betraut worden. Ihre moralische Diskreditierung ging der Kriminalisierung voraus. Immanenter Bestandteil der Pressekampagne war die Aufdeckung der von den Angeklagten gegenüber der Partei angeblich vorsätzlich verschwiegenen »wahren Biographie«. In Wirklichkeit seien sie nie wirkliche Bolschewiki, sondern immer nur eingeschworene Feinde Lenins und der Revolution gewesen.² Die Verfälschung der Biographien der Angeklagten beleuchtet schlaglichtartig, in welchem Ausmaß die Parteigeschichte bereits vor der Veröffentlichung des »Kurzen Lehrgangs« umgeschrieben worden war.

Die im Januar 1937 vorgelegte Anklageschrift knüpfte an das Urteil im vorhergehenden Moskauer Schauprozeß an. Lew Kamenew und Grigori Sinowjew hatten im August 1936 die im Januar 1937 Angeklagten als ihr »Reservezentrum« bezeichnet. Der Kampf gegen die »Trotzkisten – die dritte Hauptkolonne der faschistischen Kriegsbrandstifter«, lautete die Botschaft an die Parteimitglieder der KPdSU(B), ging mit unverminderter Härte weiter.³ Dies war der Grundtenor der Berichterstattung über Vorbereitung, Verlauf und Auswertung des Schauprozesses in der UdSSR, der in der Baseler »Rundschau« aufgegriffen und in deutscher, englischer und französischer Sprache verbreitet wurde.

»Die faschistischen Abenteurer hatten sich vorher mit dem Abenteurer Trotzki verständigt; nicht umsonst veröffentlichte der ›Völkische Beobachter‹ das Bildnis Trotzki unter dem Titel ›Der ewige Revolutionär‹, nicht ohne tieferen Grund sprachen deutsche Faschisten von der Eroberung der Ukraine und von der Ausbeutung russischer Bodenschätze durch deutsches Kapital. In einer Unterredung mit Heß hat Trotzki mit den Faschisten ein Übereinkommen geschlossen, in dem er sich verpflichtete, seine Arbeit mit der

Arbeit des deutschen Generalstabs zu koordinieren«, war dem Beitrag »Trotzkis Kriegs Bündnis mit dem Hitlerfaschismus« zu entnehmen.⁴

Die Angeklagten Pjatakow, Radek und Sokolnikow hätten von diesen Übereinkommen gewußt und während des Prozesses darüber berichtet.⁵ Lange vor Prozeßende, wie Klement Gottwald in der Rundschau schrieb, war es möglich, »Den Punkt aufs ›i‹ zu setzen.⁶ Das Gerichtsurteil über die Trotzlisten ließ sich zudem als weiterer Sieg im antifaschistischen Kampf interpretieren. Aber der Chor der Zweifler und Kritiker, unter ihnen André Gide, André Breton und Friedrich Adler, verstummte auch nicht, als immer wieder betont wurde, die Moskauer Prozesse seien ein Dienst am Weltfrieden.⁷ Die Stoßrichtung der Pressekampagne mußte kurzfristig geändert werden.

»Die meisten Einwände«, ist dem redaktionellen Artikel in der Rundschau »Nach der Gerichtstagung in Moskau« zu entnehmen, »werden nicht gegen den Tatbestand der Verbrechen, sondern gegen die Möglichkeit ihrer Verübung vorgebracht. Wie können die Männer, die einst für die Revolution gekämpft haben, solche Verbrechen begehen? Das ist das ewig wiederkehrende Steckenpferd der Menschewiki und S[ozial-]R[evolutionäre] in ihren Zuschriften an den ›Manchester Guardian‹.«⁸ Nach dem Prozeß wurden alle in der kommunistischen Presse vor und während der Gerichtsverhandlungen schon einmal angesprochenen Fragen erneut, nur diesmal unter einem neuen Blickwinkel, aufgegriffen. Jemeljan Jaroslawski und H. Walecki, Johann Koplenig und Ernst Fischer, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck schrieben gegen die Zweifler an.

Ausländische Prozeßbeobachter, unter ihnen Marcel Cachin und Lion Feuchtwanger, waren beeindruckt: »Schon der erste Tag der Gerichtsverhandlung läßt den Wunsch erkennen, diesen wichtigen Prozeß ruhig, würdevoll und eindrucksvoll durchzuführen. Die Schuld der Angeklagten ist schon jetzt zu einem bedeutenden Teil erwiesen. Im Interesse der endgültigen Feststellung der Wahrheit hoffe ich doch, daß im Laufe des Prozesses auch die Beweggründe belegt werden, die die Angeklagten zu ihren ausführlichen Geständnissen bewegen.«⁹ Im »Reisebericht« kam Feuchtwanger auf diese unbeantwortet gebliebenen Fragen zurück. Schließlich sei der Prozeß, zitierte er eine Antwort seiner Moskauer Gesprächspartner, »nicht für ausländische Kriminalisten, sondern für unser Volk geführt worden«.¹⁰

Vor Prozeßbeginn hatte die Prawda in einem Beitrag zur Mitteilung der Unionsstaatsanwaltschaft Stellung genommen und ein weiteres Zeichen gesetzt. Die Angeklagten hätten, heißt es im Artikel »Trotzkistische Spione, Diversanten und Vaterlandsverräter«, bei ausländischen Kräften um Mitwirkung und Unterstützung nachgesucht, um ihre »niederträchtigen Restaurationsziele« zu erreichen.¹¹ In diesem Zusammenhang war immer wieder von Nikolai Bucharin die Rede. In der Meldung des »Völkischen Beobachter« über die für alle Angeklagten beantragte Todesstrafe war von über Riga nach Warschau gelangten Gerüchten die Rede, daß im April 1937 ein dritter Schauprozeß gegen angebliche

Trotzkisten folgen sollte. »Auf der Anklagebank werden der Chefredakteur der ›Iswestija‹, Bucharin, der bisherige Militärattaché der Sowjetbotschaft in London, Putna, der Adjutant des Marschalls Tuchatschewski Smury, der frühere Außenminister der Ukraine und Sowjetgesandte in Paris Rakowski, einer der nächsten Freunde Lenins Rykow und eine Reihe weiterer alter Bolschewisten Platz nehmen.«¹²

Es bedurfte längerer Vorbereitung als ursprünglich geplant. Generalstaatsanwalt Andrej Wyschinski ließ bis zur Eröffnung des Februar-März-Plenums 1937 des ZK der KPdSU(B) 60 Bucharin belastende Zeugenaussagen fabrizieren. Der dritte Moskauer Schauprozeß fand erst im März 1938 statt. Im Juni 1937 wurden Tuchatschewski und andere führende Militärs der UdSSR verurteilt und hingerichtet.

- 1 Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23. - 30. Januar 1937 gegen J. L. Pjatakow, K. B. Radek, G. J. Sokolnikow, L. P. Serebrjakow, N. I. Muralow, J. A. Liwuschitz, J. N. Drobnis, M. S. Boguslawski, I. A. Knjasew, S. A. Rataischak, B. O. Norkin, A. A. Schestow, M. S. Stroilow, J. D. Turok, I. J. Hrasche, G. J. Puschin und V. W. Arnold, angeklagt des Vaterlandsverrats, der Spionage, Diversionstätigkeit, Schädlingensarbeit und der Vorbereitung terroristischer Akte, d.h. der Verbrechen gemäß Artikel 58^{is}, 58^r, 58^s, 58^u des Strafgesetzbuches der RSFSR. Vollständiger Stenographischer Bericht. Herausgegeben vom Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR. Moskau 1937, 636 S.
- 2 Die Vergangenheit der Hauptangeklagten. Moskau, 24. Januar; Wer sind die Angeklagten? Moskau, 27. Januar; Die ›Iswestija‹ über Pjatakow und Radek. Moskau, 21. Januar. In: Rundschau für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Basel, Nr. 4, 1936, S. 141-142.
- 3 Der Völkische Beobachter, der täglich ausführlich über den Verlauf der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938 berichtete, reagierte sofort. „Zwischen beiden Prozessen liegt das deutsch-japanische Abkommen, und es konnte daher nicht überraschen, daß die ›Parallelorganisation‹ nicht nur mit maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin, sondern auch in Tokio im Sinne der Anklage in Verbindung gestanden hat. Und wieder: die Angeklagten sind gebrochen, willen- und widerstandslos, sie bezichtigen sich selbst und bestätigen die Richtigkeit der Anklage in vollem Umfange. Von einer Verteidigung kann keine Rede sein. Und gleichzeitig nennen sie wieder die Namen ihrer Helfer. Diesmal sind es auch deutsche Ingenieure, die bereits abgeurteilt sind. Will man damit das ungerechte Urteil an den deutschen Ingenieuren nachträglich rechtfertigen oder will man damit ein neues Verfahren gegen sie vorbereiten? Damals wie heute dementierte Trotzki alles. So gleicht der Prozeß, der in diesen Tagen durchgeführt wird, haargenau dem vorhergegangenen. Auf die Beschuldigung des Staatsanwalts, die Angeklagten hätten mit dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, in Verbindung gestanden, erübrigt sich einzugehen. Heute ist es ein Reichsminister, gestern waren es die ›Naziagenten‹ der Gestapo. Wir erinnern uns, daß man in den Prozessen gegen die deutschen Studenten (1925) und die deutschen Ingenieure (Schachty-Prozeß 1928) die Angeklagten beschuldigte, mit dem Berliner Polizeipräsidenten in Verbindung gestanden zu haben, das trotz seiner jüdisch-marxistischen Leitung zur Ermordung Stalins und zur Industriespionage aufgefordert habe. Die Zeiten ändern sich eben und mit ihnen die Moskauer Beschuldigungen.« Moskauer Selbstenthüllungen. In: Völkischer Beobachter, 27. 1. 1937, S. 7.
- 4 Rundschau, Nr. 4, 1936, S. 87.
- 5 Die Nazipresse muß bestätigen. Moskau, 26. Januar. In: ebenda, S. 141.
- 6 Klement Gottwald: Der Punkt aufs »i«. In: ebenda, S. 139.
- 7 Franz Lang: Der Moskauer Prozeß – Dienst am Weltfrieden. In: Rundschau, Nr. 7, S. 307.
- 8 Nach der Gerichtstagung in Moskau. Jetzt müssen die Werktätigen der kapitalistischen Länder mit den trotzkistischen Helfern der faschistischen Kriegsbrandstifter abrechnen! In: Rundschau, Nr. 6, Sonderbeilage, S. 237.
- 9 Lion Feuchtwanger über den Prozeß. Moskau, den 26. Januar. In: Rundschau, Nr. 4, 1936, S. 140.
- 10 Lion Feuchtwanger: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, Berlin 1993.
- 11 Trotzkistische Spione, Diversanten und Vaterlandsverräter. Moskau, den 21. Januar. In: Rundschau, Nr. 4, 1936, S. 136.
- 12 17 Todesurteile in Moskau beantragt. In: Völkischer Beobachter, 29. 1. 1937, S. 7.

MARIO KESSLER

Heroische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in historischer Perspektive

*Dem Historiker der kommunistischen
Bewegung Lateinamerikas und Freund
Dr. habil. Jürgen Mothes (1945-1996)
zum Gedenken.*

»Die Kommunistische Internationale wird heute allgemein als eine verschleierte, säkulare russische messianische Bewegung dargestellt ... Sie ist (jedoch) der äußerste Exponent einer allgemeinen revolutionären Strömung in der Bewegung der europäischen Arbeiterklasse, verstärkt durch den Ersten Weltkrieg.«¹ Dies ist das Fazit einer Arbeit von Alexander Kan über Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung. Ähnlich urteilen andere Historiker. So betont Gerhard Schulz: »Die internationale Gemeinschaft der Revolutionäre begann sich in allen Ländern von den Parteien zu lösen, die den nationalen Burgfrieden aufrechtzuerhalten entschlossen waren. Die Losungen Lenins begannen seit der Geburtsstunde der neuen Linken in der Mitte des Ersten Weltkrieges zunächst außerhalb Rußlands stärker hervorzutreten.«²

Nachdem Franz Borkenau mit der stalinistischen Orthodoxie gebrochen, aber sich noch nicht einem blindwütigen Antikommunismus ergeben hatte, schrieb er 1938, in der Geschichte der Komintern seien drei Perioden klar voneinander zu unterscheiden: »Während der ersten Periode ist die Komintern hauptsächlich ein Instrument, um die Weltrevolution herbeizuführen. Während der zweiten Periode ist sie hauptsächlich ein Instrument in den russischen Fraktionskämpfen. Während der dritten Periode ist sie hauptsächlich ein Instrument der russischen Außenpolitik.«³

In der Tat wandelte sich der Charakter der Komintern im Verlauf ihrer beinahe fünfundsiebenzigjährigen Geschichte dramatisch, wenn auch zwischen den einzelnen Perioden Phasen des Überganges lagen. Doch der »Geburtsfehler« der Komintern, der in der Dominanz der russischen Partei beschlossen lag, sollte ihre ganze Tätigkeit in Mitleidenschaft ziehen. Diese Dominanz entstand, weil die Revolutionen in Mitteleuropa teils mit Hilfe, teils gegen den Widerstand führender Sozialdemokraten blutig niedergeschlagen wurden,⁴ teils auch keine sozialistischen Zielsetzungen hatten. Somit entstand eine merkwürdige Kampfgemeinschaft zwischen der einzigen, in einem unterentwickelten Land siegreichen Partei und zunächst kleinen radikalen Gruppen im Westen und in Kolonialländern. Dies widersprach allen Axiomen des klassischen

Mario Kessler – Jg. 1955, Historiker, Studium in Jena und Leipzig, Habilitation 1990, 1991 Ford-Foundation-Stipendiat, seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt für zeitgenössische Studien Berlin-Brandenburg.

1 Alexander Kan: Nikolaj Bucharin och den skandinaviska arbetarrörelsen, Uppsala 1991, S. 162. In der deutschen Ausgabe: Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung, Mainz 1993, fehlt diese Passage.

2 Gerhard Schulz: Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Neuausg. München 1985, S. 82.

3 Franz Borkenau: World Communism. A History of the Communist International (1938), Neuausg. Ann Arbor, Mich. 1962, S. 419.

4 Für diese Differenzierungsprozesse innerhalb der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie vgl. u. a. Francis L. Carsten: *Revolution in Central Europe 1918-1919*, Neuausg. London 1988.

5 W. I. Lenin: *Werke*, Bd. 29, S. 299.

6 Isaac Deutscher: *Die unvollendete Revolution*, Frankfurt a. M. 1970, S. 56.

7 Ebenda, S. 57.

Marxismus, übrigens auch Lenins. Dieser warnte kurz nach der Komintern-Gründung davor, das bolschewistische Parteimodell auf die neue Internationale zu übertragen, da er die russische Hegemonie als temporär ansah, die eine siegreiche Revolution im Westen wieder beseitigen würde. »Zeitweilig ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie in verschiedenen Perioden ... die Engländer, dann die Franzosen und dann die Deutschen innegehabt haben.«⁵ Die suggestive Metapher, daß die Oktoberrevolution das schwächste Glied in der Kette des internationalen Imperialismus getroffen hatte, zeigte, was die Bolschewiki über ihre eigenen Aufgaben damals dachten. Die Oktoberrevolution erschien keineswegs als ein rein russisches Phänomen, gar als sich selbst genügender Akt. Die Konzeption von der sozialistischen Weltrevolution war, wie Isaac Deutscher hervorhob, »tief im klassischen Marxismus verankert; und sie war nicht so sehr ein ideologisches Postulat als vielmehr eine Folgerung aus einer umfassenden Analyse der bürgerlichen Gesellschaft.«⁶ Im Ergebnis dieser internationalen Revolution würde der siegreiche Sozialismus, so Deutscher weiter, »die Produktivkräfte auf internationaler Stufenleiter organisieren und es der Gesellschaft ermöglichen, ihre Lebensweise entsprechend umzuformen.«⁷

Die Komintern zwischen weltrevolutionärer Erwartung und weltpolitischer Isolierung 1919-1923

Die objektiven Probleme, vor denen die Komintern seit ihrer Gründung am 4. März 1919 stand, prägten auch, manchmal in verzerrter Weise, die Wahrnehmungen von ihr. Sahen die einen in der Komintern die gestählte Weltpartei des Proletariats, die den revolutionären Massenaktionen ihre Stimme verlieh, erblickten die anderen in ihr die bloße Agentur Moskaus, überall bereit und fähig, kommunistische Komplote und Staatsstrieche in die Wege zu leiten. Diese scharfen Unterschiede in der Beurteilung der Komintern widerspiegelten die Frontlinien der praktischen Politik: Auf der einen Seite entstanden große revolutionäre Aktivitäten in den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges, aber auch in Italien und besonders in der kolonialen Welt, auf der anderen Seite formierten sich die erbitterten Gegner der Komintern – ein Großteil der bürgerlichen Eliten und Teile der Sozialdemokratie. Die nach Bürgerkrieg und ausländischer Intervention im Frühjahr 1919 möglich gewordene Gründung der neuen Internationale stieß bei engagierten Internationalisten auf Bedenken, die am deutlichsten die kurz zuvor ermordete Rosa Luxemburg formuliert hatte. Doch gerade die Mitwirkung führender deutscher Sozialdemokraten an der Niederschlagung der Spartakus-Bewegung und an der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts⁸ verbreiterte die Kluft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten dramatisch – so dramatisch, daß die Bedenken von Luxemburgs Parteigänger Eberlein auf dem Gründungskongreß keine Resonanz fanden: Die auf dem Gründungskongreß vertretenen Parteien und Gruppen seien, so die Skeptiker, zu schwach, um außerhalb Rußlands eine eigenständige Internationale zu organisieren. Aber ein nach abenteuerlicher Reise nach Moskau gelangter österreichischer Delegierter schilderte

8 Dieser bereits in der zeitgenössischen Publizistik diskutierte Fakt wird mit neuen Dokumenten untermauert von Klaus Gietinger: *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Mainz 1993.

bewegend, wie es in Europa überall gährte, und forderte die Konferenz leidenschaftlich auf, das Banner der Kommunistischen Internationale aufzupflanzen. Dies brachte dann die meisten der Zögernden dazu, der Gründung zuzustimmen, obwohl Eberlein sich, wie ihm noch Rosa Luxemburg geraten hatte, der Stimme enthielt. Die Bedenken vieler Genossen waren in jenem Ungleichgewicht zwischen der einzigen siegreichen Partei und den vielen kleinen Gruppen begründet und waren auch nach Gründung der Komintern nicht ausgeräumt.

Das bestehende Ungleichgewicht machte Mehrheitsabstimmungen wie in der Zweiten Internationale sinnlos. Hätte man nach der Mitgliederzahl votiert, dann hätte die russische Delegation allein die Mehrheit gehabt. Hätte jede nationale Partei eine Stimme gehabt, wäre der kleinsten und unerfahrensten Gruppe das gleiche Gewicht zugekommen wie der größten, die in einer Revolution gesiegt hatte. Daher blieb nur der Weg der Debatte und der Überzeugung bei Respektierung der Souveränität jeder einzelnen Partei. Theoretisch waren sich die Bolschewiki dieser Tatsache bewußt. Lenin schlug darüber hinaus vor, bei einer siegreichen Revolution in einem entwickelten westlichen Land – er dachte vor allem an Deutschland – den Sitz der Komintern dorthin zu verlegen. Manche der Züge der russischen Revolution würden sich, so Lenin, im internationalen Maßstab wiederholen. Andererseits wäre es »lächerlich«, betonte er, »unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen, sich einzubilden, sie hätte eine Reihe genialer Entdeckungen gemacht ... Wir haben praktische Erfahrungen in den ersten Schritten zur Zerstörung des Kapitalismus in einem Land, in dem Proletariat und Bauernschaft in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen. Weiter nichts. Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen und wichtig machen, wird die ganze Welt über uns lachen, werden wir bloße Aufschneider sein.«⁹

Diese drastische Wortwahl konnte aber nicht verhindern, daß gerade Lenin das russische Parteimodell »als eine Art Ideal für alle Länder« verbindlich zu machen suchte. In jenen auf dem 2. Komintern-Kongreß 1920 von Sinowjew formulierten einundzwanzig Aufnahmebedingungen¹⁰ wurde unter anderem der »bürgerlichen Legalität« das Mißtrauen ausgesprochen, neben dem legalen der Aufbau eines illegalen Apparates festgelegt, periodische Maßnahmen gefordert, um »Opportunisten und Zentristen« aus der Partei zu entfernen und mit dem »demokratischen Zentralismus«, d.h. eiserner Disziplin und Unterordnung unter die hierarchisch strukturierten Leitungsgremien, die innerparteiliche Willensbildung weitestgehend ausgeschaltet. Dies war vor allem eine Reaktion auf den von antikommunistischen Regierungen entfesselten »weißen Terror« gegen die Anhänger der Bolschewiki – oft genug unter Verletzung bürgerlicher Legalitätsprinzipien. Dies bedeutete auch noch nicht die Ausschaltung kontroverser Debatten innerhalb der Komintern. Im Gegenteil: Die Protokolle der ersten vier Kongresse (1919 bis 1922) legen Zeugnis davon ab, daß über Strategie und Taktik noch offen diskutiert wurde. Doch innerhalb der Parteien selbst war es kaum noch möglich, die als bindend betrachteten Beschlüsse des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) auf ihre

9 W. I. Lenin: Werke, Bd. 29, S. 178. – Die herrschenden Umstände bei der Gründung der Komintern werden plastisch geschildert u. a. von Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1981, S. 23 ff., und von Wolfgang Leonhard: Völker hört die Signale. Die Anfänge des Weltkommunismus 1919-1921, München 1981, S. 9 ff.

10 Die einundzwanzig Aufnahmebedingungen sind abgedruckt in: Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins, Berlin (Ost) 1959, S. 236-242. Verfasser der Bedingungen war Sinowjew, Lenin unterschrieb sie. Seit der 2. Auflage von Lenins Werken wurde das Dokument Lenin zugeschrieben, da Sinowjew zur Orwellschen Unperson geworden war. Vgl. Friedrich Firsov: Lenins Konzeption einer kommunistischen Weltpartei und die Entwicklung der Komintern, in: Theodor Bergmann u. a. (Hg.): Lenin – Theorie und Praxis in historischer Perspektive, Mainz 1994, S. 257, Anm. 16.

Richtigkeit entsprechend den gegebenen nationalen Bedingungen zu überprüfen und nötigenfalls zu korrigieren. Dies mußte zu Konflikten zwischen der Komintern-Zentrale und jenen Kräften der Arbeiterbewegung im Westen führen, die sich der Zentralisierung widersetzen.

Zum wichtigsten Gegner des bolschewistischen Parteimodells in der Internationale wurde am Beginn der zwanziger Jahre der KPD-Vorsitzende Paul Levi, Freund und Schüler Rosa Luxemburgs. Er erkannte die Gefahr, daß die aus der demokratischen Tradition Westeuropas entstammenden und ihr verbundenen revolutionären Parteien über kurz oder lang zu Handlangern der sowjetrussischen Außenpolitik geraten würden, während die Interessen der Arbeiter ihrer jeweiligen Länder zu kurz kämen. Levi beurteilte die (Nicht-) Aussichten auf eine Revolution in Deutschland ab 1920 nüchtern, als die Komintern-Spezialisten um Karl Radek dies taten. Er lehnte die Zentralisierung von Komintern und KPD zunehmend ab.

Einen entscheidenden Anstoß zu Levis Kritik brachte der Parteikongreß der italienischen Sozialisten in Livorno im Februar 1921. Levi nahm an diesem Kongreß teil und wurde Zeuge der unterschiedlichen Standpunkte. Nach dem Muster der Situation in Deutschland und Frankreich, wo sich 1920 auf den Kongressen von Halle und Tours eine Mehrheit der unabhängigen sozialistischen Parteien für den Anschluß an die Komintern ausgesprochen hatte, sollten die italienischen Sozialisten zur Annahme der 21 Bedingungen bewegt werden. Doch die Mehrheit der Delegierten unterstützte den Kurs von Giacinto Menotti Serrati, der für eine Solidarität mit Sowjetrußland ohne Subordination unter die Bedingungen der Komintern optierte. Dies führte zum Nicht-Anschluß bzw. zum Ausschluß der Serrati-Anhänger. Damit war ein Zeichen gesetzt. Die italienische Komintern-Sektion blieb eine Gruppierung ohne Masseneinfluß, die dem ansteigenden faschistischen Terror gegenüber beinahe hilflos war. Weniger als zwei Jahre später sollte Mussolini die Macht ergreifen.

Paul Levi, der gegen diese Behandlung Serratis und seiner Anhänger protestierte, wurde von Radek und dem späteren ungarischen Diktator Rákosi als Abweichler angegriffen. Er geriet weiter in die Isolierung, als SPD und Gewerkschaften Anfang 1921 seinen Offenen Brief mit einem Minimalprogramm zur Zusammenarbeit ablehnten – entgegen der Stimmung an der SPD-Basis. Dies gab sektiererischen, abenteuerlichen Stimmungen innerhalb der Komintern neuen Auftrieb, nachdem Levi, ganz in Übereinstimmung mit Lenin, utopisch-revolutionäre und zum Putschismus neigende Kräfte 1919 aus der KPD hatte ausschließen lassen. Doch die sprunghafte Komintern-Politik, die ein Reflex auf die inner-sowjetische Situation war, sollte 1921 großen Schaden anrichten.

Anfang des Jahres befand sich Sowjetrußland in einer komplizierten Lage. Die Niederlage im Krieg gegen Polen nach dem (angeblich revolutionären) zeitweiligen Vormarsch auf Warschau und der Aufstand der Matrosen von Kronstadt gefährdeten das bolschewistische Regime. In der Innenpolitik setzte der Kurs in Richtung auf die Neue Ökonomische Politik und damit (in Lenins eigenen Worten) auf den Staatskapitalismus ein.¹¹ Andererseits

11 Vgl. W.I. Lenin: Werke, Bd. 33, S. 38.

erwartete die Sowjetregierung eine »Entlastung« seitens der europäischen Kommunisten. Diese Sichtweise ging davon aus, daß die westlichen Regierungen nach wie vor auf eine Beseitigung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland drängten. Doch hatten seit Ende 1919 maßgebliche Kreise der deutschen Reichswehr-Führung um Hans von Seeckt die sogenannte Ost-Option entworfen: die Orientierung auf eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, die der politischen und militärischen Isolierung beider Staaten durch die Entente-Mächte entgegenzuwirken suchte.¹² Die Ermunterung proletarisch-revolutionärer Aktivitäten in Deutschland mußte die Vertreter dieser Politik schwächen, der extremen Rechten hingegen Auftrieb geben. Doch hatte Moskau aus dem erfolgreichen Kampf der deutschen Arbeiter gegen die Kapp-Putschisten im Jahr vorher den irrigen Schluß gezogen, das deutsche Proletariat dränge mehrheitlich auf eine sozialistische Revolution. Tatsächlich verteidigten die Arbeiter jedoch vor allem die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik.

Vom Wunschdenken geblendet, propagierte die Komintern-Zentrale in Moskau die sogenannte Offensiv-Strategie, wobei sie sich auf die Stimmung eines Teils der deutschen Kommunisten stützen konnte, die aber innerhalb der Lohnabhängigen des Landes nur eine kleine Minderheit waren. Die putschistische »Märzaktion« der KPD im mitteldeutschen Raum zeigte im Frühjahr 1921, wie isoliert die Partei von der Masse der arbeitenden Bevölkerung war. Was als revolutionäres Fanal gedacht und als »Aufstand der Avantgarde«¹³ glorifiziert worden war, endete im Bandenkrieg und im Terror der siegreichen antikommunistischen Reaktion. Levi, der dieses Abenteuerum scharf kritisierte, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Jahre später mußte er über die Entwicklung der Sowjetunion feststellen:

»Für die Arbeiterschaft ist es eine furchtbare Mahnung, mit sich selbst in Abrechnung zu treten und das Furchtbare in seinen Gründen zu erkennen. Man hat versucht, auf den Begriff der »Diktatur des Proletariats« die Schuld zu schieben. Hätten die Bolschewiki nie etwas anderes getan, als die Diktatur des Proletariats ausgeübt, so wären sie nie so weit heruntergekommen als sie jetzt sind. Sie taten etwas anderes. Sie übten nicht die Diktatur des Proletariats gegen eine feindliche Klasse aus, sondern begannen das »Proletariat« erst zu »führen«, dann zu lenken, dann zurechtzuschieben, dann zu schulmeistern, dann zu exerzieren, dann zu kommandieren, dann zu bütteln, dann zu quälen und dann zu terrorisieren im Namen der »Diktatur«. In dieser völlig verkehrten und verfehlten Theorie von der »Rolle der Partei«, von der Allmacht eines Zentralkomitees in der Partei, von der Gottähnlichkeit von ein paar Bonzen: in ihr liegt der Anfang und das Ende von dem beschlossenen, was jetzt in Rußland vor sich geht. Nicht der Sozialismus und nicht das Proletariat haben Rußland bankrott gemacht: bankrott hat in Rußland eine Schule gemacht.«¹⁴

Levis beschwörende Worte erinnerten stark an Trotzki's frühe Warnungen vor dem bolschewistischen Parteimodell. Lenins Methoden bewirkten, schrieb Trotzki 1904, »daß die Parteiorganisation die Partei selbst, das ZK die Parteiorganisation und

12 Vgl. hierzu – mit zahlreichen neu aufgefundenen Quellen – Olaf Groehler: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941*, Berlin 1992, S. 28 ff., sowie das klassische Werk von John Wheeler-Bennett: *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945*, Düsseldorf 1954, S. 146 ff.

13 Unter Verwendung dieses Slogans als Titel erschien die ausführlichste Abhandlung zur März-Aktion: Sigrid Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt a. M. 1986.

14 Levi in der Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft« vom 13. Januar 1928; zit. nach Charles Bloch: Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linksozialismus in der Weimarer Republik, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.): *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart/Bonn 1986, S. 251-252.

15 Zit. nach Heinz Aboesch: Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1973, S. 17.

schließlich ein Diktator das ZK ersetzt.«¹⁵ Nicht Lenin, sondern sein Nachfolger sollte sich zum terroristischen Diktator über die Partei und die Komintern aufschwingen und dabei sowohl das Werk Lenins fortentwickeln wie es antithetisch negieren. Trotzki sollte sich der bolschewistischen Partei ein reichliches Jahrzehnt nach seiner Warnung anschließen, die ihn dafür schließlich austieß und zum Feind Nummer Eins erklärte – allerdings erst nach einer dramatischen Wandlung der Partei wie der Internationale.

Die Anklagen Levis wurden in den folgenden Jahren von den hellsichtigsten Kommunisten wiederholt, die ihn 1921 noch bekämpft hatten, vor allem von Heinrich Brandler und August Thalheimer. Denn die KPD ließ sich nur zweieinhalb Jahre nach dem Fiasko vom März 1921 zu einer erneuten Aufstandsaktion hinreißen. Nach deren voraussehbarem Scheitern, das der Beseitigung der linken Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen folgte, wurden wiederum diejenigen, die vor unüberlegten Aktionen gewarnt hatten, zu Sündenböcken erklärt. Brandler und Thalheimer verloren ihre Funktionen und wurden ins Moskauer »Ehrenxil« beordert. Im ersten Tribunal, das über kommunistische Politiker verhängt wurde, mußten sich Brandler, Thalheimer und der Deutschland-Experte der Komintern Radek wegen angeblicher »fortgesetzte(r) Fraktionsarbeit gegen die Zentrale der KPD« verantworten und durften sich von Moskau aus nicht mehr an der Politik der deutschen Partei beteiligen.¹⁶ In Moskau standen die deutschen Politiker unter Aufsicht des Sicherheitsapparates. In den Maßregelungen überschritten sich zum ersten Mal die KPD-internen Differenzen mit Fraktionskämpfen der russischen Führung. Im Angriff auf Radek sollte vor allem Trotzki getroffen werden, obwohl weder Brandler und Thalheimer noch ihre innerparteilichen Kontrahenten im heraufziehenden Streit um die Nachfolge Lenins Trotzki zuneigten.¹⁷

16 Vgl. Jens Becker, Theodor Bergmann, Alexander Watlin: Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993, S. 89.

17 Vgl. Isaac Deutscher: Trotzki, Bd. 2: Der unbewaffnete Prophet 1921-1929, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 143 ff.

Die russischen Fraktionskämpfe und die »Bolschewisierung« der Komintern 1924-1928

Nach der Oktober-Niederlage der deutschen Kommunisten wurde in der Komintern die Losung der »Bolschewisierung« zur verbindlichen Richtschnur. Dies bedeutete die möglichst vollständige Übertragung des russischen Parteimodells auf die ausländischen kommunistischen Parteien, wie es die einundzwanzig Aufnahmebedingungen gefordert hatten. Doch waren zwei Faktoren neu und sollten tiefgreifende negative Auswirkungen zeitigen:

Zum einen wurden die bislang von den russischen Kommunisten relativierten internationalen Erfahrungen der russischen Revolutionen nunmehr in ihrer Bedeutung herausgestrichen und zunehmend verabsolutiert. Bislang hatten die einzelnen kommunistischen Parteien ihre jeweilige Strategie entsprechend den nationalen Bedingungen selbständig erarbeitet – nunmehr geriet eine solche Selbständigkeit ins Hintertreffen.

Zum anderen waren zwar bislang angeblich oder wirklich nicht-kommunistische Parteimitglieder aus den Parteien entfernt worden, aber eine generelle Ausschaltung von Minderheiten aus dem Parteileben hatte nicht stattgefunden. Die Hochstilisierung von

Minderheiten-Standpunkten zu »fraktionellen Gruppierungen« und »Plattformen« setzte im Zuge des »Bolschewisierungs«-Prozesses nunmehr ein. Dabei erwies sich das auf dem 10. Parteitag der russischen Partei 1921 ausgesprochene Verbot der Fraktionsbildung als verhängnisvoll. Was ursprünglich als zeitlich begrenzte, den Umständen des Wiederaufbaus nach dem Bürgerkrieg geschuldete Maßnahme gedacht war, wurde infolge der russischen Fraktionskämpfe und der Verabsolutierung des Leninschen Parteimodells zum allgemeingültigen Prinzip erhoben.

Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew betonte in seiner 1923 erschienenen »Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)«, daß die ideale bolschewistische Partei monolithisch sein müsse, daß aus ihr periodisch die schwankenden und unzuverlässigen Elemente entfernt werden sollten und daß die Armee der Berufsrevolutionäre innerparteiliche Diskussionen auf jenes Mindestmaß beschränken solle, das zur Verwirklichung einer revolutionären Politik unumgänglich sei. Dieses Konzept griff Ideen aus Lenins Schrift »Was tun?« vom Anfang des Jahrhunderts auf. Dabei hatte Lenin die von Kautsky geäußerte Idee aufgenommen, daß die Arbeiter das trade-unionistische Niveau in Bewußtsein und Organisation nur überschreiten könnten, wenn ihnen der Sozialismus vermittle einer politischen Partei zugänglich gemacht werde. In zwei Abhandlungen in der »Neuen Zeit« betonte Kautsky 1902/03 ein Primat der sozialistischen Theorie für die Praxis der sozialistischen Bewegung, begründete jedoch kein Primat der intellektuellen innerhalb der Partei.¹⁸ Lenin knüpfte daran an; sein Parteimodell orientierte sich an der deutschen Sozialdemokratie, keineswegs an der Idee einer verschwörerischen Sekte. Die unerbittlichen Fraktionskämpfe des halb oder völlig illegalisierten russischen Sozialismus fanden jedoch ihren Niederschlag in Sinowjews Konzeption, die für die Komintern allgemeinverbindlich werden sollte und die einen unerbittlichen Kampf gegen innerparteiliche Kontrahenten nach sich zog. Die Gewißheit, mit der die Komintern-Führung ihre Doktrin vortrug, verweist auf jene Ambivalenz, die dem marxistischen Sozialismus allgemein inne wohnte: Er verstand sich sowohl als analytische Theorie »naturgeschichtlicher Prozesse« (d. h. der gesellschaftlichen Entwicklung)¹⁹ wie auch als »Anleitung zum Handeln.«²⁰ Die jeweils verbindlichen aktuell-politischen Richtlinien wurden deshalb allzuoft mit der Weihe universell gültiger Lehren versehen.

Der weltpolitische Kontext des Aufkommens einer »Bolschewisierungs«-Kampagne war die Einsicht, daß eine Ausweitung der russischen Revolution auf andere Länder nach dem Scheitern des »deutschen Oktober« von 1923 nicht mehr zu erwarten war. Die ausländischen kommunistischen Parteien mußten daher, so war die allgemeine Überzeugung, ihre Interessen ganz an denen der einzigen siegreichen Partei ausrichten. In diesem Ideenklima propagierte Heinz Neumann in einer Broschüre Begriff und Inhalt der »Bolschewisierung«. Dies bedeutete: Umstellung der Partei auf Betriebszellen, jedes Mitglied sollte ein volldisziplinierter Funktionär sein, die Partei solle von oben nach unten straff organisiert sein und die Komintern-Politik ohne Wenn und Aber verinnerlichen.²¹

18 Vgl. Karl Kautsky: Akademiker und Proletarier, in: Die Neue Zeit, Bd. XIX/2 (1901/02), S. 89-91; ders.: Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich, in: ebenda, Bd. XX/1 (1902/03), S. 68-82. Ich folge hier Ingrid Gilcher-Holtey: Karl Kautsky, in: Walter Euchner (Hg.): Klassiker des Sozialismus, Bd. 1, München 1991, bes. S. 243.

19 Karl Marx: Das Kapital, Erstes Buch, in: MEW, Bd. 23, S. 14.

20 Engels an F. A. Sorge, 29. November 1886, in: MEW, Bd. 36, S. 578. Dieser Gedanke wird entwickelt von Maximilien Rubel: Karl Marx/Friedrich Engels: Die russische Kommune – Kritik eines Mythos, München 1972, bes. S. 302f.

21 Vg. Heinz Neumann: Was ist Bolschewisierung?, Berlin 1925, und hierzu Theodor Bergmann: Bolschewisierung, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, Sp. 279-282.

22 Erweiterte Exekutive (März/April 1925). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1925, S. 13.

23 Vgl. Mario Keßler/Yvonne Thron: Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943); Mainz 1992, S. 85-94. Hiernach das folgende.

24 Erweiterte Exekutive, S. 26.

25 Ausführlich hierzu u. a. Leonid Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismus-Theorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985.

26 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924, S. 121.

27 J. W. Stalin: Werke, Bd. 6, S. 252 f.

28 Einen Überblick zeitgenössischer Faschismus-Analysen in der internationalen Sozialdemokratie, die denen der Komintern-Strategen überlegen waren, bietet Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, 5. Aufl. Darmstadt 1989, S. 28 ff.

Harter Kern aller Überlegungen war der – bis dahin vollkommen abwegige – Gedanke, die nichtrussischen kommunistischen Parteien befänden sich gegenüber der bolschewistischen Partei auf einem geradezu niedrigeren Niveau der Entwicklung. Doch hieß es in den Thesen, die dieser Idee folgten und vom Erweiterten EKKI-Plenum im März und April 1925 verabschiedet wurden, auch, daß »es der allergrößte Fehler (wäre), die Erfahrung Rußlands auf andere Länder mechanisch zu übertragen, ein Fehler, vor dem bereits der Genosse Lenin gewarnt hat.«²² Überhaupt kann gesagt werden, daß die »Bolschewisierungs«-Thesen keineswegs nur die Enttäuschung über nicht gelungene Revolutionen in Mitteleuropa widerspiegeln oder ausschließlich negative Erfahrungen verallgemeinerten.²³ Was etwa die detaillierten Aussagen zur Einheitsfront, über ökonomische Teilforderungen, Frauenarbeit, die Arbeit mit den Arbeitslosen und speziell über mannigfaltige Formen des Bündnisses mit anderen Teilen der Lohnabhängigen betrafen, wäre ein rein negatives Urteil unangemessen.

Doch sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften wurden pauschal als »feindliche Organisationen« stigmatisiert²⁴ – es war nur wenige Monate, bevor Sinowjew, Remmele und Stalin Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokraten und Faschisten entdeckten.²⁵ In den Thesen und Resolutionen des 5. Komintern-Kongresses wurden sie als die »beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur« bezeichnet.²⁶ Am 20. September 1924 behauptete Stalin, die Sozialdemokratie sei »objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus«; beide ergänzten einander wie »Zwillingsbrüder«²⁷.

Es bedarf weiterer länder- und regionalspezifischer Forschungen, um herauszufinden, warum die Kommunisten an der Parteibasis mehrheitlich solche Auffassungen schluckten, die nicht nur der nachgeborene Historiker als gefährlichen Unsinn bezeichnen muß.²⁸ Hier sei nur auf die Disziplinierungsmöglichkeiten kurz verwiesen, die der Komintern-Apparat bis hinunter in die Parteizellen entfernter Länder besaß. Die Partei bot zahlreichen Aktivisten die einzige berufliche Existenzmöglichkeit, die bei einem Aufbegehren gegen die »Generallinie« (der Begriff kam damals auf) entzogen werden konnte. Die ideologische Abhängigkeit von Moskau korrespondierte zunehmend mit einer finanziellen.²⁹

Dabei sei der virulente Antikommunismus mancher, nicht aller Sozialdemokraten, keineswegs vergessen: Auf dem Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale 1923 hatte Otto Wels gefordert, die »Schlammwelle der kommunistischen Bewegung« einzudämmen.³⁰ Als Reaktion auf solche Ausfälle hielt sogar ein damals eher zurückhaltend urteilender Bucharin die Sozialdemokratie für »die Vorbereitung noch furchtbarer, noch größerer Kriege« verantwortlich.³¹ Zwischen 1926 und seiner endgültigen Entmachtung 1929 besorgte Bucharin manche der »Begründungen« für die spätere »Sozialfaschismus-Theorie«, indem er erklärte, die Sozialdemokratie, namentlich die SPD, habe die Grenzlinie von einer proletarischen hin zu einer bürgerlichen Partei in ihrer Politik, sozialen Zusammensetzung und in ihrer Funktion überschritten.³²

Dabei verallgemeinerten die Komintern-Strategen die antikommunistischen Ressentiments führender Sozialdemokraten und negierten gegenläufige Tendenzen. Beispielsweise hatte Otto Bauer auf dem Hamburger SAI-Kongreß Sowjetrußland als den wichtigsten von der internationalen Reaktion bedrohten Staat genannt und den Regierungen der kapitalistischen Länder das Recht abgesprochen, sich in ihrem Kampf gegen die Sowjetregierung »auf die Demokratie und die Menschlichkeit« zu berufen, da sie selbst oft genug zu Terror und Unterdrückung griffen.³³

In den »Thesen über die Taktik« des 5. Komintern-Kongresses lautete ein Argument, es hinge unter den Bedingungen einer unterstellten weiterwirkenden weltrevolutionären Krisensituation allein von der Fähigkeit der kommunistischen Bewegung ab, der kapitalistischen Ordnung den Todesstoß zu versetzen.³⁴ Dies führte nicht nur zur verstärkten Abgrenzung von der Sozialdemokratie und zur Einengung der Einheitsfront als »Einheitsfront von unten«, es hatte auch die verstärkte Disziplinierung der Kritiker einer solch irrationalen Politik zur Folge.

Hier überschritten sich die Fragen der Komintern-Strategie in besonders folgenreicher Weise mit den innerrussischen Fraktionskämpfen: Kein anderer als Trotzki hatte nämlich bereits auf dem 3. Komintern-Kongreß im Juli 1921 die Frage aufgeworfen, ob es begründet sei »anzunehmen, daß an Stelle politischer Erschütterungen und Klassenkämpfe eine neue, lang andauernde Epoche der Wiederherstellung und des Wachstums des Kapitalismus eintreten (könne)? Folgt daraus nicht die Notwendigkeit der Revision des Programms oder der Taktik der Kommunistischen Internationale?«³⁵

Die Bolschewisierungs-Kampagne wurde zum Bestandteil des Kampfes der Troika Stalin – Kamenew – Sinowjew gegen Leo Trotzki und seine Anhänger, denen eine antirevolutionäre, fraktionistische Politik unterstellt wurde. Alle von Trotzki in den Debatten um die Strategie und Taktik der russischen Partei wie der Internationale vertretenen Positionen wurden nunmehr gegen ihn verwendet. Seine im Herbst 1924 erschienenen »Lehren des Oktober«, die der beginnenden Geschichtsfälschung über das Jahr 1917 entgegenzuwirken suchten, riefen bei der Troika und ihrer Gefolgschaft einen Sturm der Entrüstung hervor.

Gegen den angeblichen Trotzkiismus kreierte die Komintern-Führung den sogenannten Marxismus-Leninismus. »Theoretischer« Kopf dieser bald zur offiziellen kommunistischen Philosophie aufgerückten ideologischen Konstruktion war Stalin. Er formulierte damit, wie aber erst allmählich sichtbar wurde, zum ersten Mal den Anspruch, Alleinerbe des Marxschen und des Leninschen Denkens zu sein. In den Lektionen über den Leninismus, die Stalin im April 1924 vor Hörern der Swerdlow-Universität in Moskau hielt, interpretierte er diesen als »Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution« und als die »Theorie und die Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen.«³⁶

Damit wurde die Theorie zum reinen Instrument der Praxis verengt – mehr noch: Jedwede Handlung, jede praktische Maßnahme konnte von vornherein als revolutionäre Theorie deklariert werden, selbst wenn sie sich nur verbal auf diese Theorie berief. Die

29 Zu Angaben über Moskauer Finanzhilfen und ihre Konsequenzen vgl. Firsow (Anm. 10), bes. S. 252ff. Über Struktur und Organisation des Komintern-Apparates vgl. bereits die Darstellung von Dominique Desanti: *L'Internationale Communiste*, Paris 1970, S. 328ff.

30 Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 15.

31 N. I. Bucharin: *Kapitalisticeskaja stabilisacija i proletarskaja revolucija*, Moskau/Leningrad 1927, S. 229; so auch in: Nicholas N. Kozlov/Eric D. Weitz: *Betrachtungen über die Ursprünge der »Dritten Periode«*; Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik, in: Bergmann/Keßler (Hg.): *Aufstieg und Zerfall der Komintern*, S. 137.

32 Vgl. entsprechende Äußerungen Bucharins in: *Die historische Leistung des 6. Weltkongresses der Komintern*, Hamburg 1928, S. 26. Vgl. weiterhin Kozlov/Weitz: S. 136ff.

33 Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses ..., S. 23.

34 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses, S. 25 ff.

35 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921, S. 9.

36 J. W. Stalin: *Werke*, Bd. 6, S. 63.

Funktion der Theorie, Politik kritisch zu werten, ihr in den Erkenntnissen aufgrund selbständig und unabhängig betriebener Forschung Vorarbeit zu leisten, verlor damit ihren Stellenwert. Sie wurde immer mehr durch pure Apologetik ersetzt. Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt bis hin zur Willkür im Umgang mit der Theorie, ein weiterer, allerdings weit gewichtigerer, bis hin zur Vernichtung der Träger selbständigen theoretischen Denkens. Dies war auch die Grenze, bis zu der Sinowjew und Kamenew ihrem bisherigen Bundesgenossen Stalin folgen konnten. Doch bevor die bisherige Troika auseinanderbrach, wurden die kommunistischen Parteien des Westens in einer Weise »bolschewisiert«, die eigenständiges Denken und Handeln immer weiter verhinderte.

Am intensivsten erfaßte die »Bolschewisierungs«-Kampagne die KPD. Auf einer ZK-Sitzung im Februar 1924 stimmten sowohl die »Linken« um Ruth Fischer, Maslow und Thälmann, als auch die »Mittelgruppe« um Eberlein, Pieck und Remmele der antitrotzkistischen Linie des russischen ZK zu. Den in diesem Zusammenhang geprägten Begriff der »Bolschewisierung« bezeichnete Sinowjew als »wunderschön gesagt.«³⁷ Hingegen hatte August Thalheimer, Wortführer der als »Rechte« stigmatisierten Opponenten, kurz zuvor betont, daß die deutsche Revolution »nicht einfach ein Abklatsch des Ganges der russischen Revolution« sei.³⁸ Die französische Partei schloß im Verlauf des Jahres 1924 Souvarine, Monatte und Rosmer aus, da die drei führenden Funktionäre die Verurteilung Troztkis ablehnten. Der Parteiapparat, so die Zentralleitung am 18. März, habe die Aufgabe, »auf Anregung der alten Bolschewistengarde aktiv gegen jegliche Abweichung anzukämpfen.«³⁹ Auch in der polnischen Partei wurde die Führungsgruppe ausgewechselt: statt der Gruppe um Wera Kostrzewa, die auf eigenständigem Handeln bestand, wurden Anhänger der Troika um Julian Lehski in die leitende Equipe kooptiert.⁴⁰ Doch wurden in Deutschland und Frankreich bereits 1925 jene Führungsgruppen wiederum von der Spitze verdrängt, die sich in der »Bolschewisierungs«-Kampagne soeben noch hervorgetan hatten, als Anhänger Sinowjews aber für die Stalinisten inakzeptabel waren: Ruth Fischer und Arkadij Maslow ebenso wie Albert Treint und Suzanne Girault.

Die Tatsache, daß Stalins Definition des Begriffs Marxismus-Leninismus wörtlich in die Thesen über die Propagandatätigkeit des 5. Komintern-Kongresses übernommen wurde⁴¹, bedeutete noch nicht den endgültigen Sieg stalinistischer Gedankengutes in der Komintern, wies jedoch in eine bedenkliche Richtung. Ebenso mußte die Form Besorgnis hervorrufen, in der auf dem Kongreß mit Meinungen umgegangen wurde, wie sie Georg Lukács 1923 in »Geschichte und Klassenbewußtsein« und Karl Korsch ein Jahr darauf in »Marxismus und Philosophie« geäußert hatten. Sinowjew hatte in seinem Schlußwort auf dem Kongreß gefordert: »Bolschewisierung – das ist die Schaffung einer festgefügtten, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren eigenen Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hatte.«⁴² Harmonisch und brüderlich verlief der Prozeß der Bolschewisierung in den nächsten Jahren ganz gewiß nicht, und er zeitigte in allen Komintern-Parteien bleibende negative

37 Brief Sinowjews an das ZK der KPD vom 26. März 1924, in: SAPMO-BArch 16/10/5, Bl. 87.

38 A. Thalheimer: Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr), Nr. 2, 4. Januar 1924, S. 10.

39 Thèses sur la tactique du Parti et sur les problèmes posés à l'Internationale communiste (18 mars 1924); Zit. in: Milos Hájek: Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1995, Berlin 1995, S. 79.

40 Vgl. ebenda, S. 78 f.

41 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses..., S. 92.

42 Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Hamburg o. J., S. 508.

Folgen. Es bedurfte, wie Pierre Frank schrieb, noch einiger Zeit, bis die kommunistischen Parteien sich den Direktiven Moskaus völlig unterwarfen, doch: »Die Stalinisierung keimte unter der Bolschewisierung.«⁴³

43 Frank: S. 342.

Ein Zwischenspiel ohne Zwischenpause: Das Fiasko der Komintern in China und die endgültige Ausschaltung Trotzkis 1926-1927 Anfang 1926 brach die Troika Stalin-Kamenew-Sinowjew definitiv auseinander. Sie war durch den Kampf gegen Trotzki zusammengehalten worden; und mit dessen Entmachtung ging Stalin daran, jene Männer aus der Komintern und der russischen Partei zu verdrängen, die sich dem Ausbau des bürokratischen Apparates schon aus persönlichem Kalkül widersetzen würden. Doch existierten auch grundlegendere Gegensätze zu Kamenew und Sinowjew: Diese beiden standen mitsamt ihrer Anhängerschaft noch für eine internationalistisch bestimmte Sicht auf die Revolution und eine daran geknüpfte Politik. Sie würden nicht ohne weiteres die Hoffnung auf eine Revolution im Westen definitiv aufgeben. Deshalb waren sie durchaus willens und fähig, die Komintern ihren eigenen Machinationen unterzuordnen, nicht aber gewillt, die momentanen Interessen der russischen Parteiführung über die langfristigen Ziele der Komintern zu stellen. Andererseits rückte Bucharin, nachdem er die Hoffnung auf eine baldige Weltrevolution aufgab, rasch innerhalb der bolschewistischen Partei nach »rechts« und näherte sich Stalin an. Für ihn lag die Gefahr, die der russischen Revolution drohte, in einem Bruch mit der Bauernschaft. Auf internationaler Ebene sollte nunmehr aber mit den »reformistischen Führern der Sozialdemokratie«, wie es oft hieß, eine Einheitsfront hergestellt werden. Dem diente das Anglo-Russische Gewerkschaftskomitee während des britischen Generalstreiks vom Mai 1926, den die Bergarbeiter allein noch bis zum 7. Oktober fortführten. Der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses lehnte jede materielle Unterstützung seitens der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) ab und begründete diese Haltung mit der Politik der britischen KP. Diese hatte mittels der »Minderheiten-Bewegung« (Minority movement) versucht, die revolutionären Minderheiten innerhalb jeder Gewerkschaft in eine revolutionäre Mehrheit zu verwandeln.⁴⁴ Die sowjetische Gewerkschaftsführung um Michail Tomski, einem engen Freund Bucharins, suchte dessenungeachtet die weitere Annäherung an die sozialdemokratisch geführte Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, da sie die gewerkschaftliche Spaltung der Arbeiterbewegung als unnatürlich empfand.

In einer gänzlich andersgearteten Situation erhofften sich die Bucharinisten – und Stalins Anhänger – ebenfalls ein einheitliches Handeln verschiedener politischer Kräfte, in diesem Fall sogar antagonistischer Klassenkräfte: der chinesischen Revolution der Jahre 1925-1927. Bucharin begründete die offizielle Position der russischen Partei und der Komintern im April 1927. Er kennzeichnete die Zustände in China als halbfeudal, leitete daraus den bürgerlichen Charakter der Revolution ab und begründete somit die Bündnispolitik der Kommunisten mit der als bürgerlich-progressiv eingeschätzten Kuomintang.⁴⁵ Die Illusionen der

44 Vgl. L. J. MacFarlane: *The British Communist Party*, London 1966. Dieses Buch schildert die Parteigeschichte bis 1929.

45 Vgl. Reinhart Köbler: *Die Dominanz des russischen Paradigmas. Bucharin, Stalin und Trotzki zur »Chinesischen Frage« 1927*, in: Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hg.): »Liebling der Partei«, Nikolai Bucharin – Theoretiker und Praktiker des Sozialismus, Hamburg 1989, S. 112-123.

46 Über die Debatte innerhalb der Komintern informiert Frank, Bd. 2, S. 461ff.

47 Den besser passenden Terminus »Volksfront« gab es noch nicht.

48 Zit. nach Kößler: S. 121.

Komintern reichten noch über die antikommunistische Wende Tschiang Kai-Scheks vom 12. April 1927 hinaus, als dieser bewaffnete Gewalt gegen die Schanghai Arbeiter und die Kommunisten einsetzte.⁴⁶ Doch die innerparteiliche Auseinandersetzung berührte nicht die Übertragbarkeit des russischen Modells der zwei Phasen der Revolution, einer bürgerlich-demokratischen und einer sozialistischen, auf China. Trotzki beurteilte jedoch die Einheitsfront-Politik der Kommunisten mit der Kuomintang⁴⁷ skeptisch und bestand auf »bolschewistischer Politik in der bürgerlichen Revolution.«⁴⁸ Erneut warf er Stalin vor, die Komintern für seine jeweilige Politik zu instrumentalisieren. Trotzki's Forderung nach Bildung von Sowjets als Gegengewicht zur Kuomintang wurde wenige Jahre später von Mao Tse-Tungs kommunistischen Partisanen aufgegriffen, aber natürlich, ohne auf Trotzki als Ideengeber zu verweisen. Dieser war nämlich am 27. September 1927 aus dem EKKI ausgeschlossen worden. Die eigenständigen Demonstrationen der russischen Opposition zu den Revolutionsfeierlichkeiten am 7. November zeigte, wie isoliert sie in der Bevölkerung und in der Partei war. Stalin, der den Apparat kontrollierte, ließ seine Widersacher eine Woche später aus der Partei ausschließen.

Die ultraradikale Wendung der Komintern und die Katastrophe des internationalen Sozialismus 1928-1933

Nach der Ausschaltung Trotzki's, Kamenews, Sinowjews und ihrer Anhänger zerbrach das künstliche Bündnis zwischen Stalin und Bucharin. Der Hintergrund war die Transformation der aus der Neuen Ökonomischen Politik hervorgegangenen staatskapitalistischen Sowjetgesellschaft in eine Gesellschaft neuen Typs, die vor- und nachkapitalistische Elemente vereinigte. Damit begann auch der lange und unumkehrbare Aufstiegsprozeß der Sowjetbürokratie zur herrschenden Klasse, der allerdings erst 1991 mit der Etablierung eines kapitalistischen Staatswesens seinen Abschluß fand. Dieses Ergebnis hatten weder Stalin noch seine kommunistischen Gegner gewollt. Stalinisten und Bucharinisten unterschieden sich nicht im Ziel des »Aufbaus des Sozialismus«. Was sie trennte, waren der Weg und die Methoden. Während Bucharin auf ein Bündnis mit den Bauern setzte, um ihre Abwendung vom Sowjetstaat zu verhindern, gedachte Stalin, der widerspenstigen Bauernschaft durch eine beispiellose Zwangskollektivierung das Rückgrat zu brechen und die Sowjetwirtschaft durch planmäßige und forcierte Industrialisierung von ihrer landwirtschaftlichen Basis weitgehend unabhängig zu machen. Ein solches Vorgehen war in der Geschichte beispiellos und hatte natürlich auch nichts mit den marxistischen Lehrsätzen gemein. Die internationale kommunistische Bewegung, so sehr sie ideologisch und materiell von Stalin abhängig war, blieb dabei ein Faktor der Unsicherheit. Jeder mögliche Widerstand sollte ausgeschaltet werden. Die kommunistischen Parteien wurden gewissermaßen einer zweiten Bolschewisierung unterworfen, die zu ihrer Stalinisierung führen sollte.

Auf dem 6. Komintern-Kongreß im Sommer 1928 fielen wichtige Entscheidungen im latenten Machtkampf. Im Vorfeld des Kongresses hatten Bucharins deutsche Freunde Brandler, Thalheimer

und Borochowicz in einem »Aktionsprogramm«, das deutlich demokratisch-sozialistische Züge trug, für ein System von Teil- und Übergangsforderungen plädiert. Dazu gehörte die Arbeiterkontrolle in der Produktion, die sich an unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen orientierte, ohne das sozialistische »Endziel« aus den Augen zu verlieren.⁴⁹ Doch Bucharin sah sich gegenüber Stalin bereits in der Defensive und versicherte ihm, die schwerwiegenden Differenzen nicht nach außen dringen zu lassen.⁵⁰ Obwohl Bucharin äußerlich auf dem Kongreß als Komintern-Vorsitzender auf dem Höhepunkt seines Wirkens zu sein schien, wurden gezielt Gerüchte ausgestreut, nach denen er an »politischer Syphilis« leide und sein Fall unmittelbar bevorstehe.⁵¹ Bucharin hatte ursprünglich dem in der Komintern antizipierten Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus keineswegs widersprochen, noch war er gegen die sich abzeichnende härtere Gangart gegen die Sozialdemokratie aufgetreten. Doch der erneuten Reglementierung der Parteien, ihrer nunmehrigen Verpflichtung zur Zustimmung zum Stalin-Terror und der ultrasektiererischen Agitation gegen die Sozialdemokratie als angeblichen Hauptfeind der Kommunisten mußten sich Bucharins Anhänger widersetzen. Namentlich in Deutschland waren sie zumeist erfahrene Funktionäre und selbständig denkende Intellektuelle in der Arbeiterbewegung.

Ihre Ausschaltung vollzog sich unmittelbar nach dem Ende des Komintern-Kongresses. Die Auseinandersetzung entzündete sich an einem Korruptionsfall, in den der KPD-Vorsitzende Thälmann verwickelt war. Seine innerparteilichen Kritiker setzten am 26. September einen Beschluß zur Absetzung Thälmanns durch, doch das EKKI-Präsidium setzte Thälmann wieder ein.⁵² Im EKKI-Präsidium unterstützten nur Clara Zetkin, Jules Humbert-Droz und etwas vorsichtiger Bucharin Thälmanns Kritiker, denen Hilfe für den Klassenfeind vorgeworfen wurde. Mittels einer konstruierten »rechten Gefahr« wurden Bucharins Anhänger, aber auch andere Kommunisten, die sich mit diesen Methoden nicht einverstanden erklärten, aus der KPD ausgeschlossen. Viele von ihnen gründeten die KPD-Opposition, die sich um eine Rückkehr zur innerparteilichen Demokratie bemühte und ihre Anstrengungen darauf richtete, Kommunisten und Sozialdemokraten zum einigen Handeln gegen die wachsende Gefahr des Faschismus zu bewegen.⁵³

Dies war auch dringend notwendig, denn nach einigen Erfolgen in verschiedenen Regionalwahlen gelang der faschistischen NSD AP bei den Wahlen zum deutschen Reichstag am 14. September 1930 ein gewaltiger Durchbruch; sie wurde zweitstärkste Fraktion. Millionen Wähler, die bislang noch die bürgerliche Mitte unterstützt hatten, liefen zu Hitler über, von dem sie sich angesichts der grassierenden Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit schnelle Rezepte zur Gesundung der Lage versprachen. Extremer Nationalismus, Antimarxismus und ein eliminatorischer Antisemitismus verbanden sich mit geschickter sozialer Demagogie; die Nazis erschienen als Fürsprecher des Kleinen Mannes. Angesichts dessen trug der sich ständig verschärfende ultralinke Kurs Stalins und der stalinisierten Komintern mitsamt seiner unversöhnlichen Feindschaft gegen die Sozialdemokratie irrationale Züge. Er kann nicht

49 Heinrich Brandler: Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, 1928, Nr. 1 v. 4. Januar 1928. Vgl. auch August Thalheimer: Programmatische Fragen. Kritik des Programmwerfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß), hg. von Jens Becker und Theodor Bergmann, Mainz 1993.

50 In einem Brief vom 1./2. Juni 1928, abgedruckt in: Wladislaw Hedeler/Ruth Stoljarowa (Hg.): Nikolai Bucharin – 1929: Das Jahr des großen Umschwungs, Berlin 1991, S. 92-94; vgl. auch Alexander Watlin: Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993, S. 173ff.

51 Belege bei Stephen F. Cohen: Bukharin and the Bolshevik Revolution, 1888-1938, New York 1975, S. 293f.

52 Für diese als Wittorf-Affäre bekanntgewordene Begebenheit vgl. Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 199ff.

53 Vgl. Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, hierzu bes. S. 39ff.

54 Vgl. Jürgen Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992, S. 262ff.

55 Für diesen soziologischen Wandel der KPD-Mitgliedschaft und seine Folgen vgl. Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, bes. S. 137f., und bereits Ossip K. Flechthelm: Die KPD in der Weimarer Republik (1948), Frankfurt a. M. 1976, bes. S. 316ff.

56 Vgl. Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988.

57 Vgl. Mario Keßler: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994, S. 147ff., 167f.

58 Vgl. die Übersicht von Quellenlage und Forschungsstand bei Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, 5. Aufl. München 1994, S. 207-219.

59 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Vgl. zu ihrer Geschichte Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965; Helmut

allein mit der Empörung auf sozialdemokratische Repressionen gegen kommunistische Arbeiter – wie am 1. Mai 1929 in Berlin – erklärt werden. Ein Teil der Erklärung liegt sicher in der Tatsache begründet, daß vor allem linke Sozialdemokraten, darunter viele emigrierte Menschewiki, in marxistischen Termini den Stalin-Terror mitsamt seinen desaströsen Folgen für Rußland anprangerten.⁵⁴ Daß der ultralinke Kurs jedoch von den Parteien so schnell akzeptiert wurde, hat nicht nur mit der Disziplinierung ihrer Apparate etwas zu tun, aus denen die kritischen Geister bereits hinausgeworfen waren. Dies hängt auch mit einem folgenschweren Wandel in der Mitgliedschaft zumindest der KPD, abgeschwächt auch anderer westlicher Parteien, zusammen. Die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei führte in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise oftmals zum schnellen Verlust des Arbeitsplatzes. Nunmehr wurde die Partei zunehmend zum Auffangbecken deklassierter Menschen, die weit eher (in Eric Hobsbawms Terminologie) »Sozialrebell« denn wirkliche Revolutionäre waren, die zum Aktionismus neigten und denen der ultraradikale Kurs deshalb entgegenkam. Sie setzten auf Gewalt gegenüber Andersdenkenden in der Arbeiterbewegung und unterstützten die national-kommunistische Agitation Thälmanns, die im »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« 1930 ihren Ausdruck fand. Die KPD beteiligte sich im folgenden Jahr am Volksentscheid gegen das preußische Kabinett, der aber, trotz seiner Umfunktionalisierung zum »roten Volksentscheid«, mit einer Niederlage endete.⁵⁵ Ebenso fatal war der spalterische Kurs der KPD in den gewerkschaftlichen Organisationen und die Installierung der (verbal) »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition«.⁵⁶ Diese Politik war kein rein deutsches Phänomen: Sogar eine so winzige, illegal tätige Partei wie die KP Palästinas mußte sich dem neuen Kurs vorbehaltlos anpassen, nachdem auf dem 6. Komintern-Kongreß die jüdischen Sozialdemokraten in Palästina als »reaktionärste Kolonnen des Klassenfeindes im Lager des Proletariats« bezeichnet worden waren. Statt kritischer Solidarität mit den arabischen Werktätigen war für die KP Palästinas nach den arabisch-jüdischen Zusammenstößen vom August 1929 nunmehr eine unkritische Unterstützung der reaktionären arabischen Nationalführung bindend. Auch hier wurden die Kritiker an der offiziellen Politik aus der Partei geworfen. Viele von ihnen wurden später in der Sowjetunion ermordet oder für lange Jahre in Gefängnisse und Straflager gesperrt.⁵⁷ Natürlich verstärkte dieser unheilvolle Kurs die Trennlinie zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Innerhalb der SAI gerieten die Befürworter einer Zusammenarbeit mit der Komintern immer mehr in die Defensive. Aus der gespaltenen Arbeiterbewegung zog jedoch der deutsche und europäische Faschismus letztlich allein Nutzen.

Die Wege zur Machtergreifung Hitlers können hier nicht nachgezeichnet werden; darüber existiert eine immer weiter anwachsende Literatur.⁵⁸ Es genügt, hier festzustellen: Innerhalb der Arbeiterbewegung waren es fast nur die Kleingruppen – KPDO, SAPD,⁵⁹ Trotzlisten, Leninbund oder ISK⁶⁰ –, die sich um einheitliches Handeln gegen den Nazismus verzweifelt bemühten.⁶¹

Die Komintern zwischen Volksfront-Politik und politischem Volksmord 1933-1938

Für die gesamte Arbeiterbewegung bedeutete der Sieg Hitlers eine immer intensiver werdende Unterdrückungskampagne, ein wahrer Kreuzzug ohne Kreuz. Zugeständnisse sozialdemokratischer Politiker, so ihre Zustimmung zu Hitlers heuchlerischer Friedensresolution am 17. Mai 1933 oder die Distanzierung des letzten Parteivorstandes in Berlin von ihren exilierten Genossen am 19. Juni halfen nichts: Mit dem Verbot der SPD am 22. Juni ging die Zeit der organisierten demokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland für lange Zeit zu Ende. Die KPD war bereits durch eine Notverordnung am 28. Februar verboten worden.

Am 19. Februar 1933 rief die Sozialistische Arbeiterinternationale die Arbeiter zur antifaschistischen Einheit auf. Am 5. März antwortete das EKKI – nach fast einem Jahrzehnt wieder – positiv auf die SAI-Offerte. Die Februartkämpfe in Österreich wurden 1934 vom sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund geführt und von der KP aktiv unterstützt. Der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten konnte die Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung durch die Dollfuß-Diktatur nicht verhindern, zeigte aber, daß auch Sozialdemokraten kämpfen, daß Kommunisten sich diesen Kämpfern zuordnen konnten.

Aus diesen Erfahrungen entstand in einem zweijährigen Prozeß die Praxis der Volksfront. Ihre kurze politische Wirksamkeit, ihre Widersprüchlichkeit und ihr schließliches Scheitern sind oft beschrieben worden.⁶² Angesichts der wachsenden Macht des Faschismus und der zunehmenden Bedrohung der Sowjetunion gewann die Komintern für das Stalin-Regime einen neuen Wert. Nunmehr stützte nicht länger die Sowjetunion, mindestens dem Anspruch nach, die internationale Revolution, sondern die Komintern-Politik war auf den Schutz der Sowjetunion gerichtet. Damit wurden aber die ausländischen Kommunisten noch stärker auf die kurzfristigen politischen Interessen der UdSSR eingeschworen, als dies bislang schon der Fall war. Auch die Kontrolle über die Komintern erhöhte sich. Sowjetische Geheimdienst-Funktionäre wie Trilisser (Moskwin) wurden Mitglieder oder Kandidaten des EKKI; der Komintern-Apparat in Moskau wurde von Mitarbeitern sowjetischer Regierungsstellen immer stärker personell dominiert. Ossip Flechtheim schrieb über die Konsequenzen dieses Kurses:

»Die stalinistische Volksfrontstrategie war von extremer Zwi-spältigkeit. Gemäßigt-liberale Bündnispolitik gegenüber den ›Bürgerlichen‹ ging Hand in Hand mit totalitär-terroristischer Liquidierung aller ›Abweichler‹ im linken Lager. Trotz gewisser Anfangerfolge – etwa in Frankreich und Spanien – sollte sich diese Wider-sprüchlichkeit bald in der Schwächung der Volksfront auswirken.«⁶³ Einen anderen, mindestens ebenso wichtigen Aspekt benannte Wolfgang Abendroth:

»Die Politik der KPdSU, die durch die Kommunistische Internationale in den westeuropäischen Parteien durchgesetzt wurde, führte noch zu einer anderen Krise, die für die Volksfrontbewegung in allen Ländern katastrophale Folgen hatte. Die kommunistischen Führer in der alten Generation in der KPdSU waren im Denken des

Arndt, Heinz Niemann: Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991.

60 Internationaler Sozialistischer Kampfbund. Vgl. Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), Meisenheim 1964.

61 Vgl. Theodor Bergmann: Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928-1933, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek b. Hamburg 1984, S. 162-182.

62 Ein Überblick zum Forschungsstand findet sich in meinem, gemeinsam mit Theodor Bergmann verfaßten Aufsatz: Die Volksfrontpolitik der Kommunistischen Internationale. Geschichte und Bedeutung, in: Utopie kreativ, Nr. 55, Mai 1995, S. 71-81.

63 Ossip K. Flechtheim im Vorwort zu: Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus, Neuausg. Frankfurt a. M. 1966, S. 21.

64 Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Neuausg. Frankfurt a. M. 1984, S. 136.

65 Ebenda, S. 136f.

66 Vgl. Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in kommunistischen Parteien seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, mit länderspezifischen und länderübergreifenden Einzeluntersuchungen.

67 Vgl. Mario Keßler: Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, ebenda, S. 87-102.

68 Vgl. Karl Stadler: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974; Memorial (Hg.): Österreichische Stalin-Opfer, Wien 1990; Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.

69 Isaac Deutscher: Trotzki, Bd. 3: Der verstoßene Prophet 1929-1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 383.

70 Ebenda, S. 388.

71 Halldór Laxness, zit. in: Kan (Anm. 1), S. 166.

revolutionären Marxismus und im Kampf für die internationale sozialistische Revolution groß geworden.«⁶⁴ Sie waren somit Teil der demokratischen Tradition der Arbeiterbewegung und erhielten sich durch alle Fraktionskämpfe hindurch ein Mindestmaß an Toleranz im Umgang miteinander. »Jetzt aber«, so Abendroth weiter, »zerstörte die Gruppe um Stalin, die Partei und Staat unumschränkt beherrschte, diese Toleranz gründlich und endgültig. Sie befürchtete, daß die alte Garde der bolschewistischen Partei nicht zulassen würde, daß man den westeuropäischen revolutionären Arbeitern das Denken verbot.«⁶⁵ Die endlos lange Stalinische Bartholomäus-Nacht, die in den drei Schauprozessen zwischen 1936 und 1938 gipfelte, aber Millionen in Mitleidenschaft zog, vernichtete eine ganze Generation revolutionärer Arbeiter und Intellektueller. Allmählich legt die Forschung das Ausmaß des Mordens offen, das auch exilierte Mitglieder kommunistischer Parteien des Auslandes in der Sowjetunion traf. Besonders schlimm betroffen wurden die Parteien Polens, Jugoslawiens, Ungarns, der baltischen Länder und Palästinas, also illegale Parteien, deren Mitglieder kaum den Schutz eines fremden Staates in der Sowjetunion genossen.⁶⁶ In den Moskauer Prozessen tauchten zum ersten Mal antisemitische Untertöne auf.⁶⁷ Auch zahlreiche in die UdSSR geflüchtete österreichische Schutzbündler wurden ermordet, gemeinsam mit anderen deutschen und österreichischen antifaschistischen Flüchtlingen.⁶⁸ Diese zynisch als Säuberungen verharmlosten Mordorgien wirkten sich, so Isaac Deutscher, »durch ihren Umfang und ihre Gewalt wie eine ungeheure Naturkatastrophe aus, gegen die jede menschliche Reaktion vergeblich war. Der Terror zerstampfte die Gehirne, zerbrach jeden Willen und zertrat jeden Widerstand.«⁶⁹ Die Folgen waren, so Deutscher, irreparabel: »Der Terror der Jeschow-Periode lief auf einen politischen Volksmord hinaus: Er vernichtete die ganze Spezies der antistalinistischen Bolschewisten. Während der restlichen fünfzehn Regierungsjahre Stalins blieb in der Sowjetgesellschaft – auch nicht in den Gefängnissen und Lagern – keine Gruppe übrig, die ihm Widerstand hätte leisten können. Nicht ein einziges Zentrum unabhängigen politischen Denkens durfte bestehen bleiben.«⁷⁰

Angesichts der beschworenen und tatsächlichen Bedrohung der Sowjetunion durch Nazi-Deutschland, angesichts der zwanzigjährigen Mythologisierung des »Roten Oktober« und des aus ihm hervorgegangenen Staates und angesichts der materiellen und ideellen Korrumpierung westlicher Intellektueller durch das Sowjetregime blieben die antistalinistischen Reaktionen auf die Prozesse eher verhalten. Der Ex-Stalinist Halldór Laxness bekannte fünfundzwanzig Jahre nach seinem Engagement für den Stalin-Terror reumütig: »Ich hätte nicht so über Bucharin geschrieben, wie ich es tat, hätte ich nicht geglaubt, was man mir erzählte; aber das ist leider keine Entschuldigung für jemanden, zu glauben, was gesagt wird; alle Lüge ist Lüge an sich. Ich vertraute meinen Freunden, den sowjetischen Schriftstellern.«⁷¹

Angesichts der Begeisterung von Teilen des intellektuellen Establishments für den Stalinismus und, komplementär, eines anderen Teils für den internationalen Faschismus, schrieb Trotzki:

»Unser Planet verwandelt sich in eine schmutzige und übelriechende Baracke. Die Helden der Demokratie tun alles, was sie ... können, um den Helden des Faschismus zu gleichen ... Der Herdentrieb der Intelligenz und ihre Servilität stellen ein weiteres und nicht unbeträchtliches Symptom« der Dekadenz der zeitgenössischen Gesellschaft dar.⁷² Doch nicht nur Intellektuelle zeigten sich anfällig gegenüber dem Stalin-Kult mitsamt seiner Kehrseite des systematischen und gezielten Massenterrors. Viele Angehörige des mittleren Funktionärskorps erklimmen die Karriereleiter nach der Ausschaltung angeblicher Volksfeinde steil nach oben. Die späteren KPdSU-Generalsekretäre Chruschtschow, Breschnew, Andropow und Tschernenko waren Mittäter und Nutznießer des Terrors.

Sie alle – und viele andere – wurden zu Stalins willigen Mordgesellen, um einen in anderem Zusammenhang jüngst diskutierten Terminus aufzugreifen. Allmählich laufen, im Anschluß an die Studien über die Beteiligung ausländischer KP-Funktionäre an den »Säuberungen«,⁷³ erste Untersuchungen über die sowjetischen Täter und Mittäter an, die auf neuerschlossenen Quellen beruhen.⁷⁴ Dies alles muß in die Diskussion über den erschreckend breiten Konsens miteinbezogen werden, den der Stalinismus bei Kommunisten und ihren »fellow travellers« fand. Dieser Konsensus wurde zwischen 1939 und 1941 dann schwer erschüttert, in den Jahren der deutsch-sowjetischen Freundschaft, der unheiligen Allianz der beiden wichtigsten diktatorischen Regime des 20. Jahrhunderts.

Zwischen Hitler-Stalin-Pakt und Auflösung: Die Paralyse der Komintern 1939-1943

Kein ernsthafter Forscher bestreitet, daß die Sowjetunion angesichts des drohenden Krieges die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Großmächten ausnutzen mußte, daß sie eine – nach dem Münchner Abkommen im September 1938 nicht ganz unmögliche – gemeinsame Front dieser Staaten verhindern mußte. Die offene Unterstützung Deutschlands und Italiens für die faschistischen Putschisten in Spanien, die halbherzige und letztlich Franco behilfliche »Nichteinmischungs-Politik« der westlichen Demokratien und das Zusammenspiel zwischen faschistischen und demokratischen Staaten auf Kosten der Tschechoslowakei in München gaben der sowjetischen Politik – auch in historischer Perspektive – mehr als nur einen Schein der Legitimität. Ganz anders muß natürlich das Urteil über die sowjetische Politik gegenüber Polen ausfallen. Auch hätte niemand das Sowjetregime zur ideologischen Verbrüderung mit Hitler verpflichten können, was aber geschah. Die schwerste historische Hypothek war aber zweifellos die Auslieferung deutscher und österreichischer Kommunisten an Hitler.⁷⁵ Kaum weniger entlastende Argumente lassen sich für die enge und immer intensivere militärische Kooperation zwischen der UdSSR und Deutschland finden, womit Stalin die deutschen Aggressoren unterstützte.⁷⁶ Die zerstörerischen Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes auf die Komintern sind inzwischen gut erforscht; Wolfgang Leonhard hat sie zusammenhängend geschildert. Der Pakt wurde, so Leonhard, »zu einem Wendepunkt in der politischen Biographie einer ganzen Generation von kommunistisch

72 Trotzki in: Partisan Review, Fall 1938; zit. in: Deutscher: Trotzki, Bd. 3, S. 400.

73 Vgl. verschiedene Aufsätze in: Weber/Staritz (Hg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten, sowie exemplarisch Reinhard Müller (Hg.): Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Reinbek b. Hamburg 1994.

74 Vgl. den Literaturbericht von John L. H. Keep: Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur, in: Neue Politische Literatur, 1995, Nr. 3, S. 421-440, hierzu bes. S. 431ff. Vgl. auch die Aufzeichnungen des Zeitzeugen Stepan Podlubnyi in: Jochen Hellbeck (Hg.): Tagebuch aus Moskau 1931-1939, München 1996, und für die weiterführende Diskussion Wladislaw Hedeler: Die Geschichte der Komintern im Lichte neuer Dokumente, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1994, Nr. 11, S. 1006-1009. Der letztgenannte Aufsatz bezieht sich auf eine internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau im Oktober 1994.

75 Vgl. Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazi-Deutschland 1937-1941, Frankfurt a. M. 1990.

76 Vgl. u. a. Groehler (Anm. 12), S. 109ff.

77 Vgl. Wolfgang Leonhard: Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989, S. 10.

78 Manès Sperber: Die Tyrannis und andere Essays aus der Zeit der Verachtung, München 1987, S. 146.

79 Die Kommunistische Internationale, Jg. 1939, S. 1107-1109; zit. nach Frank, Bd. 2, S. 713.

80 Für Großbritannien vgl. Monty Johnstone u. a.: About Turn. The British Communist Party and the Second World War, London 1990; für Palästina vgl. Musa Budeiri: The Palestine Communist Party, 1919-1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism, London 1979, S. 127ff.

engagierten Menschen ... Gewissermaßen über Nacht sahen sie sich gezwungen, die als unanfechtbar geltende Loyalität zur Sowjetunion und zur Kominternführung in Frage zu stellen.«⁷⁷ Viele Kommunisten stellten sich quälende Fragen. So schrieb Manès Sperber: »Haben die Stalinleute bewußt den Sozialismus verraten? Sie wollen wohl argumentieren: ›Es gibt keine andere sozialistische Position als die Sowjetunion. Was ihr Interesse ist, ist auch das Interesse der Sozialisten. Also ist, was wir tun, wohlgetan.‹ Damit irren sie sich, wie sie sich immer geirrt haben, wo es um die europäische Arbeiterbewegung ging, wie sie sich geirrt haben, als sie die Sozialdemokratie zum ›Zwillingsgeschwister des Faschismus‹ (Stalin) ernannten und daraufhin den ›Hauptkampf‹ gegen den ›Hauptfeind‹, gegen die Sozialdemokratie, also gegen die überwiegende Majorität der organisierten Arbeiterschaft, eröffneten.« Sperber folgerte: »Sie geben der bürgerlichen Demokratie einen neuen Sinn. Sie haben wahre Sozialisten heimatlos gemacht.«⁷⁸ Gerade diese Furcht vor politischer Heimatlosigkeit und dem Verlust auch materieller Unterstützung angesichts von Exil und Verfolgung im faschistisch besetzten Europa bewog zahlreiche Kommunisten, ihre Zweifel zu verdrängen und der neuen »Generallinie« die Zustimmung zu geben.

Die Komintern begrüßte anlässlich des 22. Jahrestages der Oktoberrevolution den deutsch-sowjetischen Pakt, der »die hinterlistigen Pläne der Provokateure des Antisowjetkrieges durchkreuzt« habe. Die britischen und französischen Politiker würden nicht für die Freiheit der Völker Krieg führen, »sondern für den Triumph der Reaktion; nicht für einen dauerhaften Frieden, sondern für neue imperialistische Eroberungen, die neue Kriege in sich bergen. Die Bourgeoisie hätte diesen Krieg jedoch nicht begonnen, wenn ihr die verräterischen Spitzen der sozialdemokratischen Parteien nicht geholfen hätten. Diese Spitzen treten jetzt als Einpeitscher der Reaktion auf«, hieß es.⁷⁹ Die nach den »Säuberungen« in Moskau noch übrig gebliebenen Komintern-Funktionäre konnten sich nicht die geringste Abweichung von diesem Kurs erlauben; alle fürchteten noch um ihr Leben. Die KP-Führungen in aller Welt unterwarfen sich dem Moskauer Diktat; längst waren infolge des jahrelangen Gleichschaltungsprozesses die kritischen Stimmen verstummt. Wer protestierte, wurde ausgeschlossen, so daß es überall zu Austritten und Ausschlüssen kam. Nur in den kleinen Parteien Großbritanniens und Palästinas regte sich zeitweilig so massiver Widerspruch, daß es nicht zu weitreichenden Ausschlüssen kam, die sonst die Existenz dieser Parteien in Frage gestellt hätten.⁸⁰ Doch begannen einige Parteien, deren Länder Opfer der Nazi-Aggression geworden waren, allmählich einen von der Komintern vorsichtig unterscheidbaren Kurs zu steuern. Der KP der USA gelang es, aus der Komintern 1940 auszuschneiden, um die Legalität im Lande und damit die Wirkungsmöglichkeit zu erhalten.

Hier war das auffällige Schweigen der Komintern-Zentrale beifällig. Zwischen 1940 und 1942 verzichtete sie sogar auf den rituellen, in »antiimperialistischer« Rhetorik gehaltenen Aufruf zum 1. Mai. Nach dem 22. Juni 1941, dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, vollzog die Komintern ihre letzte Wendung.

Nunmehr rief sie zur antifaschistischen Einheit aller Kräfte auf, verzichtete aber auf alle sozialistischen Forderungen.⁸¹ Die britische KP, die noch wenige Monate zuvor eine defätistische, damit Hitler begünstigende Haltung eingenommen hatte, wurde nunmehr zur Stütze von Churchills Kriegskabinet. War dieser Kurswechsel für die britische Gesellschaft auf Grund der Kleinheit der KP ohne größere Bedeutung, so ergab sich in vielen Betrieben ein anderes Bild: Dort wandte sich die KP gegen jegliche Arbeitskämpfe während des Krieges; Kommunisten traten als Streikbrecher auf.⁸² Mit dem unleugbaren, aus der Geschichte nicht zu streichenden antifaschistischen Engagement der Kommunisten in ganz Europa gewannen die kommunistischen Parteien manches von dem Prestige zurück, das die Komintern-Politik so drastisch verspielt hatte. Nur ging dieser Prestigegewinn nicht auf das Konto der Komintern als Organisation. Ihre Auflösung am 15. Mai 1943 und das Ende jeder formellen Tätigkeit ihres Apparates am 10. Juni des gleichen Jahres fanden kaum noch größere Aufmerksamkeit. Stalin konnte sich der ihm wertlosen Organisation entledigen, als er ein Zeichen des Zugeständnisses an die westlichen Alliierten setzen wollte, deren Unterstützung er bedurfte. Wichtiger war jedoch, daß die Komintern für Stalin ihren Zweck erfüllt hatte: Über ihre weitverzweigten Organisationen hatte sie alle kommunistischen Parteien dem Willen Stalins völlig untergeordnet. Der Kontrast zu den ursprünglichen Zielen ihrer Gründungsphase konnte kaum größer sein. Die Transformation der Komintern von einer »Armee der Weltrevolution« zum Werkzeug Stalins traf die gesamte Arbeiterbewegung in ihrer Substanz. Diese Transformation konnte die divergierenden Tendenzen im Weltkommunismus auf die Dauer nicht verhindern. Die Vernichtung unzähliger Kommunisten durch den Stalin-Terror trug jedoch zur Krise der kommunistischen Bewegung, die in ihren schließlichen Zerfall mündete, entscheidend bei.

In ihrer Auseinandersetzung mit den Anhängern Blanquis hatten Marx und Engels oftmals vor der »heroischen Illusion« gewarnt, die revolutionären Utopien durch eine erleuchtete Minderheit im Handumdrehen verwirklichen zu können. So schrieb Engels im Jahre 1874, daraus folge »von selbst die Notwendigkeit, der Diktatur nach dem Gelingen: der Diktatur, wohlverstanden, nicht der ganzen revolutionären Klasse, des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind.«⁸³

Das bolschewistische Organisationsprinzip erwies sich für den illegalen Kampf gegen den Zarismus als geeignet. Aber es zeitigte zerstörerische Auswirkungen auf die internationale Arbeiterbewegung. Es brachte Stalin und die Seinen hervor, die jenes bolschewistische Prinzip aus der lokalen und zeitlichen Begrenztheit lösten und es verabsolutierten. Die bolschewisierte Komintern wurde nicht zum Totengräber des Kapitalismus. Aber sie erzeugte ihre eigenen Totengräber aus dem Apparat der monolithischen herrschenden Partei. Dieser Apparat war Produkt und schließlich Liquidator des bolschewistischen Kommunismus und der Komintern.

81 Vgl. Frank: Bd. 2, S. 731ff.

82 Vgl. hierzu die Einleitung von Theodor Bergmann und Mike Jones zu: Cassius (Pseud. für Michael Foot): Der Prozeß gegen Mussolini, Mainz 1994, bes. S. 29ff.

83 Friedrich Engels: Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge, in: MEW 18, S. 529.

HERBERT MAYER

Die Oktoberrevolution und die internationale Sozialdemokratie (1917-1940).

Stichpunkte

Die Oktoberrevolution stellte für die internationale Sozialdemokratie eine mehrfache Herausforderung dar: Im Gegensatz zu allen früheren Prognosen hatte eine Arbeiterpartei in einem rückständigen Land die Macht erobert; die russische Oktoberrevolution widersprach damit den bisherigen Prämissen sozialdemokratischer Theorie und Politik. Zudem standen die revolutionären Kampfmethoden und -formen der Bolschewiki den in der II. Internationale propagierten Methoden und Praxis entgegen. – Es verstärkte und beschleunigte sich der Differenzierungs- und Spaltungsprozeß in der Arbeiterbewegung international und in den einzelnen Ländern.

Die Revolution und die ihr folgende Entwicklung rückten Grundfragen der Strategie und der Politik von sozialistischen Parteien in den Mittelpunkt. Zu ihnen gehörten:

Bedingungen und Möglichkeiten einer sozialistischen Entwicklung; Demokratie und Diktatur;

Inhalt und Formen des Übergangs zum Sozialismus sowie das Verhältnis von Klasse, Partei, Staat und Führung.

Die internationale Sozialdemokratie nahm bis zum Zweiten Weltkrieg bzw. bis zum Ende der Existenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) 1940 nie eine einheitliche Haltung zur Oktoberrevolution und zur sowjetischen Entwicklung ein. Es dominierte die Ablehnung von Inhalten, Formen und Methoden der Machtübernahme durch die Bolschewiki wie auch der sowjetischen Entwicklung.

Die SAI stellte stets eigene Forderungen an die Sowjetunion, die auf eine Demokratisierung von Partei, Wirtschaft und Gesellschaft zielen sollten. In der politischen Praxis verbanden sich betonte Solidarität mit scharfer Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem. Eng verknüpft mit der Haltung zur Sowjetunion und zu den Bolschewiki war die Stellung zu den kommunistischen Parteien.

Das Jahr 1917 und die internationale Sozialdemokratie

Die Oktoberrevolution wurde in der sozialdemokratischen Anhängerschaft, obwohl in der Regel detaillierte Kenntnisse fehlten, spontan und teilweise enthusiastisch begrüßt. Der Sturz der Regierung Kerenski und das Entstehen einer Sowjetmacht unter Führung der Bolschewiki ließen im Zusammenhang mit dem Dekret über den Frieden Sympathien entstehen und erweckten Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges. Die russische Revolution und ihre Bewertung führten zu einem Polarisierungsprozeß innerhalb der

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen nach 1945 und der SED.

sozialistischen Parteien. Diese Differenzierung war zugleich eingebunden in den Prozeß der Herausbildung kommunistischer bzw. revolutionär orientierter Parteien, von denen die deutlichsten und dauerhaftesten Sympathiebekundungen und Zustimmungen kamen. (Diese Positionen können im folgenden nicht weiter betrachtet werden.) Die internationale Sozialdemokratie stand zunächst an der Seite der russischen Revolution und erachtete die internationale Solidarität der Arbeiterparteien als notwendig. Die Aufmerksamkeit galt zunächst der Friedensfrage, doch traten noch vor Kriegsende soziale und gesellschaftliche Probleme der weiteren Entwicklung in den Vordergrund.

Die Oktoberrevolution wurde vielfach als Ouvertüre kommender Revolutionen gesehen und daher als ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung bewertet. Von Anfang an gab es starke Kräfte, die die moralische Verurteilung der gewählten Formen und Wege in den Vordergrund stellten. Angesichts des Sieges der Revolution unter ungünstigen Bedingungen, den rückständigen Verhältnissen und der Übermacht des Gegners wurde von den sozialdemokratischen Führungskräften in der Regel ein baldiges Scheitern des »bolschewistischen Experiments« prophezeit. Doch setzten sich während der Interventions- und des Bürgerkrieges die Sozialdemokratie unter der Losung »Hände weg von Sowjetrußland« für die Verteidigung des Sowjetstaates ein.

Die sozialistischen Konferenzen 1919/20 – Differenzen über Rußland

Im Februar 1919 behandelte die Internationale Arbeiter- und Sozialistische Konferenz in Bern die Revolution in Rußland und die Politik der Bolschewiki kontrovers unter dem Tagesordnungspunkt »Demokratie und Diktatur«.¹ Die unterschiedliche Bewertung der Oktoberrevolution und Sowjetrußlands führte fast zur Spaltung der Konferenz und verhinderte zunächst die Einheit zwischen sozialdemokratischen und linkssozialistisch-zentristischen Parteien in einer einheitlichen Internationale. Die Mehrheit unterstützte die »Resolution Branting«, die faktisch die Revolution verurteilte. Sie wurde auch von Karl Kautsky und Eduard Bernstein unterstützt. Kautsky hatte als einer der ersten sozialdemokratischen Theoretiker seine Ablehnung der Oktoberrevolution und ihrer Folgen systematisch begründet (August 1918 »Die Diktatur des Proletariats«); Bernstein erklärte auf der Konferenz, daß die »Bolschewisten die Konterrevolutionäre« sind: »Das System der Bolschewiki ist ... der Tod der Errungenschaften der Revolution«.² Die von den zentristischen Parteien unterstützte »Resolution Adler-Longuet« lehnte obige Resolution ab, da sie sich »gegen jede wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der russischen Sowjet-Republik« verwahre, da diese durch die Bourgeoisie ausgenutzt werden könnte.³

Anknüpfend an vorhandene objektive Bedingungen, bestand weitgehend Einmütigkeit unter den sozialdemokratischen Parteien, daß die Oktoberrevolution und die durch sie eingeleitete Gesellschaftsveränderung etwas spezifisch Russisches seien, das für die Länder West- und Mitteleuropas nichts Allgemeingültiges vermitteln könne. Die Entwicklung des Sozialismus in einem

1 Vgl. II. Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919, in: Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter, Berlin – Bonn 1980, S. 500ff.

2 Ebenda, S. 552; zu Kautsky, S. 545ff.

3 Ebenda, S. 533.

4 O. Bauer: Weltrevolution, Wien 1919, in: Otto Bauer: Werksausgabe, Wien 1976ff., Bd. 2, S. 182; vgl. weiter ders.: Der neue Kurs in Sowjetrußland, Wien 1921, in: Ebenda, v. a. S. 454 f.

5 Vgl. dazu und dem folgenden: Bericht vom Zehnten Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. 31. Juli bis 5. August 1920, Brüssel 1921, v. a. die Resolution »Politisches System des Sozialismus«, S. 36 f.

6 Vgl. zum obigen, ebenda, S. 39 - 43.

7 Leitsätze, in: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921, Wien 1921, S. 111.

8 Ebenda, S. 112.

rückständigen Land wie Rußland wurde für unmöglich gehalten. Der Österreicher Otto Bauer betrachtete zu dieser Zeit die Diktatur des Proletariats als eine »zeitlich und örtlich begrenzte Phase«⁴, als Durchgangsstadium zu bürgerlich-demokratischen Verhältnissen, um die Rückständigkeit und die zahlenmäßige Schwäche des Proletariats zu überwinden und so die Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

Das Wiedererstehen der II. (Londoner) Internationale

Die Genfer Sozialisten-Konferenz im Juli 1920, die faktisch die II. Internationale restaurierte, bekannte sich zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die aber nicht auf dem Wege der Diktatur erfolgen und auf Diktatur gründen könne.⁵ In Antithese zur russischen Entwicklung wurde als Hauptaufgabe einer Arbeiterregierung bestimmt, daß sie Demokratie und Sozialismus als fundamentale Grundlage verwirklichen müsse. Als Unterschied zwischen dem »kommunistischen System von Moskau« und »dem demokratischen System der zweiten Internationale« werteten die Konferenzteilnehmer die Verurteilung »von Gewalt und Terror als System« sowie die Betonung der »Notwendigkeit der Demokratie als politische Methode«. Den Bolschewiki wurde vorgeworfen, an die Stelle der Demokratie ein »System zaristischer Gewalt«, die Diktatur einer kleinen Minderheit, die Diktatur einer Clique gesetzt zu haben, die sich nur durch Terror aufrechterhalten lasse. Die Internationale lehne den Bolschewismus und das »russische Experiment der politischen Rätediktatur« entschieden ab und stehe »streng auf dem Boden der Demokratie«. Zugleich wurde auf die Sympathie vieler Arbeiter für Rußland verwiesen und erklärt, sich in die russischen Angelegenheiten nicht einzumischen. Verschiedene Delegierte forderten, nicht gegen den Bolschewismus Stellung zu nehmen, dies lehnte die Konferenz ab.⁶

Die Gründung der IASP

Nachdem die II. Internationale sich unter Ausschluß der Linken und Zentrumsparteien neu formiert hatte, fand im Februar 1921 die Gründungskonferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, der zentristischen Parteien, statt. Die Konzeption der IASP (und damit ihre Hoffnungen auf eine entscheidende Rolle bei der Vereinigung von II. und III. Internationale) beruhte darauf, daß die »verwirrende Mannigfaltigkeit der objektiven Bedingungen des Klassenkampfes die Hauptursache der Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten innerhalb des internationalen Proletariats«⁷ wäre. Die Konferenz betonte daher die russische Spezifik und warnte vor einem schematischen Nachahmen und Verallgemeinern »der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution«.⁸ Diese Position war weitgehend durch Otto Bauer geprägt, der aus der Oktoberrevolution zugleich neue Möglichkeiten für die Arbeiterklasse und den Sozialismus ableitete. Neben der bekundeten Solidarität, Sowjetrußland mit aller Kraft gegen die internationale und russische Reaktion verteidigen zu wollen, trat die IASP für Wirtschafts- und diplomatische Beziehungen kapitalistischer Staaten mit Sowjetrußland ein.

Die drei Internationalen

Die Konferenz von II. Internationale, IASP und Komintern im April 1922 – sie verhandelte über einen Arbeiterweltkongreß als Schritt zur internationalen Arbeitereinheit – akzeptierte als gemeinsame Position, die Intervention kapitalistischer Regierungen gegen Sowjetrußland abzulehnen, plädierte »für die russische Revolution« und forderte die Aufnahme von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten zu Sowjetrußland.⁹ Zugleich sollten eine internationale Untersuchung der Lage in Georgien erfolgen, im Moskauer Prozeß gegen 47 Sozialrevolutionäre Beobachter zugelassen und keine Todesurteile gefällt werden. Weitergehende Forderungen der II. Internationale, wie nach Selbstbestimmung für die Ukraine, Armenien und Georgien, wurden nicht aufrechterhalten.

9 Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Wien 1922, dort v. a. Gemeinsame Erklärung der drei Exekutiven (S. 47).

Die Gründung der SAI

Auf der Gründungskonferenz der SAI im Mai 1923 traten zwischen verschiedenen sozialdemokratischen Parteien die Gegensätze, die in der Bewertung der sowjetrussischen Entwicklung weiter bestanden, deutlich hervor.¹⁰ Bauer, der in seinem Referat die gegenwärtige »bolschewistische Phase« der Revolution in Rußland kritisierte, hielt daran fest, daß die russische Revolution gegen konterrevolutionäre Interventionen verteidigt werden müsse. Er sprach den imperialistischen Regierungen das Recht ab, sich in »ihrem konterrevolutionären Kampf gegen die Sowjetregierung auf die Demokratie und Menschlichkeit zu berufen«, da Terror und Unterdrückung ihre eigenen Waffen seien. Abramowitsch, der die Revolution als »erfolgreiche Bauernrevolution« und »mißlungene proletarische Revolution« charakterisierte, stellte heraus, daß Rußland für die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und den Sozialismus noch nicht reif sei; die »despotische Diktatur einer Partei« habe Rußland zu einer »Gefahr für die Demokratie und Freiheit der ganzen Welt« gemacht. Die von Abramowitsch entworfene Resolution »Über Rußland« verurteilte die Verfolgung von Sozialisten, bekundete Sympathie mit »allen sozialistischen Opfern des bolschewistischen Terrors« und forderte – die Sowjetregierung an »ihren proletarischen Ursprung« mahnend – einen »Verzicht auf das System der terroristischen Parteidiktatur und Übergang zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des Volkes«.¹¹

10 Zur Konferenz vgl. Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923; zu Bauer, S. 22ff., zu Abramowitsch, S. 32ff.

Die Parteien der IASP brachten in die SAI eine differenzierte, zwar solidarische, aber doch auch kritische Positionsbestimmung zur Oktoberrevolution und der auf ihr basierenden Entwicklung ein. Eine einstimmig angenommene Resolution zur internationalen Lage – maßgeblich von ihnen beeinflusst – lehnte wiederum jede Form der Intervention kapitalistischer Regierungen gegen die Sowjetunion ab und forderte die Aufnahme von diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion.

11 Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 14; zur nachfolgend genannten Resolution (mit vollem Titel »Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion«) ebenda, S. 12.

Diktatur und Demokratie. Die SAI-Kongresse 1925 und 1928

Kautsky hatte in seinem im Mai 1925 veröffentlichten Memorandum »Die Internationale und Sowjetrußland« jede Solidarität mit

12 K. Kautsky: Die Internationale und Sowjetrußland, Berlin 1925.

13 Die Diskussion wurde insbesondere in der theoretischen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, »Der Kampf«, geführt.

14 Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille, 22. bis 27. August 1925, Berlin 1925, u. a. S. 331ff., 362ff.; Der Kampf (Wien), 8-9/1925.

15 O. Bauer: Der Kongreß in Marseille, in: Der Kampf, 8-9/1925, zit. nach Werksausgabe, Bd. 9, S. 102.

Sowjetrußland abgelehnt und direkt Aufstände befürwortet. Er sah in der Sowjetmacht den gefährlichsten Feind des Proletariats, schlimmer noch als das infame Regime Horthys in Ungarn und Mussolinis in Italien. Sie könne wie jeder Militärdespotismus nur durch Gewalt abgelöst werden, die SAI dürfe daher nicht von vornherein jeden Aufstand als konterrevolutionär verurteilen und ihren Mitgliedern nicht verbieten, an solchen teilzunehmen.¹²

In der Presse und auf dem Marseiller SAI-Kongreß 1925 traten u.a. T. Dan (Menschewiki), O. Bauer und S. Kunfi (Ungarn) gegen Kautsky und für das Beibehalten der Losung »Hände weg von Sowjetrußland« auf.¹³ Bauer kehrte hervor, wer wie Kautsky Aufstände in Rußland befürworte, werde zu einem »Werkzeug der kapitalistischen Mächte.« Kautskys Position, unterstützt von den Delegierten der georgischen Mitgliedspartei der SAI und den Sozialrevolutionären, konnte sich gegen Bauer, flankiert von den Menschewiki, nicht durchsetzen und fand in der SAI keine Zustimmung.¹⁴ Für Bauer wurde die erstmals im Frühjahr 1920 in der Arbeit »Bolschewismus oder Sozialdemokratie« formulierte Auffassung immer bestimmender, daß Rußland zum Schauplatz der gewaltigsten proletarischen Revolution geworden ist, daß erstmals der Versuch unternommen werde, die kapitalistische Organisation der Gesellschaft zu zertrümmern und eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Er betrachtete die Bolschewiki als eine vom Proletariat gestützte, »unzweifelhaft revolutionäre und sozialistische Partei«; aus der Gemeinschaft des Sozialismus gehe daher trotz aller Gegensätze »eine relative Gemeinschaft der Interessen hervor.«¹⁵ Seit Mitte der zwanziger Jahre hielt er eine sozialistische Entwicklung der Sowjetunion für möglich, die mit allmählicher Demokratisierung in Wirtschaft und Politik einhergehen müsse.

Bauer und die sich um ihn gruppierenden Kräfte sahen in der bolschewistischen Theorie und Praxis eine den russischen Bedingungen entsprechende Variante marxistischen Denkens und Handelns, die nicht auf die west- und mitteleuropäische Arbeiterbewegung übertragen werden dürfe. Sein Gegenspieler in der SAI war oft Karl Kautsky, der aber mit seiner häufig extrem antisowjetischen Position die SAI weit weniger zu beeinflussen vermochte als Bauer mit seinen differenzierten Einschätzungen. Zugleich einte die in der SAI dominierenden Kräfte mit Kautsky die Auffassung, daß die Theorie und Praxis der Bolschewiki eine Abweichung vom Marxismus bedeute, nicht den unterentwickelten Kampfbedingungen entspreche und daß in Sowjetrußland keine Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus bestünden.

Die Sowjetunion als potentielle Kriegsgefahr

Auf dem Marseiller Kongreß der SAI zeigte sich beim Tagesordnungspunkt »Kriegsgefahr im Osten«, daß die SAI zu keiner einheitlichen Stellungnahme zum Bolschewismus in der Lage war. Eine Resolution unterstellte der Sowjetunion und der Komintern, »die Befreiung der Arbeiter ihnen auf den Spitzen der Bajonette siegreicher roter Armeen« bringen zu wollen, und »daß es eines neuen Weltkriegs bedürfe, um die Weltrevolution

herbeizuführen«. ¹⁶ Einer Minderheit von 12 Parteien war dies zu schwach, sie hätte »eine stärkere Betonung, ein stärkeres Wort gewünscht zur Kennzeichnung dieser Gefahr«. ¹⁷ Zugleich wurde dem linken Flügel der britischen Labour vorgeworfen, dem Bolschewismus unkritisch gegenüberzustehen und unbewußt die Geschäfte der bolschewistischen Kriegsvorbereitung zu besorgen. Die Bevölkerung der Sowjetunion forderte der Kongreß auf, der aggressiven Politik der eigenen Regierung entgegenzutreten und sich für eine Demokratisierung des Regimes einzusetzen, nur durch den Abbau der Diktatur könne die Kriegsgefahr gemindert werden. Auch später, so auf dem Kongreß 1928, bekräftigte die SAI diese Position. ¹⁸ Als Herde der Kriegsgefahr galten nur Länder ohne Demokratie, wie Italien und Sowjetrußland. Damit hatte die SAI die Problematik Demokratie oder Diktatur verkürzt auf die Frage Frieden oder Krieg übertragen – tendenziell bedeutete dies, Demokratie mit Frieden, Diktatur mit Kriegsgefahr zu identifizieren.

Im Zeichen des Totalitarismus

Auf dem Kongreß der SAI 1928 dominierte unter dem Tagesordnungspunkt »Die weltpolitische Lage und die internationale Arbeiterklasse«, Faschismus und Bolschewismus faktisch gleichzusetzen. ¹⁹ Der Kommunismus wurde als Feind und nicht als Bundesgenosse betrachtet. Der Italiener Turati erklärte z.B., der Faschismus sei der Plagiator des Bolschewismus, nicht nur die Reaktion auf den Bolschewismus, sondern das Wesen des Bolschewismus selbst. In der Resolution des Kongresses beschloß die SAI, »mit aller Kraft« gegen die Diktatur zu kämpfen, »welche Gestalt immer diese Diktatur annehme«. Auch nach 1933, sowohl unmittelbar nach Hitlers Machtantritt und verstärkt wieder seit den Moskauer Prozessen, blieb diese Position dominierend. So schrieb im Sommer 1933 der damalige SAI-Präsident Vandervelde (Belgien), daß der totale Staat Hitlers zu denselben Konsequenzen führe wie der totale Staat Stalins oder Mussolinis. ²⁰ Durch das Totalitarismus-Schema verstellte sich die SAI vielfach den Blick auf die faschistische Gefahr.

Nationale Frage und Selbstbestimmung

Die Forderung nach Selbstbestimmung für die Völker Sowjetrußlands, ausgelöst durch die Ereignisse in Georgien, wurden nach der Konferenz der drei Internationalen von 1922 in der SAI – so in den Resolutionen zu Armenien oder zu Georgien vom Februar 1924 – permanent vertreten. Georgien galt der SAI als das »erste Opfer des Sowjetimperialismus«. ²¹ In Resolutionen forderte die SAI-Exekutive im Mai 1930 »das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, die derzeit in der Sowjetunion vereinigt sind«. Gleichzeitig verlangte die SAI von ihren Mitgliedsparteien, durch den Kampf »für ihre nationalen Ziele« nicht allgemeine Interessen der Arbeiterbewegung, der Demokratie und des Friedens zu gefährden. Das Entstehen eines weißen konterrevolutionären Regimes sei ebenso zu verhindern wie eine wirtschaftliche Desorganisation, Bürgerkrieg oder ein Bündnis mit konterrevolutionären, ausländischen Kräften.

16 Zweiter Kongreß..., S. 363.

17 Ebenda, S. 341.

18 Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 5. bis 11. August 1928, Zürich 1928, Bd. 2, S. IX 3, 6 f.

19 Vgl. dazu und dem folgenden ebenda, S. VI 48ff., 114ff.; zu Turati auch S. VII 49, zur Resolution S. IX 6.

20 E. Vandervelde: Die nächsten Aussichten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, in: Der Kampf, 8-9/1933.

21 Zweiter Kongreß..., S. 43; zum folgenden Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis 1. August 1931, Zürich 1932, S. 92 f., 94, 131.

Der erste Fünfjahrplan

Der erste sowjetische Fünfjahrplan wurde in der SAI unterschiedlich bewertet, eine offizielle Stellungnahme vermied sie. Doch dominierte die Ansicht, daß er eine Illusion sei, unvermeidlich scheitern müsse und keinesfalls zu einem sozialistischen Aufbau führen könne. Kautsky attackierte die Sowjetunion und den Fünfjahrplan scharf in seiner Arbeit »Der Bolschewismus in der Sackgasse«, in der er von einer »faschistischen Entartung des Bolschewismus« sprach und den Standpunkt der SAI kritisierte.²² In der Sowjetunion gebe es keine Revolution mehr zur verteidigen, der Bolschewismus sei selbst die Konterrevolution. Kautskys Angriffe, unterstützt u.a. von den Exil-Menschewiki Abramowitsch und Jugow, richteten sich in der SAI zugleich an die Adresse Otto Bauers.

Bauer hatte (vor allem in »Rationalisierung und Fehlrationalisierung« 1931) im Fünfjahrplan ein wichtiges Element eines sozialistischen Aufbauwerks erblickt – jeder Fortschritt trage zum Gelingen des Sozialismus bei und stärke die Arbeiterklasse. Bauer zeigte sich beeindruckt von wirtschaftlichen Erfolgen des Plans, von der Industrialisierung, der Kollektivierung und dem steigenden Lebensniveau. In den angewandten Formen und Methoden, einer »terroristischen Diktatur«, der forcierten Entwicklung und des Beschränkens von Freiheitsrechten sah er große Gefahren. Die britische Unabhängige Arbeiterpartei (ILP) feierte auf ihrer Jahreskonferenz 1931 den Plan als Erfolg. Noch prononcierter forderte der österreichische Linksozialist Max Adler, die russische Revolution zur Sache der Sozialdemokratie zu machen.²³

Eine Zwischenposition nahm der Sekretär der SAI, Friedrich Adler ein, der im Fünfjahrplan vor allem ein Nachholen der ursprünglichen Akkumulation sah, die auf Kosten der Bauernschaft zum Staatskapitalismus und nicht zum Sozialismus führe. Die Sowjetunion sei in einer politischer Zwangslage, da die erhoffte Weltrevolution gescheitert sei. Er schätzte ein, daß die Mehrheit der SAI auf dem Standpunkt stehe, daß »unter und trotz aller gegebenen Umstände die Erhaltung und Förderung der Sowjetunion unsere Pflicht«²⁴ sei; ein negativer Ausgang des bolschewistischen Experiments würde sich auch für die Sozialdemokratie negativ auswirken.

Aktionseinheit, Faschismus und Sowjetunion

Die Einschätzung der Sowjetunion stand in engem Zusammenhang mit der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den kommunistischen Parteien. Das zeigte sich exemplarisch besonders in den Jahren 1933 - 1935. Unter dem Eindruck der faschistischen Offensive kam es in diesen Jahren zu verschiedenen Kontakten und Angeboten einer Zusammenarbeit von Komintern und SAI.²⁵ Schließlich willigte die SAI-Führung – nach vorherigem Verbot und bei weiterer Ablehnung eines Zusammenwirkens von SAI und Komintern – ein, daß ihre Mitgliedsparteien über eine Aktionsgemeinschaft selbst entscheiden sollten. Zu den Bedenken gehörten vor allem, daß für die Kommunisten die Einheitsfront nur ein Manöver sein könne und sie im Interesse sowjetischer (außenpolitischer)

22 K. Kautsky: Der Bolschewismus in der Sackgasse, Berlin 1930; A. Jugow: Der Fünfjahrplan, Berlin 1931; R. Abramowitsch: Revolution und Konterrevolution in Rußland, in: Die Gesellschaft (Berlin), 12/1930; vgl. zur Diskussion auch weitere in der SPD-Zeitschrift »Die Gesellschaft« veröffentlichte Beiträge dieser Zeit.

23 Vgl. Zum obigen O. Bauer: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Erster Band. Rationalisierung – Fehlrationalisierung, Wien 1931 (abgedruckt in Werksausgabe, Bd. 3) ; M. Adler: Zur Diskussion über Sowjetrußland, in: Der Kampf, 5/1932, 7/1932.

24 F. Adler an K. Kautsky, in: Der Kampf, 1/1933, S. 61.

25 Grundsatzdebatten, um ihre Haltung zu den Kommunisten festzulegen, führten die Führungsgremien der SAI im Februar/März 1933, (auf der Pariser Konferenz der SAI) im August 1933, im Mai und November 1934 sowie im August und Oktober 1935.

Interessen agierten. Die Motive jener Kräfte in der SAI, die national oder international für eine Aktionseinheit mit Kommunisten sowie für ein Bündnis westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien (insbesondere der britischen Labour Party und der französischen SFIO) mit der Sowjetunion, für eine »Einheitsfront in der Weltpolitik« eintraten, richteten sich darauf:

die Kriegsgefahr über alle Gegensätze hinweg zu bekämpfen und einen neuerlichen Weltkrieg zu verhindern;
die russische Revolution zu verteidigen;
den Kampf gegen den internationalen und vor allem den deutschen Faschismus erfolgreich zu führen.

Ihre Position resultierte daraus, daß sie einerseits von Faschismus, Krieg und Reaktion ausgehende Gefahren erkannten, andererseits – namentlich die Linkssozialisten unter ihnen – in dieser Zeit die Sowjetunion als »Bollwerk« der internationalen Arbeiterbewegung und entscheidenden Faktor zum Eindämmen der Kriegsgefahr und zur Überwindung des Faschismus sahen.

Falls der Krieg trotzdem ausbrechen sollte...

Vom Sommer 1935 bis Herbst 1936 fand in der SAI eine Debatte über ihre Haltung im Kriegsfall statt, die zwangsläufig auch die Stellung zur Sowjetunion thematisierte. Die von O. Bauer, T. Dan und J. Zyromski verfaßten Thesen »Die Internationale und der Krieg« nahmen zum Ausgangspunkt, daß dem Gesamtinteresse des Proletariats alle nationalen Sonderinteressen unterzuordnen seien, ein Bündnis und die Überwindung der Gegensätze zwischen dem demokratischen Sozialismus des Westens und dem revolutionären Sozialismus des Osten notwendig wäre. Sie bekannten sich vorbehaltlos zur Verteidigung der Sowjetunion, standen damit aber fast isoliert.²⁶ Der Franzose Blum wollte keine vorherige Festlegung für den Kriegsfall, lehnte auch eine unbedingte Unterstützung der Sowjetunion ab, weil nicht nur ein Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion denkbar sei. Die dänische und die niederländische Partei wandten sich dagegen, daß die Arbeiterklasse sich im Kriegsfall unbedingt auf die Seite der Sowjetunion stellen müsse, dafür sie kein »so unbeschränktes Vertrauen in die Politik Sowjetrußlands bestehe« und in einem Krieg zu den Verbündeten der Sowjetunion das faschistische Deutschland und Italien zählen könnten. Die georgischen und ukrainischen Emigrantenparteien, die der SAI angehörten, lehnten jegliche Unterstützung für die Sowjetunion ab. Die SAI fand keine einheitliche Linie, welche Position ihre Mitgliedsparteien im Kriegsfall (und insbesondere gegenüber der Sowjetunion) einnehmen würden.

Die Moskauer Prozesse

Die Moskauer Prozesse stellten eine schwere Belastung dar: Die Gegner einer Aktionseinheit sahen sich bestätigt, für die Befürworter der Einheitsfront türmten sich neue Zweifel und Hindernisse auf. Die Prozesse behinderten eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die in einigen Ländern zögerlich begonnen hatte, und verstärkten eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion, wobei das volle Ausmaß der

26 Vgl. O. Bauer, T. Dan, J. Zyromski: Die Internationale und der Krieg. Wien 1935; L. Blum: Die Internationale und der Krieg, in: Circular 93/35 (Brüssel); Circular 56/36.

Repressalien, Verfolgungen und Verbrechen nicht bekannt war. Sie lösten eine scharfe Welle der Kritik sozialdemokratischer Parteien aus; deren Protest richtete sich auch gegen die kommunistischen Parteien ihrer Länder, die die Prozesse rechtfertigten. Die SAI und ihre Parteien waren aber – im Unterschied zu den Prozessen gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre in früheren Jahren – nicht dazu bereit, sich für die Verteidigung der Angeklagten zu engagieren. Die SAI-Exekutive bedauerte im September 1936 in einer Erklärung die Prozesse, verlangte Garantien für einen juristisch einwandfreien Ablauf und den Verzicht auf Todesstrafen.²⁷

Nur vereinzelt gab es – so aus den Reihen deutscher und österreichischer Linkssozialisten – Bewertungen, daß die stalinistischen Säuberungen nicht das Wesen der sowjetischen Gesellschaft betreffen; doch auch solche Auffassungen verurteilten den stalinschen Terror.

Weitgehende Einigkeit bestand darin, so auch in Stellungnahmen vom Vorsitzenden der SAI, L. Brouckère, oder von O. Bauer, die Richtigkeit der in den Prozessen gegen Kamenew, Radek, Bucharin, hochrangige Militärführer und andere führende Partei- und Staatsfunktionäre vorgebrachten Anklagen des Staatsanwaltes zu bezweifeln und die Selbstbeschuldigungen der Angeklagten nicht zu glauben.

Otto Bauer konstatierte dennoch, daß der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion vollkommener sei, als er 1931 erwartet habe, was auch die Ansichten über die Wege zum Sozialismus beeinflussen müsse.²⁸ In seiner Arbeit »Zwischen zwei Weltkriegen« und in einem Artikel zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution hob er die soziale Revolution in Rußland als weltgeschichtlich bedeutend hervor, da Kapital und Großgrundbesitz enteignet worden, eine gewaltige Industrie entstanden, die Bauernwirtschaft kollektiviert, der Analphabetismus zurückgedrängt und das Kulturniveau gehoben worden seien. Dabei zeichnete er kein idealisiertes Bild der sowjetischen Gesellschaft, sondern verurteilte den Stalinismus und seine Erscheinungsformen. Bauer beklagte, daß sich die Diktatur des Proletariats zur »persönlichen Diktatur eines Mannes« deformiert habe, hielt dies aber für eine vorübergehende Erscheinung, die das Fundament des Sozialismus nicht antaste. Für ihn blieb die Kritik an der Sowjetunion eine »Kritik innerhalb der Gemeinschaft des Sozialismus, auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus.« Gegen die kapitalistisch-faschistische Welt sei die Sowjetunion weiterhin der mächtigste Bundesgenosse und die stärkste Bürgerschaft des Sieges. »Wie immer wir uns über die inneren Probleme des Sozialismus mit ihr auseinandersetzen: Gegen die Welt des Kapitalismus und des Faschismus, gegen jeden Angreifer, der sie bedroht, muß das Proletariat der Welt zu ihr stehen – vorbehaltlos, bedingungslos, entschlossen, sie zu verteidigen und zum Siege zu führen«²⁹. Vom Gelingen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion hänge die Zukunft des Weltsozialismus ab. Im »integralen Sozialismus« müsse ein Sozialismus auf höherer Ebene entstehen; er sollte die kommunistische und sozialdemokratische Strömung einen, in sich sowohl reformistischen als auch revolutionären Sozialismus aufnehmen.

27 Vgl. Internationale Information (Brüssel), 29.9.1936, S. 319; Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen (Brüssel), 21.8., 25.8., 20.10.1936, S. 45, 47, 55ff., 22.1. 1937, S. 2

28 O. Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936, in: Werksausgabe, Bd. 4; O. Bauer: Nach zwanzig Jahren, in: Der Kampf, 11/1937, in: Werksausgabe, Bd. 9, S. 782ff.

29 O. Bauer: Nach zwanzig Jahren, ebenda.

Der Nichtangriffspakt und das Ende der SAI

Im Januar 1939 debattierte die SAI-Exekutive nochmals über Demokratie und Diktatur, gegensätzliche Positionen waren deutlich festgefahren. Der Franzose Zyromski betrachtete eine Diktatur des Proletariats für historisch erforderlich, um den Widerstand des Kapitalismus zu brechen. Friedrich Adler hielt sie hingegen nur unter bestimmten Bedingungen für gerechtfertigt. Albarda, Gillies und Hilferding leiteten aus den Erfahrungen seit 1917 ab, daß auch in einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus keine Notwendigkeit für eine Diktatur bestünde, zumal auch eine Übergangsdiktatur nicht zur Demokratie führe.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von August 1939 verstärkte unter den Sozialdemokraten die seit den Terror-Prozessen angewachsene Kritik an der Sowjetunion. Der Vertrag stieß auf Unverständnis und Ablehnung. In den sozialdemokratischen Parteien wurden Kampagnen geführt, die auch Vertreter linker Parteiflügel einschlossen, die bisher nachdrücklich für ein Bündnis mit der Sowjetunion eingetreten waren. Die SPD-Führung sah sich in ihrer Ablehnung jeglicher Kontakte zu Kommunisten und ihrer Einschätzung der Sowjetunion als totalitäre Diktatur bestätigt.

Die SAI-Führung nahm weder zum Nichtangriffsvertrag noch zum Kriegsausbruch Stellung. Als sie im Februar 1940 zu ihrer – letzten – Exekutivtagung zusammenkam, machte sie kaum einen Unterschied zwischen der Sowjetunion und Deutschland, beide Diktaturen bedeuteten Krieg.³⁰ Bereits handlungsunfähig, da über alle grundsätzlichen Fragen der internationalen Politik zerstritten und faktisch bereits zu einem »Informationsbüro« demissioniert, trat die SAI für eine klare Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion ein. Der Einmarsch deutscher Truppen im Mai 1940 in Belgien, wo zuletzt die Exekutive der SAI ihren Sitz hatte, brachte das Ende der SAI.

Beim Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 existierte sie nicht mehr. Sozialdemokratische Stellungnahmen zur Sowjetunion beschäftigten sich nun vor allem mit der weiteren Rolle der Sowjetunion im Krieg und bei der Gestaltung einer Nachkriegsordnung – größtenteils mit ablehnendem Tenor. – Der Streit um Schlüsselfragen, der erstmals bei der Einschätzung der Oktoberrevolution und der Sowjetunion ausgebrochen war, brach nicht ab. Demokratie oder Diktatur, Weg und Wesen einer sozialistischen Gesellschaft, Möglichkeit und Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien standen unter historisch neuen Bedingungen auf neue Weise erneut auf der Tagesordnung.

30 Internationale Information, 18. 1. 1939, S. 15ff., Dokumente und Diskussionen, 3/1939, S. 32ff.

ANDREAS SCHÜLER

Die Zeitsummenmethode von Fritz Behrens und das Problem der Aggregation von Gebrauchswerten

Als Fritz Behrens 1946 zur Wahrnehmung eines Lehrstuhls für Statistik und Politische Ökonomie an die Universität Leipzig berufen wurde, war er wohl der einzige, der durch seine Biographie zu jenem Zeitpunkt für eine solche Aufgabe an einer ostdeutschen Universität in Frage kam.¹ Gerade diese seine Vorbildung und die Verbindung von (Marxscher) politischer Ökonomie und Statistik prägten auch die späteren wissenschaftlichen Arbeiten von Behrens. Anerkannt oder diffamiert hinterließen sie zweifellos prägende Spuren im ökonomischen Denken der DDR.² Als Theoretiker folgte Behrens dabei Marx mit seiner Konzentration auf die zentrale Kategorie der (produktiven) Arbeit, mit der Bearbeitung des Problemkreises »Ware – Wert – Arbeitsproduktivität«; als Statistiker entwickelte er folgerichtig die Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität.

Bekanntlich erweisen sich Meßverfahren als kritische Schnittstellen für zuverlässige wissenschaftliche Aussagen. In kaum einer Wissenschaftsdisziplin trifft das in so gravierendem Maße zu wie in der Ökonomie. Jahr für Jahr stellen mit unverdrossenem Ernst Statistiker in aller Welt volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen an, obwohl inzwischen die Spatzen von allen Dächern pfeifen, daß es nichts irreführenderes gibt als die Rechengröße Sozialprodukt. So lohnt es sich, einen Blick zurückzuwenden, um möglicherweise etwas für die Vorausschau zu gewinnen.

In der Tat dürfte für die Entwicklung der Zeitsummenmethode das Zusammenfallen von drei – subjektiven wie objektiven – Umständen entscheidend gewesen sein. Von den subjektiven Voraussetzungen, die Behrens dafür mitbrachte, war schon die Rede.

Zurückblickend erscheint mir das zugrundeliegende Problem sowohl aus historischen, als auch aus methodischen Gründen bedeutsam. Was die historische Situation betrifft, mußte sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten mit den besonders in Ostdeutschland verheerenden Kriegsfolgen die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Schlüsselproblem für die Überwindung der Not darstellen. Die Höhe der Arbeitsproduktivität, wie immer fiktiv kalkuliert, blieb – zu Recht oder Unrecht – bis zum bitteren Ende der DDR die Meßlatte in der Systemauseinandersetzung. Ihre zuverlässige Messung geriet mindestens offiziell zu einem Anliegen von zentraler Bedeutung.

Arbeitsproduktivität definiert sich als das Verhältnis einer bestimmten produzierten Gütermenge zu dem dafür erforderlichen

Andreas Schüler – Jg. 1921,
Prof. em. Dr. sc. oec.,
Ilmenau. Nach Rückkehr
aus der Emigration
(Großbritannien) Studium
der Wirtschaftswissen-
schaften an der Humboldt-
Universität zu Berlin
1948 bis 1951,
anschließend Mitarbeiter
am Institut für Politische
Ökonomie, 1956 bis 1986
Lehre der Politischen
Ökonomie an der
TH Ilmenau.
Arbeitsschwerpunkte:
Technologie, Ökologie,
Ökonomie

Das Bruttosozialprodukt
(BSP) pro Kopf ist ein
nützlicher Maßstab für die
durchschnittliche wirtschaftli-
che Produktivität, mißt für
sich gesehen aber weder
den Wohlstand noch den
Erfolg des Entwicklungs-
prozesses. Es unterscheidet
weder zwischen der Zweck-

Quantum an Arbeit, das – was an sich schon problematisch genug ist – in der Arbeitszeit gemessen wird. In der Regel ist damit nicht eine spezifische individuelle Arbeitszeit gemeint, sondern ein Arbeitszeitaufwand, der in einem gegebenen Umfeld gesellschaftlich – also durchschnittlich – üblich und erforderlich ist. Methodisch erweist sich dieses Verfahren als problematisch, sobald die produzierte Menge qualitativ unterschiedliche Güter zusammenfassen soll.

Für Marx war bekanntlich die Dualität der Ware als Gebrauchswert und Wert, der warenproduzierenden Arbeit als konkrete, Gebrauchswerte schaffende sowie abstrakte, wertbildender Arbeit Angelpunkt seines ökonomischen Theoriegebäudes, was sich gut anhand seines Reproduktionsschemas veranschaulichen läßt:

$$\begin{aligned} \text{I} \quad c_1 + v_1 + m_1 &= \text{PM} \\ \text{II} \quad c_2 + v_2 + m_2 &= \text{KM} \\ C + V + M &= \text{SP} \end{aligned}$$

Dabei versteht sich c (konstantes Kapital) als Summe aus fixen Kapitalkosten plus Vorleistungen, v (variables Kapital) als Arbeitskosten und m (Mehrwert) als Unternehmensgewinn. Das Sozialprodukt (SP) wird in zwei Sektoren untergliedert, Sektor I produziert Produktionsmittel (PM), Sektor II Konsumtionsmittel (KM). In heutiger mathematischer Sprache, von der Marx nichts wissen konnte, handelt es sich um eine stark – eben auf zwei Zeilen – reduzierte Matrix, wobei der Dualismus der Ware deutlich wird: Die Spalten bezeichnen Wertbestandteile, die Zeilen gliedern sich nach Typen von Gebrauchswerten, Güterklassen.

Marx selbst hat das Reproduktionsmodell potentiell auf vier Sektoren erweitert³, obwohl methodisch genial, bleibt jedoch seine »handwerkliche« Rechnerei mühsam und nicht immer nachvollziehbar. Vermutlich ist es kein Zufall, daß es mit Wassily Leontief ein ursprünglich sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler war, der mit seinen Input-Output-Matrizen diesen Grundgedanken zu Viel-Sektoren-Modellen ausweitete, die Natural- und Geldgrößen verknüpfen, indem unterschiedliche Produktionszweige ihre verschiedenartigen Erzeugnisse auf Preisbasis austauschen.

Geht man indessen den umgekehrten Weg mit dem Versuch, die Wirtschaft zu einem Ein-Sektoren-Modell aggregiert darzustellen, wie das in der erwähnten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geschieht, gerät man in Kollision mit der Inkommensurabilität unterschiedlicher Gebrauchswerte bzw. ihrer Träger.

Für die kapitalistische Wirtschaftswissenschaft erwies sich das höchstens als Randproblem. Solange Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Erfolg am Kapitalertrag, also sowieso in der abstrakten Gelddimension bewertet wird, gilt der Gebrauchswert nur als Träger von Wert. Dies sollte aber in einer sozialistischen Wirtschaft anders werden, in der produziert würde, um Bedürfnisse zu befriedigen. Die Wertrechnung sollte den dafür notwendigen Aufwand transparent machen und minimieren.

Um die Produktion unterschiedlicher und damit unvergleichbarer Güter zusammenzufassen, bedarf es einer allen gemeinsamen

bestimmung und der Endverwendung eines bestimmten Produkts, noch besagt es etwas darüber, ob es lediglich einige natürliche oder sonstige Nachteile ausgleicht oder die Wohlfahrt beeinträchtigt oder steigert. Allgemeiner betrachtet, werden die mit der Umwelt zusammenhängenden Kosten und Erträge vom BSP nicht adäquat erfaßt, insbesondere diejenigen, die mit der Verwendung natürlicher Ressourcen verbunden sind.

Vom Plan zum Markt.
Weltentwicklungsbericht
1996, S. 258f.

Das Statistische Bundesamt bestätigt in seiner ›umweltökonomischen Gesamtrechnung‹ die beträchtliche Zunahme des Naturverbrauchs in Deutschland in den vergangenen fordistischen Jahrzehnten. Seit 1960 hat sich die Wohnfläche im Zuge der Individualisierung auf 38 qm pro Person fast verdoppelt. Die Zunahme der Mobilität drückt sich darin aus, daß jeder Bundesbürger 1993 mit rund 10.000 km etwa dreimal so viel Auto gefahren ist wie 1960. Der Rohstoffverbrauch ist um 65 %, der Primärenergiekonsum um 85% gestiegen...

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 525 (Fußnote 16).

Die modernen (kapitalistischen) Gesellschaften befinden sich vor der unerfreulichen Alternative, über ein ausgeklügeltes monetäres, ökonomisch höchst effizientes Steuerungssystem mit Marktpreisen zu verfügen, das aber ... tragischerweise ungeeignet ist, Regeln für den Stoffwechsel mit der Natur und für die dabei erzeugten globalen ökologischen Probleme anzubieten. (...) Dafür ist eine Reihe von Gründen maßgebend. Erstens ist eine vollständige Internalisierung externer (ökologischer) Kosten ... ausgeschlossen: Stoffliche und energetische Transformationsprozesse sind irreversibel und hinterlassen dissipative Strukturen, die auch bei vollständiger Kostenkalkulation nicht revidiert werden können. (...) Ein zweiter Grund hat damit zu tun, daß die Marktpreisbildung unter den obwaltenden Marktbedingungen gar nicht zu ›richtigen‹ Preisrelationen führen kann. (...) Obendrein ist drittens der zentrale, weil die Budgetrestriktion des Geldes ausübende Preis einer kapitalistischen Geldwirtschaft, der Zins nämlich, eine höchst unzuverlässige Variable... (...) Die Bildung des Zinssatzes ist zwar ökonomisch rational... Wenn aber die Höhe des Zinses sich von den realen Bedingungen der Überschußproduktion löst und vor allem die Höhe des Risikos von Ausleihungen reflektiert, kann er nicht ökologisch und sozial ›richtig‹ sein und rationale

Rechengröße, die homogen ist und in sinnvoller Weise wirtschaftlich wesentliche Aufwände abbildet. Prinzipiell bieten sich somit als abstrakte Maßstäbe zur Aggregation unterschiedlicher Gebrauchswerte drei beliebig teilbare Meßgrößen an: Geld (Preise), Arbeitszeit, Energie.

Der Nachteil der Preise besteht in ihrer Irrationalität. Natürlich ist mir bewußt, wie sehr diese Aussage gegen alle Annahmen verstößt, die der reinen Marktlehre zugrunde liegen, die sich auf den Markt als einzig unbestechlichen Bewerter von Warenbeziehungen beruft. Das einigermäßen gründlich zu widerlegen, müßte den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Es mag folgende allgemeine Aussage genügen: Alles, was bezahlt wird, also jedes Erwerbs- und Vermögenseinkommen, erhöht nach dieser Fehlrechnung das Sozialprodukt um den bezahlten Betrag – ob zum Nutzen oder Schaden –, während umgekehrt alles, was unbezahlt getan wurde, wie nützlich oder schädlich es auch immer war, nicht als wirtschaftlich bewertbare Leistung anerkannt wird. Schon gar nicht bewertbar ist damit ein Verbrauch (oder die Schädigung) von Naturgaben, insofern noch keine Arbeit zu ihrer Beschaffung geleistet wurde oder ein Eigentumsanspruch an ihnen geltend gemacht werden konnte. Die in der Umweltdebatte häufig geäußerte Forderung nach Internalisierung externer Kosten scheidet, wo Kosten weder anfallen noch kalkuliert werden können. Das gilt auch für den üblichen Kunstgriff, den Substitutionsaufwand an die Stelle der Reproduktionskosten zu setzen, wenn die Reproduktion einer Ressource an ihre natürliche Grenze stößt. Denn für den Verlust biologischer Arten mit ihren genetischen Informationen oder von Kulturen gibt es keinen (monetären) Ersatz.

Es liegt im Wesen der Marxschen Wirtschaftstheorie, daß auch sie Naturgüter nicht bewerten kann. Marx war sich bei der Analyse der kapitalistischen Warenwirtschaft dessen voll bewußt. Er bezeichnet die Naturgaben wiederholt als Gratis-Produktivkräfte für die Unternehmer. Ebenso hat er auch auf die Naturschädlichkeit der kapitalistischen Produktion aufmerksam gemacht.

»Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmiteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit.« (Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, S. 528)

Die Rationalität der Preise in der DDR-Wirtschaft war übrigens kaum optimistischer einzuschätzen. Wollte man folglich Arbeitsproduktivitätsvergleiche anstellen, war das auf Preisbasis nur im Zeitvergleich gleichartiger Erzeugnisse zu unveränderten Preisen möglich. Ähnliche Einschränkung galten für die Naturalmethode, die nur auf Vergleiche von homogenen und gleichartigen Massengütern – Zuckerraffinade, Rohstahl gleicher Qualität, Elektroenergie u.ä. – anwendbar war. Um diese Schranke ebenso zu überwinden wie die Effekte von Preisverzerrungen, entwickelte

Behrens mit seinen Mitarbeitern die Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität, genauer gesagt ihrer Veränderung über die Zeit.

Im Prinzip handelt es sich dabei um einen gewichteten Index des Arbeitszeitaufwands für die Erzeugung unterschiedlicher Gütergattungen, wie sich dieser bei jeder einzelnen Warengruppe im Zeitverlauf verändert. Der Kehrwert des Bruchs ergibt die Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität, wobei über das Zeitmaß eine realistische Aggregation erreicht wird.

Die Zeitsummenmethode entspricht in ihrer Exaktheit der Naturalmethode, schließt Auswirkungen von Preis- bzw. Sortimentsveränderungen aus und gestattet es, im Index unterschiedliche Erzeugnisse zusammenzufassen.

Ein 1981, also kurz nach dem Tod von Behrens, publiziertes Hochschullehrbuch »Arbeitsökonomie« kam zu folgender Wertung:

»Mit der Planung der Arbeitsproduktivität nach Faktoren wird die Bedeutung der Zeitsummenmethode wieder mehr betont, nachdem diese wohl ungerechtfertigt etwas in den Hintergrund getreten war.«⁴

Inzwischen sollte uns allmählich bewußt werden, daß die unentwegte Steigerung der Produktion bei fortschreitender Einsparung von Arbeit in eine soziale wie ökologische Sackgasse führt. Das Kapital spart ausgerechnet an dem, was auf dem Arbeitsmarkt im Überfluß angeboten wird, und tut sich schwer, bei knappen Naturgütern zu sparen. Der Verwertungsdrang des Kapitals stößt an die physische Begrenztheit unserer Lebenssphäre.

Auf dieser neuen Ebene stellt sich das von Behrens seinerzeit gelöste methodische Problem auf neue Art: Wie kommen wir zu einem volkswirtschaftlich meßbaren Ausdruck für eine Effizienzrevolution, die sozialen und ökologischen Anforderungen genügt?

Der Bericht des Rates des Club of Rome von 1991 schlägt die folgende Antwort vor:

»Energie ... ist die Triebkraft der Wirtschaft; Geld ist nur ihr Surrogat. Im heutigen Stadium der Menschheitsentwicklung spricht vieles dafür, eine neue Wirtschaftswissenschaft zu entwickeln, die auf dem Energiefluß basiert.«⁵

Wie bereits bemerkt, besäße die Energie all jene Eigenschaften, die über alle spezifischen Gebrauchswerte hinweg Aggregation ermöglichte; als naturale Größe ist sie gegen subjektive Einflüsse immun. Wenn also aus ökonomischen und ökologischen Erwägungen nicht so vordringlich der Aufwand an Arbeitszeit zum Maßstab der Effizienzbewertung gemacht werden sollte, läge es nahe, den Energieverbrauch an diese Stelle zu setzen.

Wenige dürften wissen, daß die Idee so neu nicht ist. G. A. Feldman, ein Elektroingenieur, der nach der Oktoberrevolution bis 1931 in zentralen Planungsorganen der UdSSR tätig war, publizierte u.a. 1928 zwei Beiträge »Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens«. Darin überlegt er:

»Es scheint, daß uns die Ermittlung des Produktionsumfangs auf Basis des effektiven Energieaufwands in bestimmtem Grade von den Schwierigkeiten und Fehlern, die mit der Anwendung konstanter Preise verbunden sind, bewahren würde.«⁶

Entscheidungen anleiten. Elmar Altvater: Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberlehrlingen, in: PROKLA, Nr. 95, 24(1994)2, S. 204 und 212f.

Ein politisches Programm zum Zwecke der Problemlösung zu entwerfen, ist daher nicht nur zuviel verlangt, sondern überflüssig und vielleicht sogar schädlich, weil es Eindeutigkeit suggeriert, wo Ungewißheit herrscht und Konflikte ausgetragen werden müssen. Was not tut, ist vielmehr eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die nach dieser Diagnose politische Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind. Theoretische Arbeit wird also als politisches Projekt konzipiert und umgekehrt: Wer politisch aktiv sein will, muß sich theoretisch anstrengen.« Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 575.

Ähnlichen Gedanken geht auch Herman Daly nach. Allerdings wenden sich beide, Feldman wie auch Daly, im Endeffekt von dieser Vorstellung ab. Feldman verweist darauf, daß auf diese Weise Einkommen und Verbrauch nicht in die Berechnungen einbezogen werden können. Daly argumentiert abschließend lapidar:

»Den hydrologischen Kreislauf im Vergleich zu Diamanten nach der verkörperten Energie zu bewerten, ist um nichts besser als die Bezugnahme auf den Grenznutzen.«⁷

Vermutlich dürfte es nicht möglich sein, eine Universalformel zu finden, und eine solche Rolle kam auch der Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität nicht zu. Immerhin bleibt zu beachten, daß die Arbeitszeit angesichts einer Massenarbeitslosigkeit im Weltmaßstab nicht mehr als knappes Wirtschaftsgut anzusehen ist. Bei dem Energieverbrauch sind wir zwar nicht auf die Menge angewiesen, die in Diamanten hochkomprimiert gebunden ist; wir sind aber auf die Energiemenge angewiesen, die entweder dauerhaft (»nachhaltig«) von der Sonne einstrahlt oder in der Vergangenheit in wirtschaftlich verwertbaren fossilen Energieträgern akkumuliert wurde. Insofern gewinnt gewiß die Energieproduktivität eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung.

Es reizte mich festzustellen, wie wir unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen methodisch über analoge Fallstricke stolpern, wie jene, aus denen seinerzeit Behrens Auswege ersann. Uns bleibt die Herausforderung, mit gleicher Beharrlichkeit und Kreativität neue adäquate Lösungen zu suchen. Auch wenn wir inzwischen um einige Illusionen ärmer geworden und die anstehenden Probleme komplizierter geworden sind, eines wird immer deutlicher – in der Wirtschaftswissenschaft wird es wohl ohne einen radikalen Paradigmenwechsel nicht abgehen.

Der vorliegende Beitrag wurde in einer nur leicht veränderten Fassung auf dem Walter-Markov-Colloquium zu »Werk und Wirken von Fritz Behrens« am 9. November 1996 in Leipzig vorgetragen.

- 1 Vgl. Steiner, Helmut: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa-Luxemburg-Verein 1996.
- 2 »Die Kategorie ›produktive Arbeit‹ – B. schuf die Grundlagen für die Produktivitätsforschung in der DDR – nahm dabei einen zentralen Platz ein.« – Krause, Werner; Graupner, Karl-Heinz; Sieber, Rolf (Hrsg.): Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 35.
- 3 Marx, Karl: Das Kapital, Zweiter Band, in: Marx Engels Werke, Berlin 1963, S. 401ff. und 420ff.
- 4 Autorenkollektiv: Arbeitsökonomie, Lehrbuch, Berlin 1982, S. 106.
- 5 King, Alexander; Schneider, Bertrand: The First Global Revolution. A Report by the Council of The Club of Rome. The world twenty years after »The Limits of Growth«, London 1991, S. 118.
- 6 Feldman, G. A.: Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens, Berlin 1969, S. 25.
- 7 Daly, Herman E.: Steady-state economics. Second edition with new essays, London 1992, S. 25.

ARNDT HOPFMANN

Fritz Behrens – ein Wissenschaftlerleben zwischen Aufbruch, Anpassung, innerem Widerstand und Resignation

Der Wissenschaftler und Kommunist Fritz Behrens hat während seines Lebens sicherlich viele Klischees bedient. Mit seiner profunden Ausbildung und seinem originellen Denken verkörperte er nach dem Zweiten Weltkrieg geradezu symbolhaft den »neuen sozialistischen Menschen«, der aus einer Arbeiterfamilie stammend, parteipolitisch links in SPD, dann SAP und schließlich KPD engagiert, marxistisch geschult und wissenschaftlich ausgewiesen in die Phalanx der konservativ-bürgerlichen Ordinarien einbrechen und entscheidend zur antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens beitragen sollte. Er war allerdings auch ein sperriger Geist, der schon früh gegen die zunehmende Dogmatisierung und Entdemokratisierung des realen Staatssozialismus anging, gemäßregelt wurde und, nicht ohne Opportunismus, auch – teilweise wenigstens – widerrief. Als schließlich das Neue Ökonomische System Ulbrichts am Widerstand der Moskauer getreuen Gegner um Honecker scheiterte, hat er – schwer erkrankt – resigniert, sich jedoch insgeheim weiter mit dem von ihm mit errichteten Gesellschaftsmodell auseinandergesetzt. Während er aus dem öffentlichen wissenschaftlichen Leben ausgegrenzt wurde, entstanden in seinem letzten Lebensjahrzehnt schließlich jene grundsätzlichen und weitblickenden Essays zur Kritik des Realsozialismus, die erst nach dem Ende der DDR 1992 im Akademie-Verlag unter dem Titel »Abschied von der sozialen Utopie (?)« der Öffentlichkeit zugänglich wurden – wobei das von den Herausgebern ursprünglich vorgesehene Fragezeichen im Titel – den Zeitgeist bezeichnend – vom Verlag weggelassen wurde.

Im 50. Jahr der Wiedereröffnung der Leipziger Universität nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Rosa-Luxemburg-Verein in Leipzig mit großem Engagement und Erfolg im 4. Walter-Markov-Colloquium am 9. November 1996 um die Würdigung des außergewöhnlich wissenschaftlich-schöpferischen aber auch in mancher Hinsicht politisch und persönlich tragischen Lebens des Fritz Behrens (1909-1980) bemüht. Allein die Resonanz spricht für sich: ca. 120 Besucher hörten 11 Referate und beteiligten sich an der leider etwas durch den gedrängten Zeitplan beschnittenen Diskussion.

Wie in Referaten und Diskussion zu Details der Biographie Fritz Behrens' schnell deutlich wurde, hatte Helmut Steiner (Berlin) mit seinen »Notizen zu einer ›Gesellschaftsbiographie‹«, die vorab allen gemeldeten Teilnehmern zugänglich war und aus der von einigen Referenten eifrig zitiert wurde, eine wichtige Vorarbeit geleistet.

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsgebietsschwerpunkt »Transformationsprozesse in einer interdependenten Welt« an der FU Berlin, Mitglied der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

»Fritz Behrens war nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in Zwickau und Leipzig einer der intellektuellen Pioniere des gesellschaftlichen Neubeginns. Er wurde im ersten Jahrzehnt von 1945 bis 1954 zu einem herausragenden Gesellschaftswissenschaftler und potentiell schulenbildenden Hochschullehrer der DDR. Er war Teilnehmer, Akteur und auch Objekt einer großen gesellschaftlichen und intellektuellen Bewegung.« Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa-Luxemburg-Verein 1996, S. 9.

»Trotzkismus, Titoismus, Sozialdemokratismus, Objektivismus, Ignoranz der Sowjetwissenschaft und Verdächtigungen westlicher Geheimdienstverbindungen (nach West-Emigration) waren die Instrumente zur ersten Zurückdrängung, Verfolgung und Kriminalisierung eines namhaften Teils der frühen Vertreter des intellektuell-politischen Neuanfangs nach 1945.«

Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa-Luxemburg-Verein 1996, S. 2.

»Schon nach kurzer Zeit (1956/57 – A.H.) wurde er ... zu einer Symbol-Figur für eine politisch und publizistisch breit angelegte ›Revisionismus‹-Kampagne, die zu einer zweiten ›Marx-Enteignung‹ im politischen und Geistesleben der DDR ausartete. Im Gefolge dessen wurde er aller Funktionen enthoben, politisch kriminalisiert, öffentlich gedemütigt und aus dem weiteren wissenschaftlichen und politischen Leben der DDR weitgehend ausgegrenzt. Gleichzeitig wurde Fritz Behrens in der zweiten Hälfte der 50er und in den 60er Jahren bei den gleichgesinnten Wirtschaftsreformen in der CSSR, Polen, der UdSSR und Ungarn ... zu einer wissenschaftlichen Personifikation für eine marxistische demokratisch-sozialistische Alternative in der DDR.«

Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa-Luxemburg-Verein 1996, S. 18.

Besonders auffällig in den Beiträgen von Gerhard Müller (Leipzig) und Heinrich Seickert (Berlin) verwoben sich persönliche Erinnerung und der übertrieben wehmütig anmutende Rückblick auf die reale DDR in ihrer Projektion auf ein persönliches Schicksal zu einer Art nostalgisch-nebulöser Verklärung, die dem wirklichen Menschen Fritz Behrens kaum gerecht zu werden vermochte. Überhaupt atmeten viele Beiträge des Colloquiums den Geist nachträglicher Bemühungen, dem Geehrten postum eine Heldenaura zu verleihen. Daß der sicherlich ausgezeichnete Wissenschaftler und zeitweilige Leiter der Zentralverwaltung für Statistik der DDR sowohl mutiger Querdenker als auch reuig-opportunistischer Parteisoldat war, dies darzustellen blieb vor allem Uwe-Jens Heuer (Berlin) vorbehalten. Er unterzog sich der Mühe, seine wohl abgewogenen Schlüsse aus der Rekonstruktion der von Behrens ausgelösten Kontroversen – soweit sie in der Literatur dokumentiert sind – zu gewinnen. Behrens hat in den fünfziger und sechziger Jahren eben nicht nur an die Reformierbarkeit des immer stärker dogmatisch erstarrenden Staatssozialismus geglaubt und dafür bewußt gestritten, sondern unter dem Eindruck der an seinen Forderungen nach mehr unmittelbarer Demokratie und wirtschaftlicher Effektivität geübten – ausschließlich ideologisch motivierten – massiven Kritik auch wesentliche Einsichten widerrufen und er hat schließlich am Ende der sechziger Jahre die Hoffnung auf tiefgreifende Reformen im realsozialistischen System ganz aufgegeben.

Den Übergang zur Debatte der wissenschaftlich-theoretischen Leistungen von Fritz Behrens markierte der sehr aufschlußreiche Beitrag von Jörg Rösler (Berlin), der an der widersprüchlichen politischen Karriere des Behrens-Schülers Wolfgang Berger die enge Verquickung von zwar parteilicher, aber der Objektivität verpflichteter Wissenschaft und politisch-ideologischen Dogmen und realen Machtinteressen darzustellen mußte. Der Ulbricht-Berater Berger hat durch seine Nähe zur Macht wahrscheinlich manche Reglementierung seines widerborstigen akademischen Lehrers wenn schon nicht verhindert, so doch zumindest abgeschwächt, aber er hat eben praktisch politisch nicht die Seite vom Versuch der technokratischen Erneuerung des Spätstalinismus via NÖS zur damals vielleicht möglichen demokratisch-sozialistischen Reform des »Prager Frühlings« gewechselt.

Die Arbeitsproduktivität – ihre gesellschaftliche und ökonomische Bestimmung, die ihre Entwicklung beeinflussenden Faktoren und ihre Messung – war der zentrale Bezugspunkt der wissenschaftlichen Arbeiten des Politökonomen und Statistikers Behrens. Die von ihm in den sechziger Jahren zur Messung der Arbeitsproduktivität entwickelte Zeitsummenmethode zur einheitlichen ökonomischen Bewertung unterschiedlicher konkreter Tätigkeiten wurde von Andreas Schüler (Ilmenau) auf ihre Brauchbarkeit zur Lösung aktueller volkswirtschaftlicher Probleme hin befragt. Wie Schüler zeigen konnte, ist Behrens mit seiner Fixierung auf die Messung der Arbeitsleistung zum Endzweck permanenter Steigerung der Arbeitsproduktivität natürlich ein Kind seiner insgesamt technikgläubigen Zeit geblieben. Unter dem Blickwinkel, daß Arbeitskraft eine heute fast unbegrenzt verfügbare Ressource

darstellt, muß aber gerade die Ausrichtung der Technikentwicklung auf Ersparung von lebendiger Arbeit und ihre Ersetzung durch vergenständlichte Arbeit als gravierende Fehlorientierung begriffen werden. Statt dessen käme es darauf an, die wirklich knappen Ressourcen – vor allem den Verbrauch von Energie – ökonomisch zu bewerten und ihre Einsparung zur Orientierung gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung zu machen.

Ob Sozialismus und Marktwirtschaft wirklich unvereinbar sind, diese Frage hielt Horst Richter (Dresden) auch nach den epochalen Ereignissen der letzten Jahre noch für offen. Abgeleitet wurde diese Hypothese in seinem Beitrag – dem etwas mehr kritische Dis-tanz zu den pseudo-theoretischen Konstrukten der »Pol. Ök. Soz.« zweifellos gut getan hätte – aus den Überlegungen von Behrens zur Theorie des Zusammenhangs von zentraler Planung und dem Wirken des Wertgesetzes im Staatssozialismus.

Günter Krause (Berlin) würdigte die Leistung von F. Behrens als Theorienhistoriker, für den nicht nur eine große thematische Breite, sondern auch die ganzheitliche Betrachtung von Theoriengeschichte und Theoriebildung bzw. -entwicklung charakteristisch war. Ein eher betrübliches Beispiel für die Behrenssche Behauptung, daß manche Marxist(inn)en zu einer immanenten Kritik nichtmarxistischer Theorien nicht fähig sind und statt dessen eine »transzendente« Kritik für ausreichend halten, lieferte Eva Müller (Taucha) in ihrem Vortrag zur Bedeutung werththeoretischer Kategorien für die Erklärung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge. Die von ihr ziemlich umstands- und voraussetzungslos in den Raum gestellten Postulate systematischer Defizite »bürgerlicher« Wirtschaftstheorie waren insgesamt nicht nur wenig überzeugend, die Referentin hinterließ auch, was zum Beispiel neuere geldtheoretische Erklärungsansätze der monetärkeynesianischen Schule betrifft, einen einigermaßen uninformierten Eindruck.

Den abschließenden Schwerpunkt der Diskussion bildete das letzte Lebensjahrzehnt von F. Behrens, in dem er nicht nur einen verbündigen »Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie« vorlegte, in dem auch jene bereits erwähnten Essays zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus in den Farben der DDR entstanden. Hier ist dokumentiert, daß Behrens mit dem Scheitern der Ulbrichtschen Reformen – und wohl mehr noch mit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« – auch die Hoffnung auf eine Reformierbarkeit des Gesellschaftsmodells aufgegeben hat –, eine Vision, die er mit dem bekannten ungarischen Sozialismus-Kritiker János Kornai teilte, der ebenfalls aus der Theorie der Wirtschaftsplanung kommen nach Jahrzehnten erfolgloser Suche nach Refomvarianten schließlich diese Illusion aufgegeben hat und zu einem der entschiedensten Kritiker des Realsozialismus avancierte. Den Einstieg in die Debatte über mögliche Grundzüge (demokratisch) sozialistischer Gesellschaften vollzog Günther Reimann (New York), der insbesondere die Position vertrat, daß wirklicher Sozialismus erst jenseits von notwendiger Arbeit und Wertgesetz möglich ist. Eine sozialistische Gesellschaft könne zwar niemals mit jenem, vom modernen Kapitalismus hervorgetriebenen »Industrialismus« koexistieren, aber gerade die

Fritz Behrens: »Es ist erschreckend, wie niedrig das Niveau vieler sozialistischer Ökonomen in ihren Kenntnissen der Geschichte ihrer Wissenschaft ist. Das liegt vor allem daran, daß sie wichtige Werke – das gilt sogar für marxistische Werke – nur aus Auszügen und Zitaten kennen und sie zu einer immanenten Kritik eines nichtmarxistischen Theoretikers unfähig sind, weil sie eine sogenannte »transzendente« Kritik für ausreichend halten.«

Zitiert nach: Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa-Luxemburg-Verein 1996, S. 28.

Im letzten Lebensjahrzehnt beschäftigten Fritz Behrens immer mehr grundlegende Fragen. »Nun wollte er es wissen ... – warum dieser Gesellschaftstyp entgegen eigenen Hoffnungen, Erwartungen, Feststellungen und Anstrengungen in der ökonomischen Effizienz zurückblieb und sich als Gesellschaft nicht weiter demokratisierte. Und da ging es nicht mehr um diese oder jene Verbesserung und Reformen, um diese oder jene subjektive Fehlentscheidung oder verhängnisvolles

Wirken einzelner Politiker, sondern um die Wurzeln und die Gesamtheit des Systems. Mit anderen Worten: jetzt wurde er wirklich zum Revisionisten des ML-Marxismus und darüber hinaus des Leninismus.«

Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Rosa-Luxemburg-Verein 1996, S. 28f.

Technikentwicklung schaffe wichtige Voraussetzungen für einen »Realsozialismus«, der dann natürlich auch ein »realexistierender« sein müsse – deshalb sei ihm (G. Reimann) die Redeweise vom »real-existierenden Sozialismus«, der gar keiner war (!), auch völlig unverständlich.

Ernst Wurl (Leipzig) bemühte sich in seinem Beitrag um eine differenzierte und kritische Sicht auf utopie-theoretische Überlegungen bei F. Behrens. Im Zentrum seiner Argumentation stand insbesondere der instrumentell-pragmatische Ansatz von Behrens, der weniger ein konsistentes theoretisches Konzept darstellt, als vielmehr der Versuch war, die Utopie – auch gegen die dezidierten Anti-Utopisten K. Marx und F. Engels – für den Sozialismus zu retten. Helmut Steiner (Berlin) hatte, wie oben erwähnt, mit seinen kurzen biographischen Notizen zu Behrens bereits vorab ein gewichtiges Scherflein zum Gelingen des 4. Walter-Markov-Colloquiums beigetragen. In seinem Referat stellt er schließlich jene Fragen in den Mittelpunkt, die Behrens der Nachwelt hinterlassen hat, und die noch immer einer befriedigenden Lösung harren. Dabei geht es genau besehen um Fundamentalprobleme der kommunistischen bzw. demokratisch-sozialistischen Bewegung überhaupt – allen voran um die Lösung des Demokratieproblems, um Formen der Verwirklichung herrschaftsfreier Selbstbestimmung der Produzenten in einer insgesamt arbeitsteiligen Gesellschaft und last but not least um die Frage: »Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?«

Im Verlaufe der Diskussionsrunden wurde nicht nur eine Fülle weiterer Aspekte des Lebens von F. Behrens angesprochen – und leider nur zum Teil auch vertieft –, es ergab sich auch eine Reihe von Anregungen für nachfolgende Colloquien, so daß mit einiger Sicherheit davon ausgegangen werden kann, daß es auch im kommenden Jahr ein – dann das fünfte – Walter-Markov-Colloquium geben wird. Bleibt noch, den rührigen Veranstaltern schon heute eine glückliche Hand bei der Wahl des Themas und vor allem regen Zuspruch zu wünschen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Ich kann es mir nicht erklären, aber gerade in dem in dieser FESTPLATTE nachzugehenden Berichtszeitraum fiel mir auf, wie geteilt der Berliner Zeitungsmarkt nach wie vor ist. Das zeigt sich nicht einmal so sehr auf den Politik-Seiten der Ost- und West-Berliner Zeitungen, sondern auf den Anzeigenseiten. Damit meine ich jetzt nicht, daß der »Tagespiegel« seiner Charlottenburger, Wilmersdorfer oder meinetwegen auch Frohnauer und Dahlemer Klientel wegen insbesondere in voluminösen Wochenendausgaben selbstverständlich andere Immobilien- und Wohneigentumsangebote machen muß als die »Berliner Zeitung«. Die braucht der Mehrzahl ihrer Ossi-Leser erst gar keine Villen im Grunewald anzubieten, die können sich – wenn überhaupt – sowieso nur für die neuen Massenquartiere interessieren.

Nein, besonders auffällig ist die weiterhin andauernde publizistische Spaltung der Stadt Berlin auf den Seiten mit den Familienanzeigen. Der Tod von Studienräten, Oberstudienräten, Richtern und Gerichtspräsidenten, das Hinscheiden von Aufsichtsratsmitgliedern, Vorständen, Professoren und anderen Erblässern dieser Kategorie werden fast ausschließlich im feinen »Tagesspiegel« angezeigt. Erst wenn auch der Ost-»Berliner Zeitung« diese großen schwarzumranderten Trauer-Flatschen zum Abdruck angeboten werden, können sich die Hamburger Renditewächter des Blattes etwas entspannen. Erst dann ist auch ihre »Berliner Zeitung« eine gesamtberliner Einrichtung.

Ob der »Tagesspiegel« je gesamtberlinisch werden wird, ist allerdings gegenwärtig noch viel offener. Denn dann müßten ja die Hinterbliebenen von Tante Erna oder Onkel Otto aus Lichtenberg

oder Friedrichshain vor allem auch finanziell in den Stand versetzt sein, im »Tagesspiegel« zu inserieren. Doch das ist heute unwahrscheinlicher denn je.

Eine kleine Berliner Zeitungs-Spezialität sei noch kurz erwähnt: Der Markt für Todesanzeigen ist in Ost-Berlin in gewisser Weise noch einmal geteilt. Da die meisten Altleser der »Berliner Zeitung« ihrem einstigen Parteiblatt, diesem de-facto-Organ der SED-Bezirksleitung, auch nach 1989 treu geblieben sind und nicht unbedingt – auch wenn sie ihren Überzeugungen treu blieben – zum »Neuen Deutschland« hinüberwechselten (früher war es egal, ob jemand die Berliner oder das ND bezog...), sehen sich zunehmend Genossen Anzeigenkunden veranlaßt, den Tod eines Genossen in zwei Zeitungen zu schalten: im »Neuen Deutschland« und in der »Berliner Zeitung«. – Ich vermute, das gibt es nur in Berlin.

Was gab es im Berichtszeitraum noch für Auffälligkeiten? Wir haben unter anderem zu konstatieren, daß die PDS vor ihrem Schweriner Parteitag kräftig in den Schlagzeilen war. Was sie nicht selbst dazu tat, besorgten andere. Timing ist alles! So war es geradezu normal, daß die Medien wenige Tage vor der Schweriner PDS-Konferenz damit herausrückten, daß der Pressesprecher dieser Partei IM gewesen sei. Bemerkenswert an diesem Vorgang ist einzig, daß die Enthüller inzwischen schon auf die mittleren und unteren Parteichargen zurückgreifen müssen. Es fragt sich, wann sie den Pförtner im Berliner Karl-Liebknecht-Haus enttarnen werden.

Aber vielleicht haben sie doch noch mehr im Köcher; aber heben sich das für die nächsten Bundestagswahlen auf. Wie gesagt: Timing...

Apropos Wahlen: In allen Parteien haben die Rängeleien um die Fresserchen eingesetzt. Frau Lengsfeld, Gefahr laufend, von ihren Bündnis 90-Landesverband Thüringen nicht mal mehr auf einen Listenplatz gesetzt zu werden, konvertierte schleunigst zur CDU. Frau Barbe, ehemals SPD, ebenfalls. Die Vorgänge sind bekannt. Es sollte uns nicht verwundern, daß auch die PDS auf ihrem Weg in die Normalität nicht frei ist von Postenjägerei und Postengerangel. Parteivorsitzender Bisky letztens in einem ND-Interview darauf angesprochen, zeigte sich darob in seiner bekannten Art gelassen. Natürlich gäbe es in der Partei Genex-Posten, auf die scharf zu sein jeder das Recht habe. Wer habe nicht schon zu DDR-Zeiten gerne Genex-Pakete bekommen.

Bekanntlich ist es soziologisch belegt – und es ist durchaus ein bemerkenswertes Faktum –, daß die PDS auch eine Partei Gut- und Besserverdienender ist. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß sehr, sehr viele ihrer Mitglieder Rentner, Vorruehändler oder Arbeitslose sind, die in der Regel über vergleichsweise geringe Einkommen verfügen. In deren Ohren müssen die laxen Bemerkungen ihres stattlich BAT-gelöhnten Vorstehers über »Genex-Posten« schon sehr merkwürdig klingen. (Wobei ich, zugegeben, mit der Vokabel »merkwürdig« sehr untertreibe.) Zumindest sollte von denen, die vielleicht monatlich gerade mal ein Zehntel dessen aufs Konto überwiesen bekommen, was Bundestagsabgeordnete erhalten, nicht erwartet werden, daß sie Verständnis aufbringen für solche Abgeordnete, die sich mit dem Argument erneut um Parlaments-Kandidaturen bewerben (Land oder Bund), sie würden

anderenfalls doch arbeitslos werden (solche Töne las ich schon mal aus Sachsen und auch aus Frankfurt/Oder). – Da kann ich ja denn nur sagen: Na, und? – Aber es könnte ja auch sein, daß von den Wenigerbemittelten gar kein Verständnis erwartet wird.

Auch die »junge Welt« blieb sich im Berichtszeitraum treu (wieso auch?) und setzte ihre PDS-Schmäh fort. (Neulich hörte ich jemanden kalauern: Wo ein Elsässer ist, ist ein Saarländer nicht weit. Worauf die Leute so alles kommen.) Doch wer ständig auf Dauerfeuer geschaltet hat, darf sich nicht wundern, wenn ihm ab und an die Munition ausgeht. So geschehen in der ersten Januarwoche. »PDS auf dem Wege – nur wohin?« lautete die Überschrift des Artikels, in dem der Soziologe Heinz Kallabis »die Wandlung der PDS zur Partei des kleinbürgerlichen Sozialreformismus« behandelte. Indes: Der gleiche Artikel stand schon einmal im Blatte, und zwar im November vorigen Jahres. – Es fragt sich nun: Wer hat da wen geleimt?

Aber vielleicht handelt es sich um eine besondere Form der Traditionspflege. Schließlich ist auch schon mal eine Neujahrsrede Helmut Kohls zweimal gesendet worden, und auch Erich Honecker (s.o.) hat einst eine längere Passage seines Referates auf einem ZK-Plenum später noch einmal gehalten.

Es gibt Meldungen, die hört oder liest man nur ein einziges Mal, sie tauchen nicht wieder auf, werden nicht kommentiert. So daß man sich schließlich fragt, ob man richtig gehört oder gelesen habe. So erging es mir neulich im Kirchenmagazin auf Radio Brandenburg. (Eine von Jörg Hildebrand moderierte Sendung übrigens – jeden Donnerstag von 10.05 Uhr bis 11.00 Uhr –, die ich Radiohörern jenseits der Dudelwellen wärmstens empfehlen kann; auch jenen, die »mit Kirche an sich« normalerweise nichts am Hut haben.) Im eben beworbenen Kirchenmagazin nun vernahm ich jetzt erstaunt, daß der Pankower Superintendent zum Wehr-Dekan für die ostdeutschen Länder ernannt (oder gewählt?) wurde.

Was mich daran so wundert? Daß sie sich ausgerechnet einen Wehr-Dekan aus Berlin-Pankow ausgesucht haben – denn gerade die Gemeinde dieses Kirchenmannes war doch früher ein Zentrum dissidenten und militärunwilligen Bürgerwillens; die im »Pankower Friedenkreis« aktiven Mütter und Väter trugen einst nicht nur mutig das »Schwerter zu Pflugscharen« auf Jacken und T-Shirts, sondern prangerten auf jeglichen Elternversammlungen und -zusammenkünften auch die NVA-Soldaten aus Suralin in Kindergärten und Schulhorten an (»Kriegspropaganda«).

Aufmerksame Leser haben es natürlich längst gemerkt: Meine Verwunderung ist gespielt. Der »Suralin-Soldat« beweist es: Schwerter zu Pflugscharen galt selbstverständlich nur für die DDR. Denn Suralin-Soldaten gibt es doch gar nicht mehr.

Der Historiker Arnulf Baring hatte sich mit Studenten in die Karpaten aufgemacht, um das Deutschtum im Ausland zu erkunden. Den erdigen Bericht illustrierte die »Berliner Zeitung« mit einem Foto. Die Bildunterschrift lautete:

»Die Berliner Studentin Charlotte v. Reden-Lütcken und ein rumänisches Waisenkind spielen ›Bei Müllers hat's gebrannt‹«.

So, so.

Ansichten zur Geschichte der DDR.
Band 6: Wirtschaft.

Im Auftrage der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag herausgegeben von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek.

Mit Beiträgen von H. Wolf, S. Wenzel, S. Burmester, W. Maier, W. Halbritter, H. Watzek, G. Schürer, Verlag Matthias Kirchner Eggersdorf 1996, 415 S. (16,50 DM)

Was dieses Buch für alle, die sich für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, für die vertanen Chancen und für die Gründe ihres schließlichen Untergangs interessieren, so unentbehrlich macht, ist die hohe Kompetenz ausnahmslos aller Autoren in den Dingen, die hier behandelt werden. Sie tragen aus der Innensicht auf das Wirtschaftssystem, die ihnen ihre zum Teil sehr verantwortlichen Positionen in der Wirtschaftsleitung der DDR ermöglichte, eine Fülle an wichtigen Tatsachen, Beweggründen zusammen, die von anderen wohl kaum zu erfahren wären. Ihre heutige Sicht auf diese Entwicklungen, ihre Überlegungen und Wertungen sind natürlich von größtem Interesse.

Nicht nur die Autoren dieses Buches schenken aber einem Umstand so gut wie kein Augenmerk, der für das Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der früheren sozialistischen Länder, die dem sowjetischen Modell folgten, von geradezu ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist: dem Dauermangel, dem anhaltenden Marktungleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlicher zahlungsfähiger Nachfrage und dem permanent zurückbleibenden Angebot an Waren und Dienstleistungen, den dadurch verursachten Anspannungen in den materiellen Verflechtungen in der Wirtschaft, die sie in einen »hartleibigen Organismus« verwandelten, unelastisch, für Neuerungen wenig aufnahmefähig und -willig.

Die bürgerliche ökonomische Theorie hat Jahrzehnte gebraucht, bis sie das von Marx behandelte Marktgleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaft – das anhaltende

Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage hinter dem Angebot – überhaupt nur nachsprechen konnte; erst John Maynard Keynes hatte dies Mitte der dreißiger Jahre überhaupt zugegeben und damit eine Revolution in der bürgerlichen ökonomischen Theorie verursacht.

Das entgegengesetzte Marktgleichgewicht in den sozialistischen Planwirtschaften ist vor allem von János Kornai, einem ungarischen Ökonomen, analysiert und in seinem Buche »Ökonomie des Mangels« (Amsterdam 1980, engl.) dargelegt worden. Aber auch zu DDR-Zeiten war frühzeitig manches zu diesem Thema erfahren. Im Heft 7/1975 der Zeitschrift »Einheit« zum Beispiel war zu lesen: Das Zurückbleiben des Angebots hinter der zahlungsfähigen Nachfrage, die »Disproportionen, überzogenen Anspannungen in den materiellen Verflechtungen zählen zu den Hauptursachen, die den Intensivierungsprozeß, die Effektivitätssteigerung objektiv behindern: sie begünstigen nicht den Einsatz des optimalen Materials, sondern dessen, das vorhanden ist; sie wirken nicht auf die im volkswirtschaftlichen Interesse günstigste Bestandhaltung hin, sondern stimulieren die Hortung; sie verursachen ein Übermaß an operativem Verwaltungsaufwand und verleiten zur Vernachlässigung perspektivischer Fragen der Wirtschaftsentwicklung; sie führen zur Verzögerung der Investitionsfristen und der Überleitung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse; sie verursachen Überstunden und gleichzeitig Ausfallzeiten; sie verringern das Interesse am wissenschaftlich-technischen Fortschritt überhaupt; sie verursachen eine gewissen Tendenz zur »Selbstversorgung« der Betriebe – zur Eigenfertigung von Normteilen beispielsweise – und behindern auf diese Weise die Herstellung rationeller arbeitsteiliger Beziehungen«. Aber nur in einem Lande, eben in Ungarn, ist dieser Umstand von der Wirtschaftspolitik zum Teil, zumindest von der herrschenden ökonomischen Theorie aufgenommen worden, in der DDR und m.W. auch in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft war das eben nicht der Fall. Dieses Versäumnis einzugestehen, ist einfach überfällig.

Hier soll es nicht um Meinungsverschiedenheiten theoretischer Art gehen, sondern um

ein paar elementare Tatsachen und damit zusammenhängende Fragen.

Herbert Wolf, einer der geistigen Väter des Neuen Ökonomischen System in der DDR, seziert mit scharfem Skalpell die politischen Strukturen der DDR, die diese zentralistische Kommandowirtschaft verursachten und deren verhängnisvolle Konsequenzen. Er bleibt aber weitgehend im Bereiche des Politischen und geht auf die Verschränkungen von politischem Zentralismus und den damit zusammenhängenden eigenartigen Interessenstrukturen wenig ein. So heißt es zum Beispiel, daß die Produktionsfondsabgabe (eine Art Zins auf das betriebliche Anlage- und Umlaufvermögen) zu spät eingeführt wurde. Aber wer hätte damals nicht gewußt, daß diese Steuer kaum eine Wirkung haben wird, solange dieses Marktgleichgewicht besteht. Ich war in den Jahren 1964 und 1965 in einer Arbeitsgruppe, die das Experiment Produktionsfondsabgabe in einer größeren Zahl von Betrieben vorbereitete, in seinem Verlaufe analysierte, seine Ergebnisse auswertete, und erinnere mich deutlich daran, was ich auf die zahlreichen Einwürfe, die Produktionsfondsabgabe habe praktisch keine Wirkung, erwiderte: Natürlich hänge diese Wirkung vom betrieblichen Interesse am Nettogewinn (Gewinn minus Produktionsfondsabgabe) ab. Man müßte, wenn man sich mit einem Ausschnitt des NÖS befasse, immer voraussetzen, daß auch seine Umgebung, daß das gesamte System, einigermäßen funktioniere. Wollte man aber darauf warten, brauchte man auch nicht anzufangen. Auch alle Mühen um die Einführung dieser Steuer, die ein betriebliches ökonomisches Interesse an der rationellen Nutzung des betrieblichen Vermögens auslösen sollte, geschahen in der Hoffnung darauf, daß diese Mangelwirtschaft ein Ende finden könnte. Das ist aber nie gelungen. Wie hoch hätte denn der Prozentsatz der Produktionsfondsabgabe sein müssen, um einen Betrieb davon abzuhalten, bei unsicherer Versorgung alles das dann zu kaufen und zu bevorraten, was er brauchen konnte, wenn er es bekam, statt nur zu kaufen, wenn er etwas brauchte? Die Störungen im Produktionsfluß hätten in der Regel viel größere Schäden verursacht als diese Abgabe auf »überreichliche« Vorräte.

Das betrifft natürlich das gesamte Lenkungssystem. Es fehlt in dem Buche einfach der Satz, daß die Beseitigung des Dauer mangels, der Mangelwirtschaft und der Mechanismen, die sie hervorbrachten, Voraussetzung für jede ernsthafte Wirtschaftsreform gewesen wäre. Das verordnete Wirtschaftsmodell kann sein wie es will; es möge zum Beispiel vorsehen, daß nicht die Produktionsmenge, sondern der Gewinn (und damit auch die Kostensenkung) das ausschlaggebende Ziel der Wirtschaftstätigkeit zu sein habe; und es mögen auch die betrieblichen Interessen, zum Beispiel durch entsprechende Bildung und Verwendung betrieblicher Fonds entsprechend ausgestaltet werden. Unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft wird das Mengenziel zwanghaft dominieren, weil es der objektiven Interessenlage der Betriebe entspricht: Mehr produzieren, die Dinge überhaupt und möglichst schnell bekommen – koste es, was es wolle! – ist dann das übergreifende Interesse sowohl der Abnehmer wie der Hersteller.

Walter Halbritter, über Jahrzehnte Leiter des Amtes für Preise und einer der engagiertesten und mutigsten Streiter für dieses NÖS, entwirft ein sehr detailliertes und zutreffendes Bild über dieses System in seiner Gesamtheit, wie es konzipiert war, auch der Kämpfe um seine Verwirklichung und der schließlichen Niederlagen. Aber stimmt es wirklich, daß ab 1. Januar 1964 die »Leitung der Industrie mit ökonomischen Mitteln« eingeführt war, daß es eine »immer breitere Anwendung des NÖS« gegeben hat? Das NÖS war, wie Helmut Koziolk und Herbert Wolf immer wieder und zu Recht betonten, ein mutiger Anlauf gewesen, eine ernsthafte Chance für ein effektiveres Wirtschaften, das von politischen Ursachen her gescheitert ist, richtiger: zum Scheitern gebracht wurde. Aber: Hat es in der DDR-Wirtschaft auch nur ein einziges Jahr gegeben, in welchem wirklich der Gewinn das wichtigste Kriterium der Leistungsbewertung gewesen wäre und nicht die Mengenkennziffer »Industrielle Warenproduktion«, die offiziell als Hauptkennziffer schließlich abgeschafft worden war; ein einziges Jahr nur, in welchem das Prinzip der Eigenerwirtschaftung – die Seele vom NÖS – wirklich gegolten hätte; war dies nicht auch das letzte

ökonomische Experiment, das mit der DDR erloschen war?

Diese Mangelwirtschaft war letztlich durch das politische System verursacht (und nicht durch eine bestimmte wirtschaftspolitische Variante dieses Systems). Ihre Reproduktion und ihre Wirkungen lassen sich aber nur aufhellen, wenn den Verschlingungen von politischer Struktur und durch sie bedingender Interessenstrukturen nachgegangen wird. Kann das Verhalten der Wirtschaftsleiter in der DDR wirklich ausreichend mit den allgemeinen Verhaltensmustern in bürokratischen Systemen erklärt werden, ohne die realen ökonomischen Interessen zu bedenken, die unmittelbar durch den Dauermangel verursacht waren und die diesen Mangel, den Zentralismus, wiederum reproduzieren mußten?

Muß nicht zum Beispiel nach zentralen Entscheidungen, nach Zuteilungen, geradezu gerufen werden, wenn Mangel einmal existiert? Und war dieser Mangel nicht sowohl die entscheidende Ursache für das Erlahmen der Antriebskräfte als auch zugleich eine der wichtigsten Antriebskräfte, das dieses System überhaupt hatte?

Siegfried Burmester gibt einen ausführlichen Einblick in einen Bereich wirtschaftlicher Tätigkeit, über den zu DDR-Zeiten in diesem Lande gar nichts zu erfahren war, über das verdienstvolle Wirken der Vermittler im Ost-West-Handel, die Mitarbeiter von DDR-eigenen Firmen im westlichen Ausland waren (nicht in der BRD, hier waren solche Firmen offiziell untersagt). Sehr ausführlich gibt er Berechnungen Sigrid und Harry Maiers über die steigende Diskrepanz zwischen den Kilopreisen westlicher und DDR-Exporte wider, die in der Tat aufschlußreich sind. Aber das eigentliche Problem, das genau auch mit seiner eigenen Tätigkeit zu tun hatte, erwähnt er nicht einmal: Der steigende Mindererlös für DDR-Erzeugnisse gleicher Parameter im Vergleich zu westlichen Exporten. Und diese Differenz betrug bei Werkzeugmaschinen zuletzt manchmal fünfzig Prozent! Die waren eben nicht durch technologische Unterlegenheit verursacht und hätten auch niemals durch technologischen Fortschritt behoben werden können. Sie waren durch den Dauermangel verursacht, durch den Zwang, gegen Devisen zu verkaufen – egal, mit welchem Gewinn

oder Verlust, Hauptsache, die Devisenmengen gingen ein!

In dem Beitrag von Wilfried Meier tritt uns das ganze Elend der DDR-Ökonomie entgegen, der realen Ökonomie wie der theoretischen. Dieses total überbürokratisierte Preisfestsetzungssystem sollte etwas mit objektiven ökonomischen Kategorien zu tun haben?! Mir war zwar zu DDR-Zeiten klar geworden, daß wir uns von dem Wust subjektiv konstruierter ökonomischer Hebel – von den »Stellvertretern«, »Surrogaten« – abwenden und den objektiven ökonomischen Kategorien – den »Originalen« (Preis, Kosten, Gewinn, Kredit, Zins) – zuwenden müßten; anders kämen wir nicht von dem Zustande weg, daß Gewinne auch »am Schreibtisch produziert« werden können. (Einheit 12/1973). Aber von der Idee der »planmäßigen Preisbildung«, die es ja nur in bestimmten Ausnahmefällen hätte geben dürfen, habe auch ich mich nicht verabschiedet. Das war ein schwerwiegender Fehler. Einen ähnlichen Satz hätte ich auch in dem Aufsatz von Wilfried Meier gern gelesen.

Diese »Festpreise«, das »Festhalten« der Preise, hatten zur Folge, daß Preisrelationen keine Informationen über Knappheitsrelationen geben konnten; sie waren die Voraussetzung »allgemeiner Verknappung« des Angebots gegenüber der Nachfrage, die elementare Voraussetzung für die Permanenz der Mangelwirtschaft.

Sehr aufschlußreich sind die Überlegungen Gerhard Schürers, des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, der wie kein anderer der DDR-Führung über die wirkliche Lage reinen Wein eingeschenkt hatte, über die wirtschaftliche Lage am Ende der DDR. Hier wird den Problemen der Außenverschuldung sehr viel Raum gegeben, die Binnenverschuldung aber nur als »Verschuldung« des Staatshaushalts gegenüber dem Kreditsystem genannt. Das eigentliche Problem – die »Verschuldung« der Gesamtwirtschaft gegenüber den Geldbesitzern aller Art, die Mangelwirtschaft –, die Tatsache, daß ein Ausweg aus der Krise Knappheitspreise verlangt hätte, eine gewaltige Preissteigerung mit entsprechender Senkung von Realeinkommen, welche die DDR politisch nicht überstanden hätte, wird nicht genannt. Hier

handelte es sich um andere Größenordnungen als um die Begleichung von Auslandsverpflichtungen, über deren Tragweite Gerhard Schürer ausführlich informiert.

Argumente für eine angeblich marode DDR-Wirtschaft und für ihre weitgehende Zerstörung sind das nicht. Im Gegenteil: Die schnelle Währungsunion ist ja gerade auch damit begründet worden, daß die sofortige Überwindung dieser Art von Marktungleichgewicht wesentlich zu den baldigen »blühenden Landschaften« führen werde. In Wahrheit kam nur eine andere Art von globalem Marktungleichgewicht: Das Zurückbleiben der Aufnahmefähigkeit des Marktes, der Massenkaufkraft letztlich, hinter den Produktionsmöglichkeiten und dadurch bedingte Massenarbeitslosigkeit.

HARRY NICK

János Kornai:
Unterwegs.
Essays zur wirtschaftlichen
Umgestaltung in Ungarn,
Metropolis Verlag Marburg 1996,
406 S. (58,00 DM)

János Kornai ist zweifellos einer der bekanntesten osteuropäischen Kritiker des realen Staatssozialismus, der insbesondere mit seinen Büchern »The Shortage Economy« (1980) und »The Socialist System. The Political Economy of Communism« (1992; dt. 1995) »Klassiker« zur wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaften sowjetischen Typs verfaßt hat. Nach langen Jahren der ausdrücklichen Beschränkung auf den puristischen Anspruch wissenschaftlicher Untersuchung und Kritik staatssozialistischer Wirtschaftsstrukturen hat sich Kornai schließlich mit seiner engagierten Schrift »The Road to a free Economy« (1989/1990) angesichts der unmittelbar bevorstehenden radikalen Umwälzung der politischen Verhältnisse in Ungarn erstmals auf das diffizile Feld der »Politikberatung« vorgewagt.

Auch die vorliegenden acht Essays – derer es, wenn es nach manchen Fußnoten ginge,

zumindest neun oder nach Fußnote 68, S. 343, sogar elf sein müßten – sind diesem Bereich zuzuordnen. Sie thematisieren vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen im wesentlichen wirtschaftspolitische Fragen der Transformation in Osteuropa – insbesondere in Ungarn.

Bei den ersten vier Essays handelt es sich um weitgehend im Originaltext belassene und ins Deutsche übertragene Vorträge, die der Autor 1992 und 1993 gehalten hat. Im ersten – dem Erasmus-Vortrag der Europäischen Akademie 1992 – gibt Kornai einen Überblick zu den seiner Meinung nach wichtigsten Entwicklungstrends in der Transformationsperiode. Neben solchen wie die Herausbildung von Märkten, die Entfaltung des Privatsektors oder die Entwicklung parlamentarisch-demokratischer Institutionen, die sicherlich in diesem Zusammenhang kaum überraschen dürften, legt er besonderen Nachdruck auf ein wesentliches Phänomen der mittel- und osteuropäischen Transformation: die Reproduktion gravierender makroökonomischer Ungleichgewichte – eine Fragestellung, die ihn durch alle hier präsentierten Vorträge und Aufsätze hindurch beschäftigt. Der zweite Vortrag – 1992 auf der Plenarsitzung der American Economic Association gehalten – befaßt sich mit den Fiskalproblemen des ungarischen Staates im Spannungsfeld zwischen Staatsinterventionismus und Marktorientierung. Hier plädiert Kornai angesichts der unübersehbaren Funktionsdefizite der staatlichen Institutionen mehr oder weniger direkt zugunsten des Marktliberalismus – »wenn ich jedoch Zweifel habe, wem ich die Entscheidung überlassen sollte, einem schlecht funktionierenden Markt oder einem schlecht funktionierenden Staat ... rät mir mein Instinkt, den Markt zu wählen« (S. 45f.). Auch zwei andere schier unerschütterbare Glaubenssätze des János Kornai werden schließlich in diesem Zusammenhang – und später immer wieder – bemüht. Einmal geht es um die offenbar durchaus wünschenswerten selektiven Effekte entbundener Marktwirtschaft, die in eine quasi »natürliche Auslese« (S. 52) unter den Firmen münden und zum zweiten um die These vom verfrühten Wohlfahrtsstaat (vgl. S. 67) in Ungarn, wie in Mittel- und Osteuropa überhaupt. Der dritte

Vortrag – vom November 1992 an der Universität Stockholm – beschäftigt sich mit den Problemen finanzieller Disziplin im postsozialistischen System. Kornai verweist auf eine bereits zu Zeiten des Staatssozialismus entwickelte Tradition des Zurückweichens der Regierungen vor den Wohlstandsforderungen der Volksmassen und die daraus resultierende Staatsverschuldung sowie die Gewißheit für alle Arten von Unternehmen, daß der Staat sie auf keinen Fall Bankrott machen lassen werde. Neben der Anerkennung der Grundeinsicht, daß »der Markt nicht ›gerecht‹ ist« (S. 91), fordert er mehr Konsequenz im Staatshandeln und eine – für den realexistierenden Kapitalismus freilich ziemlich weltfremd anmutende – moralische Erneuerung auf seiten der Individuen: »Steuerzahler, zahlt eure Steuern!« (S. 75). Im vierten Vortrag – am Collège de France im Juni 1993 – analysiert Kornai die unvermeidliche »Transformationsrezession«, die nach seiner Meinung in der Natur des postsozialistischen Übergangs selbst begründet liegt. Wie von ihm eindrucksvoll gezeigt wird, bedingen sich Nachfrage- und Produktionsrückgang gegenseitig und verfestigen sich tendenziell. Die überbordenden sozialen Ansprüche an den Staat, der Rückgang der Investitionen bei den Unternehmen infolge schlechter Absatzchancen und unterlegener Konkurrenzfähigkeit, die Bedienung der Auslandsschulden usw., alles kennt nur eine Lösung – »die Wirtschaft muß auf einen Wachstumspfad gelenkt werden« (S. 141).

Die folgenden vier Essays sind Aufsätze, die erstmals in Deutsch vorliegen, die aber mindestens zum Teil bereits in verschiedenen englischsprachigen oder ungarischen Zeitschriften veröffentlicht wurden (mitunter ist dies freilich unklar – allein die Tatsache, daß offenbar später Fußnoten eingefügt wurden, läßt darauf schließen, daß auch die Beiträge ohne expliziten Publikationsvermerk keine Erstdrucke sind).

In seinem Aufsatz über die Beseitigung der Mangelwirtschaft schildert Kornai am Beispiel Ungarns den Prozeß des Übergangs von einer angebots- zu einer nachfragebeschränkten Ökonomie. Auch hier ist der Maßstab allein der, den die »reifen Marktwirtschaften« im Westen vorgeben. Daß das Problem des Mangels auch in kapitalistischen

Industrieländern keineswegs aus der Welt geschafft ist, kümmert Kornai nicht und hindert ihn auch nicht, das kapitalistische System pauschal als »Überschußwirtschaft« (S. 197) zu beschreiben. Offenbar ist die höchste erreichbare Form von sozialer Gerechtigkeit für Kornai die, den Mangel an diversen Produkten durch den allerdings nur scheinbar demokratischeren Mangel an Geld – dem geradezu emphatisch das Wort geredet wird – zu substituieren. Einzuräumen bleibt freilich, daß »Beschäftigungsgarantie und Arbeitsplatzsicherheit ... mit der Mangelwirtschaft zu Ende (gehen)« (S. 201). Im folgenden Beitrag wird das neoliberale Allheilmittel zur Herstellung ökonomisch-sozialer Stabilität in Transformations- wie entwickelten Marktgesellschaften überhaupt in den Mittelpunkt gerückt: »andauerndes Wachstum als höchste Priorität« (S. 207ff.). Hier zeigt Kornai dann auch, daß er zwar als belehrter, aber keinesfalls als bekehrter neoliberaler Ökonom gelten kann. Folgerichtig kapriziert er sich denn auch auf das Lohnniveau als vermeintlichen Hauptfaktor für die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Wachstum. Mit anderen Worten: die lohnabhängig Beschäftigten sollen durch vorseilendes einsichtiges Verhalten Vorleistungen erbringen, von denen sie nicht wissen können, ob sie dafür jemals einen Ausgleich erhalten. Die höchst zweifelhaften wirtschaftlichen Voraussetzungen, die einer Hoffnung auf »andauerndes Wachstum« zugrunde gelegt werden müßten, und die in diesem Zusammenhang dringend notwendige Reflexion ökologisch-sozialer Restriktionen sind für Kornai jedoch kein Thema, über das es sich ernsthaft nachzudenken lohnt. Die Debatte um ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell und der Transformationsdiskurs sind noch immer durch ein gigantisches System von Gräben und Mauern voneinander getrennt, und doch kann die zweite ohne die Durchsetzung des ersten nicht gelingen! Der folgende Aufsatz befaßt sich mit den Dilemmata der ungarischen Wirtschaftspolitik im Spiegel des »Stabilisierungsprogramms« der reformsozialistischen Regierung, das am 12. März 1995 verkündet wurde. Vor dem Hintergrund gravierender makroökonomischer Problemlagen wiederholt Kornai seine bereits vorher ausgiebig explizierten Forderungen nach Sicherung

des außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen finanziellen Gleichgewichts und nach Ankurbelung des »Wachstums« – alles natürlich auf Kosten des »überdehnten Wohlfahrtsstaates« (S. 283). Schließlich bejubelt Kornai den »Bruch mit der Praxis des ständigen Eingehens auf Umverteilungsforderungen« (S. 282) und stellt offensichtlich befriedigt fest: »Die Arbeitsproduktivität ist gestiegen, während die Reallöhne gefallen sind« (S. 256). Im letzten Essay präsentiert Kornai »Die Rechnung für den Gulaschkommunismus« (S. 285ff.), deren Höhe vor allem dem Hang zur »Erhöhung der augenblicklichen Wohlfahrt« (S. 285) im Widerspruch zu den Erfordernissen der Akkumulation, dem realsozialistischen »paternalistischen Wohlfahrtsstaat«, dem »Gradualismus ungarischen Stils« und der postsozialistischen »Strategie des Durchwurstelns« (S. 286) geschuldet sein soll.

János Kornai, der sich selbst als theoretischer Eklektizist versteht (vgl. insbesondere S. 250), verfügt nicht nur über beeindruckende Kenntnisse zu den Theorieansätzen der verschiedenen wissenschaftlichen Schulen, sondern auch über ein profundes Wissen um die Fährnisse des wirtschaftlichen Alltags in den Transformationsländern. Zudem erweist er sich angesichts des wirtschaftlichen Problemdrucks und trotz seiner anti-sozialstaatlichen Orientierung als entschiedener Verteidiger demokratischer Institutionen – »wenn es zu einem Konflikt zwischen Effizienz und dem Ziel der Demokratie kommt, bin ich sicher, daß die Verteidigung der demokratischen Institutionen die wichtigste Aufgabe ist« (S. 96).

Gerade weil von Kornai daher eigentlich einige Weitsicht bei der Behandlung des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa erwartet werden durfte, verwundert jedoch die offensichtliche Borniertheit, mit der er sich an dem von ihm absolut gesetzten Gegensatz »Kommunismus oder Kapitalismus« festklammert – »es stimmt, daß alle Wege zum Kapitalismus führen...« (S. 10); alle Ideen des »Marktsozialismus« sind »zum Scheitern verurteilt« (S. 21); in China kann es deshalb auch nur um den desperaten Versuch der Errichtung des »Kapitalismus« unter der Führung einer kommunistischen Partei gehen (vgl. S. 28, vor

allem Fußnote 8). Trotz mancher, im Vergleich zu vorangegangenen Publikationen merklich entradikalisierter Wendungen bleibt Kornai ein Apologet von Wachstum und Kapitalismus, der selbst angesichts der in dieser Gesellschaftsform aufgestauten Problemlagen ohne jede weiterreichende Vision ist. Der auf die Illusion eines stetigen Wirtschaftswachstums gegründete Wohlstandskapitalismus der entwickelten Industrienationen – der freilich im Zeitalter weltwirtschaftlicher Globalisierung selbst immer mehr unter Druck gerät – ist der Kornaische Maßstab für gelingende Transformation. Eine solche Position ist mit einiger Sicherheit nicht nur inkompatibel mit der Zukunft der Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa, sondern auch mit der der kapitalistischen Industrienationen selbst.

Abschließend bleiben noch der vorzügliche wissenschaftliche Apparat und die akribischen Danksagungen zu würdigen, die für dieses Buch – wie auch für alle anderen Schriften von János Kornai – charakteristisch sind.

ARNDT HOPFMANN

Ulla Plener:

Helmut Schinkel.

Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biografie eines Reformpädagogen (1902-1946), trafo-Verlag Dr. Weist Berlin 1996, ISBN 3-89626-030-8, 272 S.

Gemessen am gewünschten bzw. vielfach auch gefürchteten Einfluß der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des vergangenen bzw. – hier – der kommunistischen Bewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind Biographien jener rar, die sich in dieser Bewegung mit äußerster Hingabe engagiert haben, ihr im Alltag Kraft, Originalität und Farbe gaben. Helmut Schinkel und sein Schicksal, in dem sich soviel Typisches an leidenschaftlicher, eigenwillig-kreativer, ursprünglich romantischer Weltveränderungsabsicht mit tragischem Scheitern innerhalb der eigenen Reihen verbindet, dürften, wie die Autorin

selbst anmerkt, kaum jemandem bekannt sein.

Der individuellen »Ästhetik des Widerstandes« gegen eine turbulente Gesellschaft nachzugehen, die den Ersten, später den Zweiten Weltkrieg hervorbrachte, die revolutions- und krisengeschüttelt eine enorme gesellschaftliche Polarisierung bewirkte und nicht zu handhaben vermochte, ist ohne Zweifel reizvoll und wissenschaftlich wertvoll. Das gilt nicht nur der selbstgewählten aufopferungsbereiten Lebensgestaltung Helmut Schinkels, sondern auch seinem Wirken: den reformpädagogischen Ansätzen gegen eine zunächst autoritäre militante Erziehungspraxis des Kadavergehorsams, dann im Klima einer allgemein experimentierfreudigeren Pädagogik der Weimarer Republik.

Im Verlauf der zwanziger Jahre verband sich Helmut Schinkels pädagogische Tätigkeit zunehmend – zum Teil aus erklärter Einsicht, zum Teil reglementierend erzwungen – mit pädagogischen Grundsätzen kommunistischer Klassenkampf-Erziehung. 1919, als Präparand des Kyritzer Lehrerseminars, kam er über Max Herms mit der frühkommunistischen Bewegung in Berührung, trat 1920 in den kommunistischen Jugendverband ein. Seinen eigenen Begabungen und Neigungen entsprechend, gilt ihm offenbar der Sozialisationsgedanke der Reformpädagogik als Ausgangspunkt eigener pädagogischer Praxis: Förderung des Gemeinschaftssinnes – später klassenkämpferisch orientierten Gemeinsinnes; damit eng verknüpft die Betonung gestalteter außerunterrichtlicher Erziehungs- und Bildungstätigkeit. Eigenart von Helmut Schinkel ist im besonderen Maße die Freizeitgestaltung, die er nicht schlechthin administrierend fördert, sondern in die er, sich selbst entfaltend und andere anregend, mit Musik, eigenen Liedern und Texten, mit Modellbau und anderen Fertigkeiten aktiv eingreift.

Daß Schinkels – wie die anderer – immer wieder hervorbrechende schöpferische Entfaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung gestört, eingedämmt und zuletzt sinnloserweise zerbrochen wurde, zeigt nicht nur das Dilemma von machtwilliger Organisation, die den Menschen lediglich als »Masse« verstand und mißbrauchte, und dem isoliert ohnmächtigen Individuum, das sich binden wollte, um mit Erfolg gesellschaftliche

Zustände zu ändern. Der als notwendig gesehene Unterordnungswillen, den auch Helmut Schinkel besaß, ist die Kehrseite dieses Verhältnisses, das allzooft auch von persönlicher Not und Peinlichkeit geprägt ist. Umstände, die heute durchaus aktuell erscheinen. – Zumal es ihm zuletzt indes nicht nur wenig nutzte, sondern schließlich trotzdem wie so vielen anderen das Leben kostete. Die von Moskau »disziplinierte« kommunistische Bewegung fraß ihre besten Kinder im Mutterland.

Helmut Schinkel, am 14. Oktober 1902 im damaligen Kosten (heute Koscia/Polen) geboren, wuchs als Sohn eines Lokführers in Brandenburg auf. Schon in der Schule fiel er durch seine vielseitige Begabung sowohl in wissenschaftlichen wie musischen Fächern auf. Als Arbeiterkind konnten sich ehrgeizigere Lebenspläne wohl am besten entfalten, wenn man den Berufswunsch Lehrer verfolgte. Volksschullehrer wurden gebraucht. Diesen Weg ging er denn auch und blieb leidenschaftlich Lehrer bis zu seinem Lebensende, zuletzt 1932 bis 1934 als Leiter der bekannten deutschsprachigen Karl-Liebknecht-Schule in Moskau.

Ulla Plener legt mit diesem, in der Reihe Biographien europäischer Antifaschisten des trafo-verlages erschienenen Büchlein vornehmlich einen Dokumentenband vor. In lockerer Weise verbindet sie die aufgefundenen Dokumente und mündlichen Quellen zum Lebensablauf Helmut Schinkels. Die eine oder andere, Biographie und Zeitgeschichte verknüpfende Wertung verdeutlicht ihr Anliegen, den Idealismus frühkommunistischen »Fußvolkes« den Wirkungsmechanismen der von Moskau bestimmten, »bolschewisierten« Thälmannschen KPD entgegenzusetzen. So anerkennenswert das Anliegen erscheint, so wenig überzeugend gelingt die historiographische Argumentation. Oft konjunktivisch unsicher angebracht, bleibt sie auf einer eher klischeehaften, zuweilen stereotyp wiederholten Ebene stecken. Das mehrfach auftauchende Zitat über kommunistisches Sendungsbewußtsein mittels proletarischer Revolution als Welterlösungs-«Mythos» (S. 11, 12, 25), mit dem sie Thomas Mann bemüht, wirkt nur hilflos. Es legt ein höchst unklares Verhältnis zur Beurteilung der kommunistischen Bewegung zugrunde: Einerseits

die (Mannsche?) Ablehnung des Kommunismus (als verschämte Reminiszenz an das heutige geistige Klima?); andererseits die nahezu verübte Anerkennung idealisierten »früh«-kommunistischen Wirkens.

Dasselbe gilt für die unreflektierte Übernahme des KPD-Jargons als Wertungskriterium. Was ist ein »Thälmann-Mann« bzw. das Gegenteil davon? Versuchte Helmut Schinkel nicht eben doch ein disziplinierter KPD-Mann zu sein, auch wenn er – als Funktionär – in der KPD-Hierarchie für »zu rechts« (S. 30, 76, 80) gehalten wurde?

Die exaktere Einordnung des pädagogischen Schaffens Helmut Schinkels sowohl in die Reformpädagogik wie auch in eine originär »kommunistische Pädagogik« wäre auch noch zu leisten. Die Entgegensetzung von Auffassungen Edwin Hoernles zu denen Helmut Schinkels (S. 23) überzeugt nicht. – Die Dokumente selbst, die von einer ausgedehnten Recherche, nicht zuletzt in Archiven Moskaus, zeugen, scheinen in ihrem Ausdruckswert zum Teil recht wahllos bzw. nur quasi Aufgefundenes rein chronologisch wiedergegeben.

Mit diesem Büchlein existiert eine interessante dokumentenreiche Grundlage für weitere Forschungen.

THOMAS SCHÜLER

Hanna Behrend (Hrsg.):
Die Abwicklung der DDR.
Wende und deutsche Vereinigung
von innen gesehen,
Neuer ISP Verlag Köln 1996, 288 S.

In dem Buch werden per Innenansicht Wende und deutsche Vereinigung analysiert. Das eigene Versagen ist dabei nie ausgespart, denn es handelt sich bei den AutorInnen ausschließlich um DDR-WissenschaftlerInnen verschiedener Generationen, für die der Herbst 1989 ein Schlüsselerlebnis war.

Die Herausgeberin läßt im ersten Kapitel die »ruhmlose deutsche Vereinigung« noch einmal Revue passieren. Wäre in Bonn statt überzogener Borniertheit nur ein Minimum an

sachlicher Nüchternheit vorhanden gewesen, hätten die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik mit den emanzipatorischen Ansätzen und Strukturen der DDR in diversen Bereichen verbunden werden können, so zum Beispiel in der Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungspolitik. Für den Prozeß des europäischen Zusammenschlusses hätte dies eine Signalwirkung von beträchtlichem Wert gehabt. Statt dessen wurden vom Sieger andere Botschaften ausgesandt. Es war Klaus Kinkel, damals Justizminister, der dazu aufrief, die DDR zu delegitimieren.

Die Herausgeberin erinnert daran, daß der »NS Staat« im Unterschied zur DDR niemals prinzipiell als ein »Unrechtsstaat« betrachtet wurde. Mit der Art und Weise, wie der Vereinigungsprozeß vollzogen wurde, hat das politische Establishment des siegreichen Staates zukünftiges Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus zu blockieren versucht.

Harry Nick und Klaus Steinitz bilanzieren im dritten Kapitel die Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik Deutschland und weisen nach, daß die Treuhandgesellschaft von Anfang an darauf bedacht war, alles zu zerstören, was in vierzig Jahren an industriellem Potential geschaffen worden war. Natürlich bestreiten die Autoren dieses Abschnitts nicht, daß es viele Industriebetriebe, Kombinate und Unternehmen gab, die hinter dem technischen Standard westlicher Länder hinterherhinkten. Die DDR gehörte zwar nicht, wie in der eigenen Propaganda immer wieder postuliert, zu den zehn führenden Industrieländern der Welt. Aber sie war ein entwickelter Industriestaat. Heute ist das Gebiet eine Industrieruine. Die noch verbliebenen Reste werden fortlaufend demontiert. Jüngstes Beispiel war die Maschinenbaufirma SKET in Magdeburg. Steinitz und Nick kommen zu dem Schluß: Aus dieser Politik erwachsen schwerwiegende und langfristige Schäden für die gesamte Bundesrepublik.

Im vierten Kapitel geht Christel Panzig der Wende auf dem Lande nach. Dort arbeiteten bis 1989 etwas weniger als eine Million Beschäftigte, mithin etwa jede/r neunte Berufstätige der DDR, davon circa ein Drittel Frauen. 92 Prozent von diesen verfügten über

eine abgeschlossene berufliche Ausbildung; 30.000 hatten eine Hoch- oder Fachschule absolviert. Die Auflösung gewachsener landwirtschaftlicher Strukturen hat eine Arbeitslosenquote geschaffen, die in nicht wenigen Dörfern die 50 Prozent-Marke erreicht und manchmal sogar überschreitet.

Der Prozeß der Zergliederung landwirtschaftlicher Großbetriebe ist noch nicht beendet. Sogenannte Wiedereinrichter, d.h. neu entstandene Familienbetriebe erhalten Fördermittel. Die aus den LPG entstandenen Agrargenossenschaften können mit derlei Fürsorge nicht rechnen. Wenn sie sich gegenüber den westdeutschen Landwirtschaftsbetrieben dennoch mit Erfolg behaupten und ihnen in der Arbeitsproduktivität deutlich überlegen sind, ist das für die Autorin Beleg dafür, »daß der Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft, privatwirtschaftlich organisiert – ohne staatliche Treuhandeingriffe – nicht zwangsläufig zum Bankrott führen muß« (S. 171).

Anneliese Braun, Gerda Jasper und Ursula Schröter untersuchen in Kapitel V den Rollback bei der Gleichstellung der Geschlechter und schlußfolgern: Männer verdrängen Frauen, Akademikerinnen Facharbeiterinnen, kinderlose Frauen verdrängen Mütter, junge verdrängen ältere Frauen. Von den einst 4,7 Millionen erwerbstätigen Frauen gehen heute nur noch etwas mehr als die Hälfte einer Erwerbstätigkeit nach. Ihre Bereitschaft, sich auf Kinder und Küche zu beschränken, ist wenig ausgeprägt. So ist auch die Geburtenrate im Anschlußgebiet um zwei Drittel geschrumpft.

Über das Ende einer Wissenschafts- und Kulturlandschaft Europas schreibt Horst van der Meer im sechsten Kapitel. Er schildert die Evaluierung der DDR Wissenschaft durch westdeutsche Experten an einem exemplarischen Fall, dem Zentralinstitut für Elektronenphysik. In nur zwei Tagen im September 1990 wurden dort 650 MitarbeiterInnen überprüft. In der von Westdeutschen besetzten Evaluierungskommission waren indes für sechzig Prozent der Bereiche und Abteilungen keine kompetenten WissenschaftlerInnen vertreten. Von Anfang an war alles darauf angelegt, am ZIE ein Exempel für eine rücksichtslose Ausdünnung der gewachsenen ostberliner Forschungslandschaft zu statuieren.

Manfred Behrend befaßt sich im zweiten Kapitel mit den ostdeutschen Parteien und Bewegungen vor und nach der Wende von 1989. Im siebten Kapitel geht er dem Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach dem Anschluß an die BRD nach. Seine für einen ehemaligen DDR-Bürger nicht eben heiter stimmende Erkenntnis ist, daß sich in der DDR seit den sechziger Jahren alle wesentlichen Spielarten des Rechtsextremismus herauszubilden begannen. Die staatlichen Organe waren von diesem Prozeß keineswegs überrascht und reagierten doppelbödig. Einerseits wurde er gegenüber der eigenen Öffentlichkeit verharmlost, verschwiegen und wenn es gar nicht anders ging, der Westen dafür verantwortlich gemacht. Andererseits bediente man sich der Rechtsextremen zur Disziplinierung der aufmüpfigen, für eine andere, demokratische DDR Engagierten.

Manfred Behrend resümiert: »Seit Hitler scheinen in Deutschland Rechtsextreme prädestiniert zu sein, ohnmächtige Wut der Massen in Formen des Protestes zu gießen, die den Herrschenden nutzen, der überwiegenden Mehrheit aber schwersten, vielleicht tödlichen Schaden bringen« (S. 279).

In diesem Buch wird nicht Nostalgie betrieben, schon gar nicht einer »Ostalgie« das Wort geredet. Wer sich mit der Abwicklung der DDR befassen und sich von deren Dimension ein Bild machen will, wird auf den rund 280 Seiten dieses Buches fündig werden.

ALFRED FLEISCHHACKER

Siegfried Prokop (Hrsg.):
Ein Streiter für Deutschland.
Das Wolfgang-Harich-Gedenk-
Kolloquium am 21. März 1996 im
Ribbeck-Haus zu Berlin.
edition ost Berlin 1996,
256 S. (14,80 DM)

Dokumentiert wird ein Kolloquium, bei dem sich ein Jahr nach dem Tode Wolfgang Harichs (1923-1995) dreizehn Referenten und

diverse Diskussionsredner, unter ihnen Hans Modrow und Egon Krenz, mit Leben und Werk des bemerkenswerten Mannes befaßten. Auffallend ist, so wurde festgestellt, zunächst Harichs Vielseitigkeit. Er war – oft zur selben Zeit – als Journalist und Verlagslektor, Philosoph, Literaturwissenschaftler, Ökologe und Politiker tätig und leistete dabei, wie das Kolloquium ergab, häufig Außerordentliches. Zu seinen Arbeitsergebnissen zählten Rezensionen und bissige Theaterkritiken, die Dissertation über Herder, hervorragend besuchte Vorlesungen an der Humboldt-Universität zur Geschichte der klassischen deutschen Philosophie, die Herausgabe von Schriften Herders, Heines, Feuerbachs und Lukács', Arbeiten über »Jean Pauls Revolutionsdichtung«, eine Abrechnung mit alten und neuen Anarchisten, ein Buch »Kommunismus ohne Wachstum?« zur Ökologieproblematik, die Streitschriften »Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit« sowie »Nietzsche und seine Brüder« und das bisher unveröffentlichte Werk über den Ontologen Nicolai Hartmann, seinen einstigen Lehrer. Manch große und viele kleinere Publikationen sind auch politisch brisant. Vor allem trifft das jedoch auf die Plattform von 1956 für Entstalinisierung und Demokratisierung der SED und DDR zu, die lange unter Ulbrichts Akten lagerte und erst 1993 veröffentlicht werden konnte, desgleichen auf die 1956er außenpolitische Denkschrift an sowjetische Dienststellen, die Prokop demnächst in einem weiteren Buch über Harich publizieren wird.

Das zweite, das an dem Marxisten Wolfgang Harich auffällt, ist sein ungeheures Engagement für gesellschaftlichen Fortschritt und gegen Unterdrückung, um dessentwillen er überall »aneckte«. Unerlaubte Entfernung von Hitlers Truppe brachte ihm 1943 die erste Inhaftierung ein. Ein Jahr später desertierte er und kämpfte illegal gegen den Faschismus. Seine Anstellung beim Berliner »Tagesspiegel« 1945 scheiterte am Veto der amerikanischen Militärbehörde. Der französisch lizenzierte »Kurier« nahm ihn in die Redaktion auf. Doch quittierte 1946 nunmehr Harich den Dienst, weil seine Polemik gegen Wilhelm Röppkes damaliges Plädoyer für den deutschen Westanschluß unterdrückt wurde. Die sich anschließende, gleichzeitig mit dem

Universitätsstudium geleistete Arbeit bei der sowjetisch lizenzierten »Täglichen Rundschau« verlief beiderseits zufriedenstellend, desgleichen die Tätigkeit beim Aufbau-Verlag und die Vorträge vor Studenten. Hingegen stieß Harich 1951/53 erstmals mit dem SED-Apparat zusammen und fing sich eine strenge Rüge dafür ein, trotz vorangegangenen Verdammungsurteil J. W. Stalins gegen den deutschen Idealismus Hegels Dialektik als progressiv verteidigt zu haben. 1954/56 folgte eine ähnlich geartete, aber in der von ihm redigierten »Deutschen Zeitschrift für Philosophie« ausgetragene Fehde mit Leipzigs Erzstalinisten Rugarud Otto Gropp, danach die schwerwiegende, für Harich lebensbedrohliche Auseinandersetzung mit Walter Ulbricht, der zwecks Erhaltung seiner und der Apparatmacht keine Demokratisierung dulden mochte und schon gar nicht die eigene Ablösung zuließ.

Gesondert möchte ich auf drei im Anhang des Buches wiedergegebene Papiere verweisen. Erstens auf die am 26. 1. 1957 von Ulbricht den ZK-Mitgliedern zugeleitete Information »Die konterrevolutionäre Gruppe Harich und Andere«. In ihr wurden die gerichtliche Verurteilung der Gruppe sowie die falschen Urteilsgründe vorweggenommen, die auf gegenrevolutionären »Staatsverrat und Verstoß gegen die Verfassung« hinausliefen. Zweitens und drittens verdienen die Bewertung der 1956er Harich-Plattform durch Thomas Fetzer und der von Norbert Braune angestellte Vergleich zwischen ihr und dem Manifest Herrmann von Bergs 1978 unsere Aufmerksamkeit. Zutreffend und in richtiger Proportion gibt Fetzer Hauptforderungen der Plattform wieder. En passant verfällt er aber in Beckmesserei, so mit der Feststellung, »Kriterien für den Tatbestand »Untergrabung der staatlichen Ordnung«, der weiter geahndet werden sollte, sei Harich schuldig geblieben. (S. 189) Die fieberhafte Hast, in der dieser die Plattform ausarbeiten mußte, ließ m. E. keine Zeit für solche Feinheiten; auch waren sie der Sache nach nicht nötig. Kritikwürdig erscheint mir desgleichen Fetzers Anmerkung zum Konzept eines neutralen Deutschland, das demokratisch-sozialistische Wege gehen sollte: »Harich verkannte..., daß sein Konzept auch

der Billigung durch die Besatzungsmächte bedurfte.« (S. 199) Die Realisierung des Konzepts war äußerst unwahrscheinlich. Zugleich wäre indes die dazu notwendige Kraft so enorm gewesen, daß die Großmächte sich mit der Umwälzung hätten abfinden müssen – genau wie das in anderer Situation mit der genau entgegengesetzten Form deutscher Einheit à la Kohl geschah.

Der Vergleich zwischen Harichs Plattform und Bergs vom »Spiegel« abgedrucktem Manifest offenbart, daß Erstgenannte auf sozialistische Lösungen gerichtet war, Letztgenanntes trotz z.T. gegenteiliger Beteuerungen aber nicht. Auch deshalb ist offenbar von Berg in der DDR weniger passiert als Harich, rätselte die Stasi sogar herum, ob er möglicherweise gar »nicht strafrechtlich verantwortlich« sei. (S. 176) Während Harich acht Jahre im Zuchthaus Bautzen saß, konnte Berg seine Thesen ungehindert vor Historikern der Humboldt-Universität propagieren und wurde schließlich ausgebürgert, worauf er sich in Westdeutschland rechtskonservativen Kreisen anschloß. Seine Gruppe reetablierte sich nach 1989 an der Universität. Weshalb sie später dort trotz dicken Lobs von Helmut Kohl 1978 für ihre Leistungen wieder vertrieben wurde, bleibt ungeachtet eines Deutungsversuchs von Braune unklar. Ausgerechnet der stramm konservative Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU) soll mit hinter der Austreibungsaktion gestanden haben. (S. 179)

Harich wurde an der Humboldt-Universität zwar rehabilitiert, durfte aber keine Vorlesungen mehr halten. Zudem erhielt der von Ulbricht Verfolgte BRD-Strafrente. Er machte sich bei den heute Herrschenden auf zweierlei Art unbeliebt. Generell durch Gründung und Aktivität der Alternativen Enquete-Kommission »Deutsche Zeitgeschichte«, die der auf DDR-Diffamierung ausgerichteten Eppelmann-Kommission des Bundestages entgegenwirkt. Speziell durch die Weigerung, in irgendeiner Form mit dem bundesdeutschen Regime zu kollaborieren und gegen einen seiner Richter von 1957 auszusagen.

Durch die Härte der vorangegangenen Verfolgungen und Kämpfe mitbedingt, hat Harich seine Thesen oft in überspitzter Form und eifernd vorgetragen. Er beharrte, wie auch dieses Buch erweist, teilweise starr auf

verfehlten Urteilen. Die 1975 erhobene Forderung nach einer Ökodiktatur hat er dem Referenten Hannes Hofbauer zufolge allerdings zurückgenommen. (S. 62)

Daß er, so Prokop, nach 1989/90 »klare Worte zur Geißelung der Politik der Herrschenden« fand, stimmt hundertprozentig. Unzutreffend ist aber die gleichzeitige Feststellung, allenfalls Günter Grass habe sich ähnlich verhalten. Vor allem in Ost- und teilweise auch in Westdeutschland sind jene, die dem Verein für deutliche Aussprache angehören, zum Glück noch nicht ausgestorben.

Im Anhang findet sich ein Interview von Peter Feist mit Harich. Es belegt, daß der allzeit streitbare Philosoph gegen Ende seines Lebens kurzzeitig einen Irrweg beschritt – den in die neue KPD. Er verließ ihn nach mancherlei Querelen und dem gescheiterten Versuch, klären zu lassen, ob die autoritär geführte Kleinstpartei tatsächlich Geld aus Nordkorea bekam. Aus Protest gegen den Feldzug der Herrschenden gegen die PDS ist Harich schließlich dieser beigetreten. Fraglos Recht hat er mit seiner Forderung, eine kommunistische (oder auch sozialistische) Partei müsse sich den »stalinistischen Dreck vom Halse« schaffen und funktionierende demokratische Strukturen aufweisen, wie sie bis zum 1921er Fraktionsverbot die Bolschewiki hatten. (S. 242f.)

MANFRED BEHREND

Wladimir Bukowski:
Moskowski prozess
(Der Moskauer Prozeß),
Russkaja mysl – Izdatel'stvo MIK
Paris – Moskwa 1996, 525 S.

Auf der Grundlage von über 3.000 Seiten der Originaldokumente aus dem nunmehrigen Präsidialarchiv der Russischen Föderation hat der Ende 1976 gegen Luis Corvalan ausgetauschte und in England lebende Wladimir Bukowski die historisch-politische Vorgeschichte des Gerichtsprozesses gegen die KPdSU (1992) beschrieben. Ungeachtet der

umfassend dokumentierten Historie, der zahlreichen vollständig oder auszugsweise wiedergegebenen Akten des Präsidiums der KPdSU, des KGB, des Außen- und des Innen- sowie des Verteidigungs- und des Gesundheitsministeriums, ist das Buch eine einseitige politische Streitschrift. Ihr Verfasser gibt sich allerdings auch nicht den Anstrich eines über den Parteien stehenden Wissenschaftlers, sondern er sagt unverblümt, daß er parteiisch urteilt. Als Egon Bahr, der mit Bukowski bald nach dessen Austausch gegen Corvalan sprach, diesen darauf hinwies, daß Bukowskis Haltung in letzter Konsequenz zu der Empfehlung führe, »zum Krieg bereit zu sein und ihn auch zu führen«, bejahte Bukowski, »ganz ruhig und sachlich«. (Egon Bahr: Zu meiner Zeit, S. 474)

Hier soll nicht Bukowskis durch und durch antikommunistische Konfession analysiert werden – auch nicht seine Darstellung von innen- und außenpolitischen Schlüsselerscheidungen der sowjetischen Führungsgremien, die den Originaldokumenten folgt (in deren Wiedergabe der Wert der Publikation besteht), obwohl hier zweifellos viele interessante Informationen geboten werden, so über die finanzielle und militärische Unterstützung kommunistischer Parteien durch die KPdSU nach dem Zweiten Weltkrieg, über die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan, Polen, Ungarn; über Chruschtschow, Breschnew, Andropow, Tschernenko, Gorbatschow und die diese umgebenden Leute, über die Agonie des Systems sowie die »Nacht der Mardendeure«, die sich am Zerfall der UdSSR z.T. maßlos bereicherten. Hier sollen allein und ausschließlich die Teile der dokumentarischen Darstellung, die sich mit der »deutschen Frage« befassen, angezeigt werden.

Zu diesem Thema gibt es im Präsidialarchiv Rußlands Quellen. Geheimgespräche sind geführt, auf ihnen beruhende Aufträge protokolliert, jedoch nicht immer im Detail dokumentiert worden. Eine der Ausnahmen ist ein Bericht Juri Andropows vom 9. September 1969, in dem der damalige Vorsitzende des KGB über Geheimgespräche »einer Quelle des KGB« mit dem seinerzeitigen Direktor des Krupp-Konzerns, Graf Arnim von Zedtwitz informiert. Dessen (auf Gesprächen mit Bahr beruhende) Darstellung der Ansätze

einer »neuen Ostpolitik« in der SPD, über die »Notwendigkeit, zuverlässige und direkte Verbindungen mit Moskau« herzustellen, verband Andropow mit der Mitteilung, daß auch »die Führung der zweiten herrschenden Partei in Westdeutschland, die CDU, Schritte zur Herstellung inoffizieller Kontakte zur sowjetischen Seite unternommen und ihre Bereitschaft zur Gesprächsführung erklärt hat. Die CDU wollte und führt ein »umfassendes und für beide Seiten außerordentlich nützliches Gespräch«. Andropows Schlußfolgerung: »Die Analyse der zur Verfügung gestellten Materialien bezeugt, daß die beiden führenden und miteinander konkurrierenden Parteien befürchten, daß ihr jeweiliger politischer Gegner die Initiative ergreift und die Beziehungen zur UdSSR normalisiert. Sie sind bereit, inoffiziell und ohne Publizität zu verhandeln, um ihre jeweiligen Positionen in der Gesellschaft zu festigen und ihr Prestige zu mehren. Deshalb hält es das Komitee für Staatssicherheit für zweckmäßig, die inoffiziellen Kontakte mit den führenden Politikern beider Seiten fortzuführen.«

In diesem Zusammenhang verwies Andropow auch auf die Haltung »industrieller Kreise der BRD, die sich für eine Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR aussprechen«, und schlug vor, »die wirtschaftlichen Möglichkeiten der UdSSR stärker als bisher für die Förderung der außenpolitischen Absichten zu nutzen«.

Wie Bukowski mitteilt, haben alle an diesen Gesprächen beteiligten Seiten durchgesetzt, daß (bis auf einen einzigen verschleierte Hinweis in einer bundesdeutschen Zeitschrift auf diese Aufzeichnung) die Verhandlungen geheimgehalten worden sind. Angekündigte weitere Dokumente über diese Geheimdiplomatie lassen zusätzliche Aufschlüsse über Positionen von SPD und CDU erwarten. Beide Parteien äußerten im Verlauf der Gespräche ihre Absicht, im Unterschied zu CSU-Politikern, wie Strauß, nicht die »chinesische Karte« spielen zu wollen.

Im angezeigten Band dokumentiert Bukowski weiterhin u.a. solche »deutschen Angelegenheiten«, wie die »zeitweilige Überlassung von Dokumenten über die nazistische Vergangenheit des Kanzlers der BRD, Kiesinger«, die »die deutschen Freunde« erhielten, die

geheimen Absprachen zwischen der UdSSR und der BRD über den Aufenthalt von Dissidenten, wie Solschenizyn, in der BRD oder die Gewinnung eines Politikers wie Genscher für die »neue Ostpolitik«. Die im Zusammenhang mit den Beiträgen über Wolfgang Harich in dieser Zeitschrift ebenfalls berührte zwielfichtige Rolle des seinerzeitigen sowjetischen Diplomaten Michail Voslenskij wird durch neues dokumentarisches Material Bukowskis erhärtet. Viele Wertungen und zahlreiche Dokumente in diesem Buch, das sich als politisches Geschäft versteht, sind unappetitlich, manches ist pikant, mit kritischer Distanz aufgenommen auch lehrreich als Einblick in die Küche, in der »große Politik« von Kleingeistern angerichtet worden ist.

GERD KAISER

Kai Eicker-Wolf, Ralf Käpernick,
Torsten Nichoj, Sabine Reiner,
Jens Weiß (Hrsg.):
Wirtschaftspolitik im
theoretischen Vakuum?
Zur Pathologie der
Politischen Ökonomie,
Metropolis-Verlag Marburg 1996,
348 S. (44,00 DM)

Der gleichermaßen provokante wie anspruchsvolle Titel des Buches verrät bereits etwas über Herausgeber und Autoren: Sie verstehen sich als alternative Wirtschaftswissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland. Als solche üben sie nicht nur Kritik an der gegenwärtig praktizierten Wirtschaftspolitik. Sie fühlen sich auch dazu berufen, die der Politik zugrunde liegende neoliberale Wirtschaftstheorie zu attackieren und grundsätzlich in Frage zu stellen. Der dafür bemühte Ansatz ist in seiner Radikalität kaum mehr zu überbieten: Es wird davon ausgegangen, daß eine Wirtschaftspolitik, die allein auf dem theoretischen Konstrukt der Marktvermittlung basiert und »die sich nicht nur selbst reguliert, sondern auch stabilisiert und optimiert«, letztlich ihr eigenes Überflüssigsein

postuliert. Mithin, so schlußfolgern die Herausgeber, befände sich die Wirtschaftspolitik nicht nur »im theoretischen Vakuum, sondern konstituierte sich selbst als solches« (S. 9).

Die Wirtschaftstheorie hat den Anspruch, »aus der Erklärung von Mechanismen und Interessen heraus Orientierung für die Wirtschaftspolitik zu geben«. Bezogen auf die Mainstream-Ökonomie konstatieren die Herausgeber hier »ein geradezu pathologisches Defizit«. »Die heutige Politische Ökonomie liegt krank darnieder, und die Suche nach den Ursachen des Leidens ruft nach einer Pathologie der Politischen Ökonomie: Denn will die Politische Ökonomie als Wissenschaft sich über sich selbst aufklären, muß sie sich ihrer Bedingungen und Möglichkeiten bewußt werden, womit einer Pathologie der Ökonomie eine Pathologie der ökonomischen Wissenschaft vorangehen muß; eine Begutachtung der Brauchbarkeit traditioneller Rezepte gehört dazu« (S. 10). Aber diese »Pathologie der ökonomischen Wissenschaft« liefern die Autoren mit den nachfolgenden Beiträgen dann doch nicht.

Im ersten Teil wird zwar versucht, diesen Anspruch partiell einzulösen. Letztlich sind es aber nur Teilaspekte des großen Themas, die hier von namhaften Autoren behandelt werden. Die im zweiten und dritten Teil versammelten Texte beschränken sich weitestgehend auf eine nicht-neoklassische Behandlung der Themenkreise Weltmarkt und Ökologie. Dies nimmt sich insofern etwas eigenartig aus, da der erste Teil sich kritisch mit dem Keynesianismus auseinandersetzt, die nachfolgenden Abschnitte aber gerade im keynesianischen Geist geschrieben sind.

Im ersten Aufsatz zeigt Herbert Walther am Beispiel des Keynesianismus, welche außerwissenschaftlichen Kriterien dazu beitragen, daß eine Theorie politisch Geltung erlangt und für die Wirtschaftspolitik bestimmend wird. Im zweiten Text kritisiert Gerhard Maier-Rigaud die makroökonomischen Vorstellungen der Gegenwart aus der Sicht des Jahres 2036, also 100 Jahre nach der Veröffentlichung des Hauptwerkes von J. M. Keynes. Durchaus originell benutzt der Autor die gewählte Vogelperspektive der Zeitverschiebung, um mit dem gegenwärtigen Wissenschaftsstand und -betrieb abzurechnen.

»Wenn man unterstellt, daß die Wirtschaftspolitik in bezug auf ihre großen Linien der herrschenden Lehre folgen muß, dann ist der beklagenswerte Zustand der Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nichts weiter als Reflex des gleichfalls beklagenswerten Zustandes der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin« (S. 52). Aber auch die alternativen Ökonomen werden nicht geschont, indem die Ursache für ihre theoretische und wirtschaftspolitische Bedeutungslosigkeit in ihrem introvertierten Herangehen an die Theorie und in ihrer mangelnden Kritikbereitschaft gesehen wird. »Statt die herrschende Lehre implizit analytisch herauszufordern, sie Stück für Stück zu demontieren und ihre im Kern bloß mikroökonomische Fundierung aufzudecken, beschäftigte man sich vorwiegend mit den eigenen Vorstellungen. Insofern war das Muster nicht unähnlich dem, das in der etablierten Ökonomie herrschte« (S. 56). Der zweite Teil des vorliegenden Buches könnte hierfür als Beleg stehen!

Hervorzuheben sind die Aufsätze von Peter Kalmbach und Jan Priewe. Kalmbach setzt sich mit der Beschäftigungssituation und der neoliberalen Interpretation der Arbeitslosigkeit auseinander. Er diskutiert die gegenwärtig hauptsächlich anzutreffenden und täglich in den Medien allorts präsenten Einwände gegen eine Beschäftigungspolitik. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß kein Grund zu Pessimismus bestehe. Vielmehr gäbe es durchaus Möglichkeiten, über eine konzertierte Aktion auf nationalstaatlicher Ebene sowie durch internationale Koordination beschäftigungspolitische Erfolge zu erzielen. Daß dies nicht geschieht, bedeutet nicht, daß es nicht möglich wäre. Vielmehr fehlt es an politischem Willen. Daß Arbeitslosigkeit »zu etwas geworden ist, womit die Mehrheit gut leben kann und deren Reduktion deshalb nicht absolute Priorität hat, scheint offensichtlich« (S. 114). Priewe setzt diese Überlegungen fort, indem er die Möglichkeiten und Grenzen keynesianischer Geld- und Fiskalpolitik unter den Bedingungen bestehender Massenarbeitslosigkeit diskutiert. Auch er setzt sich mit gängigen Einwänden auseinander und zeigt, daß eine keynesianische Geld- und Fiskalpolitik »unter bestimmten realistischen bzw. herstellbaren Bedingungen« durchaus einen

»begrenzten, aber wichtigen Stellenwert für die Beschäftigungspolitik« (S. 121) hat.

In dem sich daran anschließenden Beitrag definiert Hajo Riese die hohe Arbeitslosigkeit als »ein deutliches Indiz für das theoretische Vakuum, das zwischen ökonomischer Theorie und Theorie der Wirtschaftspolitik herrscht« (S. 171). Das zunehmende Auseinanderdriften von ökonomischer Realität einerseits und ökonomischer Theorie andererseits wird nirgends so deutlich wie in der Beschäftigungssituation. Allzusehr kontrastiert der Tatbestand anhaltender Massenarbeitslosigkeit mit dem Theorem der Vollbeschäftigung. Die gegenwärtige Krise begreift Riese vor allem als Resultat der von der Bundesbank praktizierten Geldpolitik. Ausführlich entwickelt er seine auch schon andernorts entwickelte Position, daß die antiinflationäre Stabilitätspolitik zwar den Geldwert sichere, sich dadurch aber zugleich Arbeitslosigkeit und Depression einhandle. Die Bundesbank reite so »die Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland (und mit ihr die Europas) nur immer tiefer in die Depression« (S. 203). Ebenso wie sich die Vollbeschäftigungspolitik als »ein historischer Irrtum erwiesen hat, wird sich die Stabilisierungspolitik als ein historischer Irrtum erweisen« (S. 199).

Der zweite Teil des Buches ist Problemen des Weltmarktes, der Globalisierung und der Außenwirtschaft gewidmet. Die Autoren setzen sich, vornehmlich von keynesianischen Positionen her, mit bestimmten Thesen und Argumenten auseinander. So mit der Globalisierungsthese, die den Weltmarkt zum Fetisch hochstilisiert, und mit der Entkoppelungsthese von monetärer und realer Akkumulation.

Im dritten Teil finden sich drei Beiträge zur Umweltpolitik. Sie ergänzen den Band um einige wichtige Fragen moderner Ökonomie und unterstreichen sehr deutlich die Forderung nach einer Politisierung der ökonomischen Theorie. Mit der Einbeziehung der Umweltproblematik tritt die existentielle wirtschaftspolitische Frage der Regulierung auf den Plan. Hier zeigen die Autoren, daß zwischen der Notwendigkeit einer solchen und den Möglichkeiten, diese tatsächlich zu meistern, Defizite bestehen, die im Sinne des Themas des Buches zu interpretieren sind.

ULRICH BUSCH

Johannes Klotz (Hrsg.):
 Zwangsvereinigung?
 Zur Debatte über den
 Zusammenschluß
 von SPD und KPD 1946
 in Ostdeutschland,
 Distel Verlag Heilbronn 1996,
 ISBN 3-929348-15-2
 128 S. (20,00 DM)

Von vielen anderen Veröffentlichungen, die zum 50. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erschienen, unterscheidet sich dieses Buch dadurch, daß es differenzierte, ja entgegengesetzte Standpunkte und Wertungen der Vorgänge von 1945/46 enthält. Schon deshalb ist es lesenswert. Doch kann man an einer Einschränkung nicht vorbeigehen. Leider begnügen sich diejenigen, die sich zum Begriff der »Zwangsvereinigung« bekennen, lediglich mit Behauptungen, verzichten selbst auf logisch aufgebaute Argumentationslinien oder überzeugend dargelegte Fakten. Eine Polemik mit ihnen, von einer Zustimmung, schon einer teilweisen ganz abgesehen, ist schon deshalb in dieser Rezension nicht möglich.

Dagegen halte ich das Herangehen anderer Autoren, die den Begriff der »Zwangsvereinigung« ablehnen, aber in unterschiedlicher Weise, gestützt auf angeführte zeitgeschichtliche Quellen, negative Umstände im Vereinigungsprozeß und vor allem in dessen Langzeitwirkung nicht ausklammern, für eine inhaltliche Bereicherung der heute noch immer so umstrittenen Thematik. Insbesondere hervorzuheben sind nach meiner Auffassung die wissenschaftlich recht seriösen Beiträge von Günter Benser, Johannes Klotz und Wolfgang Triebel.

Der Band enthält viele, vor allem auch quellenmäßig überzeugende, Belege, daß die Bestrebungen nach Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung und einem organisatorischen Zusammenschluß von SPD und KPD primär ein deutsches, dabei ein gesamtdeutsches Unternehmen waren. Es war unmittelbar nach dem Mai 1945 besonders ausgeprägt, ebte dann im Spätsommer und Herbst etwas ab, wurde aber im Winter 1945/46 wieder

stärker. Führende sozialdemokratische Funktionäre rückten, wie der Band quellenmäßig belegt, nie von der Idee einer sozialistischen Einheitspartei ab. Dagegen verstärkte sich die Diskussion über aktuelle und perspektivische Ziele, wie Inhalte des inneren Aufbaus der Partei. Sozialdemokraten und Kommunisten versuchten, bei aller Kritik an auch eigenen Versäumnissen, so viel wie möglich aus ihren Traditionen in die SED einzubringen.

Beide Berliner Parteiführungen strebten eine gesamtdeutsche Einigung an, die auf Reichsparteitagen bestätigt werden sollte. Ihre Einberufung wurde bekanntlich verhindert. Bisher fehlt noch eine exakte Analyse, warum die Einberufung eines Reichsparteitages der SPD bis ins Frühjahr 1946 abgelehnt wurde, dann aber drei Wochen nach der SED-Gründung ein Parteitag von Delegierten aus den drei westlichen Zonen und aus Berlin stattfand. Er wählte in Hannover einen Parteivorstand mit Kurt Schumacher als Vorsitzenden.

In dem Band wird auf die unterschiedliche Haltung der Besatzungsmächte verwiesen. Sie hatte in Ausübung ihrer »obersten Gewalt« maßgeblichen Einfluß auf alles, was in Deutschland geschah. Die Mehrzahl der Autoren hat sich jedoch mit überzeugender Begründung davor bewahrt, die Rolle der Besatzungsmächte überzubewerten. Die Gründung der SED oder ihre Verhinderung blieb ein »deutsches Projekt«. Man sollte Triebels Feststellung zustimmen, »Schumacher bediente sich im Kampf gegen die Einheitspartei der Unterstützung der westlichen Siegermächte, so wie in der sowjetischen Zone die SMAD die KPD bei ihren forcierten Bestrebungen zur Gründung der SED unterstützte. Wer daraus eine 1946 erfolgte Zwangsvereinigung ableitet, sollte nicht übersehen, daß in den Westzonen die Vereinigung mit Zwang verhindert wurde.« (S 86) In die historische Bewertung der Vorgänge von 1945/46 wird in dem Band auch die weitere Entwicklung einbezogen. Das ist zu begrüßen. Dabei überwiegt die Auffassung, daß sie für die DDR nicht durch die Gründungsdokumente der SED, weder die Grundsätze und Ziele, noch das Statut, vorprogrammiert war. Auch für die Entwicklung der BRD, wie die Haltung der SPD,

war nicht der Parteitag von 1946 in Hannover und die von ihm beschlossene Kundgebung mit ihren politischen und ökonomischen Forderungen, darunter ihren prononciert sozialistischen, maßgebend.

Dennoch beeinflussten beide Parteitage und schon die Weichen, die mit ihnen gestellt wurden, die spätere Entwicklung in Deutschland. Das aber findet auch in diesem Band nicht die genügende Berücksichtigung, wobei keiner der beiden Parteitage für sich genommen, d.h., ohne die gesamtdeutschen Bezüge bewertet werden dürfte.

Die Alternative zu der de facto eingetretenen Entwicklung wäre die Überwindung der tiefgreifenden Spaltung im gesamtdeutschen Rahmen gewesen. (Unabhängig davon, ob im Zuge einer schnellen organisatorischen Vereinigung oder über ein Aktionsbündnis, das Bruderkampf ausschließen würde, wie es auch die Mehrheit der an der Urabstimmung in Berlin beteiligten Sozialdemokraten wollte.) Zumindest sollte man dies als Problemstellung aufwerfen, wenn auch einschlässige Antwort heute niemand geben kann.

In den Auseinandersetzungen 1945/46 ging es, wie im Buch nachgewiesen, vordergründig darum, wie eine konsequente antifaschistische und demokratische Entwicklung erreicht werden könnte, wie der noch immer verbreitete Einfluß konservativer und auch durch die nazistische Politik und Demagogie oder

Rechtfertigungsversuche ihrer Wegbegleiter in der Weimarer Zeit und bei der Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien belasteter Politiker zurückgedrängt werden konnte. Die inhaltlichen Vorstellungen der Sozialdemokraten und Kommunisten wiesen hier recht viele Gemeinsamkeiten auf, sie überwogen die bestehenden und mitunter auch wieder zunehmenden Vorbehalte. Sachlich geführte gemeinsame Diskussionen über die Geschichte sind schon begrüßenswert. Sie sollten aber auch über aktuelle und perspektivische Probleme keine Ausnahmeerscheinung sein.

Unbedingt zu berücksichtigen ist es dabei, daß sich die heutige Situation gravierend von der vor einem halben Jahrhundert unterscheidet.

Bemerkenswert ist die Feststellung von Johannes Klotz: »Der (heutige) aktuellpolitische Maßstab geht von den Vorstellungen von Demokratie aus, die sich in der Bundesrepublik als die herrschenden herausgebildet haben. Im Unterschied zur damaligen Generation der Antifaschisten hat dabei der politische und soziale Inhalt kaum noch Bedeutung. Demokratie wird im wesentlichen reduziert auf eine Verfahrensfrage.« (S. 98) Der rasant vor sich gehende Sozialabbau wirft aber erneut auch andere Fragestellungen auf.

STEFAN DOERNBERG

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht

ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (1992)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)
Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,
Rungestraße 3-6, 10179 Berlin
Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,
12414 Berlin (Tel.: 030 - 68 83 43 62)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00